



100. Sitzung

Mittwoch, 13. Juni 2001

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Erster Vizepräsident Berndt Röder

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung
der **Tagesordnung**

5063 A

Alexander Porschke, Senator

5076 C

Aktuelle Stunde

5063 A

Fraktion der SPD:

**Konsolidierung statt Finanzchaos –
Verantwortliches Haushalten sichert
Hamburgs Zukunft**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der CDU:

**Zusammenbruch der Rechtsprechung in
Hamburg**

5063 A

Unterrichtung durch die
Präsidentin der Bürgerschaft:

Ole von Beust CDU

5063 A, 5073 C

Dr. Holger Christier SPD

5064 A

Dr. Bettina Kähler GAL

5064 D

Heike Sudmann REGENBOGEN –
für eine neue Linke

5066 A

**Wahl einer oder eines Deputierten der
Behörde für Wissenschaft und Forschung**
– Drs 16/6112 –

5078 B

Ergebnis

5090 C

Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit,
Senatorin

5066 D, 5071 C

Bericht der Enquete-Kommission

Viviane Spethmann CDU

5068 A

**„Zukunft der Finanzbeziehungen zwischen
Bund und Ländern“**

Rolf-Dieter Klooß SPD

5069 B

– Drs 16/6000 –

5078 C

Dr. Ulrich Karpen CDU

5070 A

mit

Helga Weise SPD

5070 D

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Berndt Röder CDU

5072 B

**Bericht der Enquete-Kommission
„Zukunft der Finanzbeziehungen zwischen
Bund und Ländern“**

Dr. Martin Schmidt GAL

5073 B

Anja Hajduk GAL

5074 A

– Drs 16/6185 –

5078 C

Fraktion der GAL:

Dosenpfand – der bessere Weg

5074 A

Antje Möller GAL

5074 B

Dr. Monika Schaal SPD

5075 A, 5077 D

Hartmut Engels CDU

5075 B, 5077 C

Lutz Jobs REGENBOGEN –
für eine neue Linke

5076 A

Rolf Kruse CDU

5078 C, 5090 B

Elisabeth Kiausch SPD

5080 A

Anja Hajduk GAL

5082 B, 5087 C

Susanne Uhl REGENBOGEN –
für eine neue Linke

5084 D, 5088 A

Ortwin Runde,

Erster Bürgermeister

5085 C

Michael Waldhelm CDU	5088 C	Viviane Spethmann CDU	5107 D
Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Senatorin	5089 C	Heide Simon GAL	5108 B
Beschlüsse	5090 C	Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	5109 C
Antrag der Fraktion der CDU:		Olaf Scholz, Senator	5109 D
Zukünftige Lehrerversorgung an Hamburger Schulen		Beschluß	5110 C
– Drs 16/6019 –	5090 D		
Wolfgang Beuß CDU	5090 D, 5097 A	Antrag der Fraktion der CDU:	
Günter Frank SPD	5092 C, 5096 D	Bessere Berücksichtigung mittelständischer Unternehmen bei der Auftragsvergabe durch öffentliche Unternehmen	
Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	5093 D	– Drs 16/6120 –	5110 C
Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	5095 D	Dr. Michael Freytag CDU	5110 C
Beschluß	5097 C	Britta Ernst SPD	5111 D
Antrag der Fraktion der GAL:		Anja Hajduk GAL	5113 A
Verwendung der Troncabgabe für einmalige Zwecke		Jürgen Mehlfeldt CDU	5113 C, 5115 C
– Drs 16/6117 –	5097 C	Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	5114 A
mit		Barbara Ahrons CDU	5114 B
Antrag der Fraktion der GAL:		Horst Schmidt SPD	5115 A
Troncabgabe		Beschluß	5116 A
– Drs 16/6118 –	5097 C		
Antje Möller GAL	5097 D, 5099 C	Senatsmitteilung:	
Lutz Kretschmann SPD	5098 B, 5099 B	Durchführung der ambulanten akupunkturgestützten Suchtbehandlung	
Michael Waldhelm CDU	5098 D	– Drs 16/6081 –	5116 B
Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	5099 A	Peter Zamory GAL	5116 B
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	5099 B	Dr. Martin Schäfer SPD	5117 A
Beschlüsse	5099 D	Dietrich Wersich CDU	5117 C
Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		Karin Roth, Senatorin	5117 D
Kindertagesbetreuung ausbauen		Beschluß	5118 C
– Drs 16/6038 –	5100 A		
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	5100 A, 5104 C, 5105 C	Antrag der Fraktion der CDU:	
Thomas Böwer SPD	5101 C, 5105 A	Fluglärmdaten am Flughafen Fuhlsbüttel	
Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	5101 D	– Drs 16/6033 –	5118 C
Rolf Harlinghausen CDU	5102 C, 5105 D	mit	
Sabine Steffen GAL	5103 C	Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:	
Beschluß	5106 B	Aktuelle Informationen über Fluglärmschutz im Internet	
Senatsmitteilung:		– Drs 16/6191 –	5118 C
Maßnahmen gegen häusliche Gewalt		Helga Christel Röder CDU	5118 C
– Drs 16/6048 –	5106 B	Dr. Monika Schaal SPD	5119 A
Britta Ernst SPD	5106 C	Axel Bühler GAL	5119 D
		Beschlüsse	5120 A

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Zu Beginn möchte ich Ihnen mitteilen, daß die Gruppe REGENBOGEN ihren Antrag aus der Drucksache 16/6125 zurückgezogen hat. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 62.

Wir kommen jetzt unmittelbar zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Zusammenbruch der Rechtsprechung in Hamburg
von der GAL-Fraktion

Dosenpfand – der bessere Weg
sowie von der SPD-Fraktion

Konsolidierung statt Finanzchaos – Verantwortliches Haushalten sichert Hamburgs Zukunft

Ich rufe zunächst das erste Thema der Aktuellen Stunde auf. Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach der Erklärung nahezu sämtlicher Richterinnen und Richter am Hamburgischen Landgericht muß man leider für diese Stadt feststellen, daß die Hamburger Justiz am Ende ist,

(Beifall bei der CDU)

B und das ist das traurige Ergebnis sozialdemokratischer Justizpolitik. Das ist Alarmstufe Rot für die Rechtsstaatlichkeit in unserer Stadt, denn was heißt das nach den Stellungnahmen der Richterinnen und Richter konkret? Das heißt, daß es in Zukunft vermehrt – das hat es in der Vergangenheit schon gegeben, aber in Zukunft wird es vermehrt stattfinden – zu Entlassungen von Beschuldigten aus der Untersuchungshaft kommt, weil ein Strafverfahren nicht fristgerecht begonnen werden kann, daß Beweisverluste eintreten, daß Straftaten verjähren. Besonders schlimm ist, daß die Richterinnen und Richter beklagen, daß es zum Dealen, wie sie sich ausdrücken, zum Feilschen mit Straftätern über das Strafmaß kommt, weil aufgrund der Personalnot anders nicht vorgegangen werden kann. Das ist ein Armutszeugnis für die Justiz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Verantwortung dafür trägt dieser Senat und ganz speziell Justizsenatorin Frau Peschel-Gutzeit, die trotz dieser Umstände, trotz des Hilferufs von über 200 Richterinnen und Richtern, trotz der vielen Tatsachen lapidar, arrogant und überheblich erklärt: „Ich kann nicht mehr tun.“ Das ist nicht doll, Frau Senatorin, das ist zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie stolz dazu im „Hamburger Abendblatt“ sagen:

„Ich finde dieses Amt immer noch sehr reizvoll.“

und auf die Frage des Reporters:

„Auch über den 23. September hinaus?“

antworten:

„Ich würde, wenn das gewünscht ist, auch für die Zukunft zur Verfügung stehen.“

(Barbara Duden SPD: Bravo!)

prophezeie ich Ihnen eines: Von keinem Menschen in dieser Stadt wird das gewünscht, Frau Peschel-Gutzeit, da bin ich mir sicher.

(Beifall bei der CDU)

Mir scheint, daß der typische hamburgische Senatsvirus, Realitätsferne und Ohnmächtigkeit gegenüber den Problemen dieser Stadt, nun auch endgültig auf die Justizsenatorin übergegriffen hat. Die von den Richterinnen und Richtern geschilderten Probleme sind nicht neu. Wenn es ein neuer Hilferuf wäre, könnte man sagen, man hat es nicht gewußt und wie reagiert man jetzt? Aber bereits vor gut einem Jahr haben einige Richterinnen und Richter in ähnlicher Weise auf die Konsequenzen der falschen Justizpolitik hingewiesen. Wir haben des häufigeren hier im Parlament über die Mängel und Schwierigkeiten der Justiz diskutiert. Die Richter und vor allem die Präsidentinnen und Präsidenten der Gerichte haben in Einzelgesprächen seit Monaten die Justizsenatorin auf diese Umstände hingewiesen, und wie ist ihre lapidare Antwort? „Ich kann nicht mehr tun.“ Das ist erbärmlich.

(Beifall bei der CDU)

Begründet wird dieses mit fiskalischen Interessen der Stadt. Sie scheinen eines zu übersehen: Bei der Funktionsfähigkeit der Justiz geht es nicht um eine fiskalisch disponible Masse, es geht um Verfassungsgrundsätze, es geht um Gewaltenteilung, es geht um die konsequente Durchsetzung des staatlichen Gewaltenmonopols, und es geht um Rechtsstaatlichkeit mit all ihren Auswirkungen. Hier mit fiskalischen Gründen zu argumentieren, ist schlicht unzulässig.

(Beifall bei der CDU)

Und es zeigt wie in der Innenpolitik das gestörte Verhältnis von Sozialdemokraten zu Recht und Ordnung; auch das wird hier deutlich.

(Oh-Rufe bei der SPD und der GAL und Beifall bei der CDU)

Wenn Sie es für normal halten, daß Richter gezwungen sind, aufgrund Ihrer Politik mit Straftätern und deren Verteidigern um ein milderer Strafmaß zu feilschen, zu dealen, weil die Justiz ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht werden kann, dann ist das für mich ein gestörtes Verhältnis zu Recht und Ordnung, und das darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie vor diesem Hintergrund der berechtigten Forderungen der Justiz und unserer Vorschläge lapidar und völlig unsachgemäß mit Finanzargumenten kommen, sei mir ein Hinweis erlaubt: Wenn fast 500 Millionen DM in dieser Stadt ohne Rechenschaftslegung durch einen Zuwendungsbericht an alle möglichen Vereine und Vereinigungen gehen, viel Mißbrauch geschieht, vom Fall Pape bis zum Fall Pumm, und Sie vor diesem Hintergrund sagen, die 15 Millionen DM für die Justiz seien nicht da, ist das eine ganz miserable Politik und es ist unaufrichtig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Sie beschränken sich wie immer auf Ihre reine sozialdemokratische Binnensicht, sind realitätsfern, beratungsresistent

(Ole von Beust CDU)

- A und haben den Blick für das politisch und juristisch Notwendige verloren. Dieses trifft oder traf nicht nur Herrn Wrocklage, das trifft genauso Frau Peschel-Gutzeit und erst recht, das werden wir weiter sehen, Frau Roth. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Richterinnen und Richter des Landgerichts haben aus ihrer Sicht Stellung zu den Auswirkungen der laufenden Konsolidierungsmaßnahmen genommen. Sie haben das mit Hinweisen auf mögliche Gefährdungen des Rechtsstaats verbunden. Es wäre nach meiner Überzeugung völlig unangemessen, sich damit nicht gründlich auseinanderzusetzen. Wir nehmen im Gegenteil diesen Vorstoß sehr ernst,

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk GAL)

denn auch für uns ist ohne weiteres nachvollziehbar, daß in bestimmten Bereichen, zum Beispiel bei den Großverfahren, Zeitaufwand, Belastung und Druck ganz enorm sind. Und weil wir das bitterernst nehmen, haben wir nachgesteuert. Ganz konkret: Zwei große Strafkammern werden kurzfristig nachbesetzt. Das ist eine angemessene Reaktion, die von der SPD-Fraktion mitgetragen wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich darf daran erinnern, daß wir erst vor kurzem bei schwierigen Lagen bei den Sozialgerichten ebenfalls etwas draufgelegt haben. Auch das war eine wichtige Maßnahme, um zur Entspannung in diesem Bereich beizutragen.

B

(Beifall bei der SPD)

Und ich sage zu, daß wir uns selbstverständlich auch im Hinblick auf den Haushalt 2002 genau angucken werden, wo berechnete Bedarfe sind und wie die genauen Zahlen aussehen. Dann werden wir das im einzelnen politisch bewerten; das ist selbstverständlich unsere Aufgabe.

Vor diesem Hintergrund wundert mich allerdings der Zeitpunkt des Vorstoßes. Er ist in der Tat auffällig und hätte eigentlich vor die Haushaltsberatungen dieses Jahres gehört.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist also nicht, ob es eine höhere Belastung gibt, die Frage ist vielmehr, ob es zusätzliche Belastungen nur in diesem Bereich oder nicht auch in anderen Bereichen gegeben hat. Aber das ist eindeutig nicht der Fall, im Gegenteil. Der Justizbereich hat eine deutlich geringere Sparquote zu erfüllen, Herr von Beust. Wir haben den Justizbereich niemals nur fiskalisch beachtet, sondern gemäß seinem verfassungsmäßigen Auftrag, und das wird so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Justiz war und ist für uns ein Prioritätenbereich. Das zeigt sich zum Beispiel am vorbildlichen Stand der Modernisierung, wo wir bundesweit führend sind. Wenn man sich da den gemüthlichen Kurs und das Modernisierungstempo der CDU anguckt, dann säßen wir heute noch unter der großen Dorfblinde und blätterten in den Zehn Geboten; das ist aber nicht unsere Politik.

(Beifall bei der SPD und bei Antje Möller GAL)

Wir haben gute Plätze im Ländervergleich, was die Verfahrensdauer angeht, und wir werden alles tun, damit diese guten Plazierungen erhalten bleiben.

C

Auch Ihre Einzelfallbetrachtungen zur Haftentlassung haben sehr viele Ursachen. Für mich gibt es gar keinen Zweifel, daß die Leistungsfähigkeit der Justiz in den letzten Jahren eher gestiegen ist, und das ist das Ergebnis einer erfolgreichen Politik des Senats in diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Von Zusammenbruch der Justiz kann also keine Rede sein, aber man muß sich sehr genau die wirklichen Zahlen angucken. Es gibt keinen Zusammenbruch der Justiz, aber was wir bei diesem Beispiel erleben, ist der Zusammenbruch der letzten haushaltspolitischen Schamgrenze der CDU. Wir lassen uns von denen, die jede beliebige Stellenforderung in dieser Stadt sofort unbesehen aufgreifen, nicht vorwerfen, einen Bereich kaputtzusparen; Ihnen steht diese Kritik nicht zu.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was die CDU vorführt, ist schlicht chaotisch. Einerseits kommen aus Ihrem Bereich Forderungen nach einer Haushaltssperre, dann werden neue Stellen gefordert, und wieviel Rechtsstaatlichkeit, wieviel Rechtsfrieden, wieviel Rechtsgeschwindigkeit ein bankrottgewirtschaftetes Gemeinwesen am Ende garantiert, dafür werden Sie die politische Verantwortung in Berlin noch übernehmen müssen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich fordere Sie zu einem anderen wichtigen Punkt auf: Treten Sie mit Ihrer Argumentation vor diejenigen, die in den letzten Jahren solidarisch die volle Konsolidierung mitgetragen haben,

D

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Jetzt auf einmal!)

vor die Sachbearbeiter in den Sozialabteilungen, vor die Mitarbeiter in den Jugendämtern, vor diejenigen, die die Elternbeiträge ausrechnen. Ihre Argumentation ist eine glatte Verhöhnung all dieser Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieser Vorgang zeigt erstens, daß Modernisierung und Qualität der Justiz ein wichtiger Ansatzpunkt unserer Politik bleibt. Wir werden die Justiz bei ihrer Aufgabe weiterhin nachhaltig unterstützen. Und er zeigt zweitens, was wir eigentlich schon wissen: Die Schwarzen können nicht mit Geld umgehen, und ich glaube, das wissen auch die Wählerinnen und Wähler.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Oh-Rufe bei der CDU – Antje Blumenthal CDU: Wo ist Herr Pumm denn?)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Kähler.

Dr. Bettina Kähler GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus Sicht meiner Fraktion gibt es mehrere Einwände gegen diese Erklärungen der Richterinnen und Richter des Landgerichts. Wenn wir lesen – ich zitiere –,

„Dies hat in allen Bereichen unseres Gerichts zu einer Pro-Kopf-Belastung geführt, die nicht mehr nach rechtsstaatlichen Regeln zu bewältigen ist.“

dann frage ich mich, nach welchen Regeln denn am Landgericht gearbeitet wird, wenn nicht nach rechtsstaatlichen.

(Dr. Bettina Kähler GAL)

- A Und wenn ich unterstelle, daß das richtig ist, dann wäre das ein Grund für die Richterinnen und Richter, in den Generalstreik zu treten und nicht nur Erklärungen zu verfassen. Wenn mir eine Amtsrichterin sagt, die hätten auch schon vor fast 20 Jahren gesagt, daß keine rechtsstaatlichen Verfahren mehr garantiert werden können, dann drängt sich mir der Eindruck auf, daß sich mit dieser Erklärung der lange aufgestaute Frust über die zweifellos schwierigen Verhältnisse etwas unüberlegt Bahn gebrochen hat.

Interessant ist auch die Aussage der Beteiligten an den Amtsgerichten, wo ich öfter zu tun habe als am Landgericht,

(Ole von Beust CDU: Und Herr Rapp auch!)

aber die Verhältnisse sind durchaus vergleichbar. Interessant ist dort die allgemeine Aussage, daß es nicht so sehr am richterlichen Personal fehle, sondern vielmehr am nichtrichterlichen. So gab es beispielsweise am Amtsgericht Harburg früher fünf Geschäftsstellen mit fünf Leitern, jetzt sind es bei gleichgebliebener Arbeit nur noch zwei. Die Rationalisierung durch EDV konnte das nicht wirklich auffangen, da die Leute schlecht geschult sind und mit der neuen Technik nur begrenzt gut umgehen können. Ein Amtsrichter sagte mir, ich könnte manchmal um 14 Uhr nach Hause gehen, weil ich keine Akten mehr vorgelegt bekomme, dafür kommen dann am nächsten Tag gleich 70 auf einmal. Sein Fazit war: Es macht im Moment nicht sehr viel Spaß, aber es ist auch nicht Land unter, das kann wirklich niemand behaupten.

Wenn man sich das einmal anhört, sieht man, daß die ganze Diskussion differenzierter zu betrachten ist und sie viel zu kurz greift, wenn sie nur auf den Aspekt der Mehr-Stellen verengt ist. Es ist wirklich witzig, Herr von Beust, zu sagen, fiskalische Argumente seien unzulässig, und dann der SPD ein gestörtes Verhältnis zu Recht und Ordnung vorzuwerfen.

B

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Holger Christier SPD: Er hat ja nur solche Bereiche, wo es keine Rolle spielt!)

Dann müssen Sie sich fragen, was Sie für ein Verhältnis zum Geld und zur Politik im allgemeinen haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aus unserer Sicht gilt es nicht nur, über die Stellen und das Geld zu diskutieren, sondern auch darüber nachzudenken, welche Aufgaben Justiz eigentlich erfüllen soll und ob sie im Moment die Aufgaben erfüllt, die vielleicht anderswo besser geregelt werden können; das könnte ja auch ein Teil des Problems sein.

Beispiel Verkehrsunfälle: Es werden riesige Ressourcen bei der Polizei und auch bei der Justiz durch die Folgen von Autounfällen gebunden, größtenteils mehr oder weniger Bagatell- und Blebschäden, und die Justiz wird in erster Linie eingeschaltet, um die Ansprüche gegenüber den Versicherungen zu wahren.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das habe ich vor zehn Jahren gesagt!)

– Das ist fein, daß Sie das vor zehn Jahren gesagt haben.

In Holland hat man daraus die Konsequenz gezogen,

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wer regiert hier in Hamburg?)

die Abwicklung dieser Verkehrsunfälle auf die Versicherungsgesellschaften zu übertragen und den Staat herauszuhalten.

C

(Dr. Roland Salchow CDU: Das haben Sie abgelehnt!)

– Mir ist nicht bekannt, daß wir das abgelehnt haben, aber ich lerne immer gerne dazu.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Herr Mahr wollte die Polizei lieber da haben als bei den Drogen!)

Dr. Bettina Kähler (fortfahrend): Zweites Beispiel, Drogen: Jedes Jahr landen bundesweit über 100 000 Konsumenten von Cannabis vor dem Kadi, Benutzer einer Droge, die nicht gefährlicher ist als Alkohol. Eine Legalisierung brächte hier nicht nur für die betroffenen Leute Vorteile, sondern auch Entlastung für die Justiz.

(Beifall bei der GAL)

Gleiches gilt für die sogenannten harten Drogen. Konsumenten von Heroin und Kokain können als krank angesehen werden, und es ist völlig sinnlos, Kranke mit dem Strafrecht zu verfolgen. Darüber würde ich mir eine Debatte unter Beteiligung der Richterinnen und Richter wünschen.

(Zurufe von der CDU)

– Hören Sie auf zu schreien, hören Sie sich meine Rede zu Ende an, und dann können wir darüber diskutieren.

Oder: Wo ist beispielsweise die Debatte in der Justiz darüber, daß sich die Untersuchungshaft ...

D

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Dr. Kähler, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Bettina Kähler (fortfahrend): Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu; erst hier herumschreien und dann Zwischenfragen stellen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Also: Wo ist beispielsweise die Beteiligung der Richterinnen und Richter an der Debatte über die Untersuchungshaft, die sich immer mehr zu einem eigenständigen Sanktionsinstrument entwickelt und mit dem eigentlichen Zweck der Verfahrenssicherung nur noch sehr begrenzt etwas zu tun hat und hauptsächlich arme Ausländer und Unterprivilegierte trifft?

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Dr. Kähler, Ihre Redezeit ist ausgeschöpft.

Dr. Bettina Kähler (fortfahrend): Ich habe noch einen halben Satz.

Wenn schon Richterinnen und Richter Erklärungen verfassen, warum nicht einmal in diese Richtung denken? Und warum, liebe CDU, denken auch Sie nicht einmal in diese Richtung? Das wäre kreativer, als immer nur mehr Stellen zu fordern.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Bei der SPD fällt auf, daß sie erkannt hat, daß Angriff die beste Verteidigung ist.

(Dr. Holger Christier SPD: Genau! Altes Motto!)

– Herr Christier, Sie stimmen mir zu, Sie haben auch eine entsprechende Rede gehalten.

Gestern hatten wir das seltene Erlebnis, daß zwei führende SPD-Abgeordnete, Herr Zuckerer und Herr Ehlers, quasi öffentlich mit der Presse sprachen und das Pressegespräch sogar noch dokumentierten. Pressekonferenzen der SPD habe ich hier noch nicht erlebt, daran kann ich mich kaum noch entsinnen, aber das war schon interessant.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das gibt es öfter!)

Eines kann man eindeutig feststellen, und das ist schon beunruhigend: Der SPD geht wirklich der Arsch auf Grundeis.

(Beifall bei der CDU)

Entschuldigung, der Allerwerteste. Das ist zwar auch ein Wort mit A, aber der Allerwerteste geht Ihnen auf Grundeis, und das ist schon erstaunlich.

(Dr. Holger Christier SPD: Würden Sie sich bitte differenzierter zu meinem Beitrag äußern!)

Es ist wirklich bedenklich – das sehen auch meine Gruppe und Außenstehende so –, wenn 200 von 207 Richterinnen und Richtern am Landgericht eine Erklärung unterzeichnen und davon reden, daß der Kollaps nicht mehr allzuweit sei. Aber die Richter und Richterinnen müssen sich auch die Frage gefallen lassen – das sprach Frau Kähler eben schon an –, was denn mit dem nichtrichterlichen Dienst ist. Da haben heftige Einsparungen stattgefunden, und der nichtrichterliche Dienst – das mögen mir die Richter jetzt verzeihen – hat nicht so viele Privilegien wie die Richter und Richterinnen. Der nichtrichterliche Dienst kann nicht sagen, ich komme heute nicht, ich arbeite zu Hause oder ich arbeite später. Das ist ein Privileg, das sich sicherlich viele wünschen, das aber nicht immer vorteilhaft ist; darüber muß man reden.

Man muß auch darüber reden, ob nicht in Hamburg, wie es ein führender Rechtsanwalt, Herr Meffert, sagte, viel zu schnell Verhaftungen vorgenommen werden. Ich kann Ihnen nur sagen, was Rechtsanwälte sagen.

Aber eines ist nicht lächerlich, wenn mir verschiedene Rechtsanwälte und auch Richter und Richterinnen bestätigen, daß zum Beispiel Ausländerinnen und Ausländer für dieselben Delikte wesentlich schneller verhaftet werden als Deutsche, daß alleine die Ausländereigenschaft dazu führt, daß Menschen festgesetzt werden; das darf nicht sein.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es wird sicherlich auch zu diskutieren sein, was mit den Bagatelldelikten ist, was mit der fehlenden Legalisierung von Haschisch und Marihuana ist, wozu es immer noch Rechtsverfahren gibt. Auch der Senat muß sich fragen lassen – unser neuer schnittiger Innensenator verkündet hier, 61 neue Polizeistellen würden nicht eingespart, das Rechtsverfahren gegen Drogendealer werde man weiterhin so laufen lassen, daß, wenn das Amtsgericht als erstes

Gericht entscheidet und uns die Entscheidung nicht paßt, wir die nächste Stufe haben, das heißt, er macht den Richtern und Richterinnen noch einmal mehr Arbeit –, wo denn die Personalaufstockung bleibt. Darüber haben Sie nicht gesprochen.

Sie wollen diese 61 neuen Polizeistellen auch dafür nutzen, im Bereich der Jugenddelinquenz mehr Flagge zu zeigen, das heißt, Sie wollen mehr Jugendlichen ans Leder, aus welchen Gründen auch immer. Da wird man sich auch fragen, wo denn die Aufstockungen beim Jugendgericht bleiben.

Sie reagieren zur Zeit wie eine Herde wildgewordener – ich weiß nicht, welche Tiere ich jetzt benennen sollte –,

(Ole von Beust CDU: Lemminge!)

ja, Lemminge und überlegen nicht. Sie versuchen, mit der Fliegenpatsche irgendwelche kleinen Brände auszuschlagen, die die CDU oder auch Herr Schill legen. Es sollte auch einmal geguckt werden, ob es nicht vielleicht sinnvoller ist, den alten, ursprünglich sozialdemokratischen Gedanken der Prävention mal wieder zu beleben, ob es vielleicht mehr Sinn macht, Geld in Sozialpolitik zu stecken, in Jugendpolitik,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Da stecken wir auch viel Geld rein!)

in Arbeitsmarktpolitik, das nicht als Selbstbedienung der SPD ausgelegt wird, und dann vielleicht dafür zu sorgen, daß weniger passiert.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Der Hilfschrei der Justiz ist angekommen, aber ich möchte ihn nicht so unkritisch aufnehmen wie die CDU, die sofort populistisch sagt, alles richtig, ganz toll, wir wollen mehr Stellen. Wir brauchen darüber eine ernsthafte Debatte und nicht einen Schlagabtausch über die Medien in der Aktuellen Stunde.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Senatorin Dr. Peschel-Gutzeit.

Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist eigentlich geschehen, was liegt dieser Aufregung, die wir in den Medien verfolgen konnten, von der wir auch in der Stadt hören, zugrunde?

Ich will berichten: Am Abend des 22. Mai sprach mich die Landgerichtspräsidentin anlässlich einer Abendveranstaltung an und sagte, sie hätten große Schwierigkeiten, ihre Einsparverpflichtungen für das laufende Jahr 2001 zu erbringen. Sie sei mit den Richtern und Richterinnen und auch mit dem nichtrichterlichen Personal im Gespräch, und sie hätten große Schwierigkeiten. Ich habe gesagt, das verstehe ich natürlich, das weiß ich auch von meinen vielen Verhandlungen mit allen Teilen der Justiz, habe aber darauf hingewiesen, daß die Streichverpflichtungen für 2001 im Augenblick noch nicht fällig seien. Für 1999 und für 2000 hat das Landgericht seine Verpflichtungen vollständig erbracht.

In diesem Gespräch ergab sich dann die Bitte von Frau Görres-Ohde, ob ich in eine Personalversammlung kommen und selbst mit den Richtern sprechen würde, was ich natürlich zugesagt habe. Wer mich kennt, weiß auch, daß ich den offenen Dialog sehr schätze, im Gegensatz zu de-

C

D

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

- A nen, die hintenherum und anonym ganz mutig nach vorne gehen, schätze ich diejenigen, die unter Namensnennung sagen, so und so ist es und das und das habe ich zu be-
anstanden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es geht und ging insgesamt um eine Konsolidierungsverpflichtung von 1,07 Millionen DM. Das ist der Gegenwert von etwa sieben bis acht Richterstellen plus sonstiges Personal. Ich habe Frau Görres-Ohde gefragt, wenn es Schwierigkeiten vor allem auf der Strafseite gebe – das ist immer das besonders Spektakuläre –, was sie im Augenblick brauchten, um aus der größten Bredouille herauszukommen. Sie hat mir gesagt, wir brauchen zu den ohnehin einige Wochen vorher schon freigegebenen zwei zusätzliche Kammern, nämlich zwei Vorsitzende- und zwei bis drei Beisitzer-Richterstellen.

Ich habe daraufhin die Zeit zwischen diesem 22. und dem 31. Mai, als die Personalversammlung war, genutzt und – das ist hier schon erwähnt worden – unter Mithilfe wirklich aller, die dafür zuständig sind, eine Vereinbarung erreichen können, fünf weitere Richterstellen besetzen zu dürfen, also zwei große Strafkammern oder, anders ausgedrückt, in Höhe von etwa 600 000 DM eine Stundung der an sich rechnerisch bestehenden Konsolidierungspflichten.

Mit dieser Auskunft bin ich in diese Personalversammlung gegangen, die natürlich lebhaft war, aber im Stil vollkommen angemessen. Ich habe mich diesem Gespräch nicht mal eben gestellt, sondern wir haben über zwei Stunden ausführlich diskutiert. Als ich mich verabschiedet habe, bin ich mit einem langanhaltenden Beifall verabschiedet worden,

- B (Rolf Harlinghausen CDU: Die haben sich gefreut, daß Sie gegangen sind!)

was nicht der Fall ist, wenn man herausgeht und sagt, um Gottes willen, das war ja alles gar nichts. Wenn die mich hätten heraushaben wollen, hätten sie mich gar nicht erst eingeladen; das wäre einfacher gewesen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In dieser Personalversammlung war übrigens nicht die Rede von den ein paar Tage später erfolgten Forderungen der dort versammelten Richterinnen und Richter, sämtliche 38 gestrichenen Richterstellen aus 1995 bis 2000 wieder zu beschaffen. Diese Forderung, wie ich sie verstanden habe, fand sich erstmals in der Presseerklärung vom 5. Juni. Natürlich war mir angekündigt worden, daß man in die Öffentlichkeit gehen würde, das hat mich nicht überrascht, aber es wurde nun zum ersten Mal geäußert, daß die Richterinnen und Richter so gestellt werden wollten wie im Jahr 1994. Es sollte alles, was seit 1995 geschehen ist, ungeschehen gemacht werden.

Zur Begründung dieser extraordinären Forderung wurde angeführt, die Pro-Kopf-Belastung der Landrichter sei seit 1995 so gestiegen, daß sie – ich zitiere –

„nicht mehr nach rechtsstaatlichen Regeln zu bewältigen ist“.

Bei den 38 eingesparten Richtern sei

„die Zahl der Eingänge in Straf- und Zivilsachen nahezu gleich geblieben“.

(Rolf Kruse CDU: Könnte es sein, daß die fünf Minuten um sind?)

- Ich glaube, lieber Herr Kruse, dieses Haus ist daran interessiert zu erfahren, was wirklich geschehen ist. C

(Rolf Harlinghausen CDU: Aber in fünf Minuten!)

Ganz sicherlich nicht in fünf Minuten, aber wenn Sie es möchten, kann ich natürlich auch mehrfach sprechen. Ich glaube aber, daß es Sinn macht, es im Zusammenhang zu erläutern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es stellte sich nämlich bei der dann angestellten Recherche heraus, daß diese Behauptung „bei nahezu gleich gebliebener Belastung“ nicht richtig ist. Von 1995 bis 2000 sind in allen Bereichen des Landgerichts die Eingänge zurückgegangen, zum Teil dramatisch, bis auf einen Bereich, und das ist der Zivilbereich erste Instanz. Damit erklärt sich auch die Unruhe der Strafrichter, denn bisher konnte, wenn es bei den Strafrichtern eng wurde, auf die Zivilrichter zurückgegriffen werden, sie konnten als Beisitzer aushelfen; das ist jahrelang so geschehen. Wenn nun aber die Zivilrichter plötzlich eine zusätzliche Last haben, funktioniert dieser Mechanismus nicht mehr.

Das muß man aber wissen, und das relativiert auch die Befürchtungen, die die Richterinnen und Richter angestellt haben. Sie befürchten, daß sie in Zukunft im Strafrecht vermehrt zur Haftentlassung beitragen könnten, weil sie nicht rechtzeitig terminieren können. Sie befürchten, daß es zu Beweisverlusten kommt. Sie befürchten eine Verjährung von Straftaten, und sie befürchten, daß es vermehrt zu Deals kommen kann. Wer das Strafverfahren in Deutschland kennt, der weiß, daß es zu allen Zeiten Deals gegeben hat und daß dies auch zu allen Zeiten von vielen gewollt ist, zum Beispiel bei der Kronzeugenregelung, oder wenn viele Taten angeklagt sind, werden nur einige wenige verhandelt. Dies alles ist nichts Neues, aber das waren die Befürchtungen. D

Und dann kam es zu Befürchtungen auf dem Zivilsektor, vor allen Dingen, was die angeblich zu lange Verfahrensdauer angeht.

Ich habe auch das im Bundesvergleich genau geprüft; das sind Zahlen, die wir nicht machen, sondern jedes Jahr kommt ein Bundesvergleich heraus. Die Zahlen des Bundesvergleichs für 1999 liegen vor, die für 2000 noch nicht. Danach ist die Verfahrensdauer wie folgt: In Zivilsachen hat das Landgericht Hamburg eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 6,6 Monaten – übrigens genau so wie Bayern –, der Bundesdurchschnitt liegt bei 7,1 Monaten, und Hessen liegt bei 8,3 Monaten, um das nur einmal zu sagen.

In Strafsachen ist es ganz ähnlich. Im Bundesdurchschnitt sind es 6,1 Sachen, Hamburg hat ebenfalls 5,9, ebenso wie Bayern, aber in Hessen sind es wieder 8,7. Damit will ich nur sagen, daß Hamburg vorn liegt und den Einbruch in der Justiz bisher nicht erlebt hat. Deshalb ist es zwar in Ordnung, daß sich die Landrichter zu Wort melden, denn niemand will, daß es zu Einbrüchen kommt; ich ganz sicher nicht und auch niemand im Senat oder in der Bürgerschaft. Es muß doch aber möglich sein, wenn eine solche Forderung mit einer bestimmten Begründung erhoben wird, deren Valenz nachzuprüfen.

Nun komme ich zu dem, was die Richter sagen, daß sie so gestellt werden möchten wie 1994. Das würde doch bedeuten, daß in ganz Hamburg nur eine einzige Berufsgruppe, noch dazu beschränkt auf die Landrichter, so gestellt würde, als hätte es nie eine Konsolidierungsver-

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

- A pflichtung gegeben. Wie will ich das denn aus Gerechtigkeitsgründen anderen in der Stadt erklären?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die CDU fordert 10 Prozent mehr Richter und Staatsanwälte. Das wären bei gut 800 Richtern und Staatsanwälten mal eben 80 Stellen. Den Gegenwert kann sich jeder ausrechnen; das will ich hier gar nicht tun. Aber es ist ganz typisch, daß diese Forderung zugleich mit der Bemerkung erhoben wird, die Justiz dürfe nicht kaputtgespart werden. Meine Damen und Herren von der CDU, diesen Begriff haben wir bis vor wenigen Tagen von der CDU in der größten deutschen Stadt, von dem dortigen Regierungsoberhaupt gehört, von Herrn Diepgen,

(Antje Blumenthal CDU: Das muß ja kommen!)

der gesagt hat: Die Stadt darf nicht kaputtgespart werden. In Wirklichkeit ist sie kaputtgespart worden, das ist das Verheerende.

(Beifall bei der SPD)

Wer so mit den nicht vorhandenen Geldern umgeht, belastet unsere Kinder und Kindeskiner und tut das in unerhörter Weise.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da ich mich auf fünf Minuten beschränken muß, kann ich nicht auf alle Ausführungen der Senatorin eingehen.

B

(Zurufe der SPD: Schadel!)

Es gibt aber zum Glück noch mehr Redner der CDU.

Diese Debatte hat wieder gezeigt: Das gestörte Verhältnis der SPD, der Grünen und der Regierungskoalition zur Justiz hält weiter an.

(Beifall bei der CDU)

Die Äußerungen, die hier teilweise über die Richter gemacht wurden, finde ich haarsträubend. Wer Richter kennt, weiß, daß sie sich schwertun, in die Öffentlichkeit zu gehen. Sie versuchen, so etwas erst intern zu klären.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Aber dann! – Wolfgang Franz SPD: Aber Schill!)

Insofern finde ich es sehr merkwürdig, wie hier damit umgegangen wird.

– Herrn Schill wollen wir gerade nicht mit den anderen Richtern in einen Topf werfen, Herr Franz.

(Anja Hajduk GAL: Aber eine Koalition wollen Sie mit ihm!)

Ich möchte nur daran erinnern, daß wir beispielsweise ein Senatsmitglied hatten, das vor zwei Jahren in einer Hamburger SPD-Zeitung zitiert wurde, daß Richter arrogante Menschen seien. Später stellte es sich als Fehler heraus, dies hatte die Landesgeschäftsstelle gemacht. Trotzdem finde ich so eine Ausführung in einem SPD-Parteiblatt haarsträubend.

Mit Ihren Äußerungen, Frau Kähler, bestätigen Sie zwar den Frust, Sie wollen aber wiederum nicht sehen, daß dieser Frust an vielen Stellen zu finden ist. Wo denn dann?

Irgendwie verstehe ich nicht, was wir in den letzten vier Jahren im Rechtsausschuß behandelt haben. Irgendwie verstehe ich das Ganze nicht.

C

(Barbara Duden SPD: Das müssen Sie ja nicht, das ist sehr menschlich!)

Die Leistungsfähigkeit der Justiz beruht in den letzten Jahren aber insbesondere darauf, daß die Richter ein ungeheures Engagement gezeigt haben. Ich finde, das muß honoriert werden.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, unbestritten!)

Daß sie jetzt erst klagen, liegt daran, daß die Grenze erreicht ist. Das ist hier bestritten worden.

(Beifall bei der CDU)

Namhafte Richter haben in den letzten Jahren mehrfach geäußert – ich zitiere –:

„Täter bleiben unbestraft. Mit äußerster Kraft wird gegen den Prozeßberg gearbeitet. Urteile werden immer schlechter.“

Das sind Äußerungen aus der Presse der letzten Monate. Es sind Richter, die sich nicht anonym, sondern offen in der Presse geäußert haben. Das sind Punkte, die nicht aufgegriffen wurden, das ist bekannt. Da kann man nicht sagen, daß unter der Hand mit Schmutz geworfen wird. Doch der Senat hat nicht reagiert, er hat weiter konsolidiert.

Ich erinnere auch an die Fragestunde vor einigen Tagen in diesem Hause. Der Staatsrat hat sich zu den warnenden Äußerungen eines frisch pensionierten Strafrichters dahin gehend geäußert, daß das persönliche Frustration sei, und er hat damit die Äußerung disqualifiziert.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das hat er gerade nicht gesagt!)

D

– Das hat er gerade gesagt. Ich finde, so kann man mit Warnungen nicht umgehen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist nicht die Wahrheit!)

– Doch, Herr Schmidt, das war die Wahrheit.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Sie erzählen jetzt dummes Zeug!)

– Nein!

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das sollten wir noch einmal nachlesen!)

– Das kann man nachlesen, das steht genau so im Protokoll.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Jetzt geht es wieder in die alte Masche!)

– Nein!

Ich nenne einige Beispiele: Die Situation der Schreibdienste wurde auch sogar von Ihrer Seite bestätigt. Es ist seit Jahren bekannt, daß sie in einigen Bereichen derartig überlastet sind, daß gar nichts mehr geht. Im Familiengericht Altona werden Akten monatelang gar nicht bearbeitet; da wartet man als Anwalt sechs bis sieben Monate, um überhaupt eine Antwort zu bekommen; das kann es nicht sein.

Zweitens: Die Polizei hat endlich die geforderte DNA-Kartei aufgebaut, doch die Gerichte schaffen es nicht, die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Mit welcher Folge? 200 mögliche Sexualstraftäter und Mörder, deren Wohnort

(Viviane Spethmann CDU)

- A nicht bekannt ist, können zur Zeit nicht zur Fahndung ausgeschrieben werden, weil die gerichtlichen Beschlüsse nicht erfolgen können. Das ist der Skandal.

So müssen die Tatbeteiligten eines „Hells Angels“-Verfahrens möglicherweise aus der U-Haft entlassen werden; das droht.

(Antje Möller GAL: Den Zeitungsartikel haben wir auch gelesen!)

Die gleiche Kammer behandelt aber auch den Strahlenskandal um Professor Hübener. Wie sollen die Richter mit diesen ganzen Verfahren zu Rande kommen? Erklären Sie uns das, dann würden wir auch eine Lösung finden. Wir wissen aber im Moment auch nicht mehr, als weitere Stellen zu fordern.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Daß Sie keine Lösung haben, ist klar!)

Zum Thema der Deals, Frau Senatorin. Daß sie üblich und auch vom BGH anerkannt sind, ist überhaupt keine Frage. Das Hauptproblem liegt aber doch darin, daß Deals in Großverfahren inzwischen grundsätzlich eingegangen werden und nicht mehr nur im Ausnahmefall. Gegen den Ausnahmefall ist nichts zu sagen, aber es kann doch nicht wahr sein, daß ein Strafverteidiger grundsätzlich Deals aushandelt. Wo bleibt da bitte die Rechtsprechung und die Gerechtigkeit? Das lehnen wir als pauschale Maßnahme ab.

(Beifall bei der CDU)

Insoweit verwundert auch nicht, daß die Erledigungszahlen in der Statistik gar nicht so schlecht aussehen. Diese Deals wurden gerade gemacht, um solche langen Verfahren abzukürzen.

B

(Zurufe von der SPD: Nein! – Antje Möller GAL: Jetzt wird es peinlich!)

Die Zahlen, die Sie vorlegen, sind nämlich geschönte Zahlen. Die CDU ist seit Jahren immer für die Konsolidierung des Haushalts.

(Zurufe von der SPD: Ach nee!)

– Doch! Aber Sie haben eine Sache übersehen: Justiz läßt sich nicht ökonomisieren. Die Justiz ist kein Wirtschaftsbetrieb, der Klagen und Strafprozesse steuern kann. Wo ein Kläger ist, muß leider auch ein Richter sein. Da können wir nicht steuern, das ist nun leider einmal so.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Ende. Die Modernisierung der Justiz wurde in den letzten Jahren immer hoch gelobt, und es wurde erklärt, daß aufgrund dessen nicht genutzte Kapazitäten vorhanden seien. Diese hat es aber nie gegeben. Wir haben festgestellt, daß es keine gibt, und deshalb: Hören Sie auf mit dem Sparen in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was sonst immer Professor Karpen zugeordnet war, nämlich

(Ole von Beust CDU: Der kommt noch, keine Sorge!)

ein Zerrbild der Justiz zu entwerfen, ist Ihnen heute gelungen, Frau Spethmann. C

Meine Damen und Herren, Herr von Beust hat seinen Vortrag hier mit den Worten eingeleitet: Die Justiz ist am Ende. Ich setze einmal ein anderes Zitat dagegen, und dann können Sie raten, von wem es stammt. Es lautet:

„In Hamburg ist der Rechtsstaat nicht am Ende. Diesen Eindruck solle niemand zu vermitteln versuchen, weil jede Übertreibung der Sache schadet.“

Von wem stammt dieser Satz? Nicht von einem sozialdemokratischen Justizpolitiker, sondern von Herrn Uwe Bahnsen, dem der Nähe zum Senat und der SPD unverdächtigen Rathauskorrespondenten der „Welt“. Herr Bahnsen hat recht.

(Beifall bei der SPD)

Frau Spethmann, Sie haben der SPD und auch den Grünen ein gestörtes Verhältnis zur Justiz vorgeworfen. Ich werfe Ihnen vor, ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit bei der Justiz zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Was ich Ihnen aber übelnehmen muß und was Sie auch nicht so stehenlassen können, ist, daß Sie hier den Eindruck vermitteln, die Hamburger Justiz mache schlechte Urteile und faule Kompromisse wider besseres Wissen.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Das hat sie nicht gesagt!)

– Das hat sie so in den Raum gestellt.

(Antje Blumenthal CDU: So verstehen Sie es!)

Sie haben es anders ausgedrückt, aber so kommt es an. Das können wir nicht hinnehmen. Jeder Deal, auch wenn Sie ihn noch so kritisieren, hält dem Anspruch statt, rechtsstaatlich zu sein, sonst würde ihn ein Hamburger Richter nicht machen. D

(Beifall bei der SPD)

Als ich als Referendar meine Landgerichtsstation beendet hatte, bin ich zu dem damaligen Senatspräsidenten Fürstentzen gekommen, der sich jeden Referendar vorgenommen hat. Er sagte mir: „Es gibt da so ein Wort aus Fritz Reuters ‚Ut mine Stromtiet‘, das lautet:

„In der Fixigkeit bin ich dich über, in der Richtigkeit bist du mich über!“

Wir machen beides, wir sind fix und richtig.

(Beifall bei der SPD – Ole von Beust CDU: Ach ja!)

Meine Damen und Herren, über die Marscherleichterungen, die Vergünstigungen, die die Justiz im Vergleich zu den anderen Ressorts gehabt hat und weiterhin bekommen wird, hat die Senatorin bereits berichtet. Was weiter erwähnenswert ist, sind die Rahmenbedingungen, unter denen die Justiz arbeitet. Die Richter allein können nicht Recht sprechen, ohne daß ihnen zugearbeitet wird. Sie müssen in Räumen sitzen, in denen sie sich wohl fühlen, sie müssen eine Geschäftsstelle haben, in der gearbeitet wird, und sie müssen Kommunikation haben. Hier ist intensiv gearbeitet und verbessert worden unter Einsatz von Haushaltsmitteln, und es hat sich gelohnt. Ich glaube, die Erledigungszahlen, die wir dargestellt bekommen haben, haben auch etwas mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu tun. Wir arbeiten weiter daran.

Vergessen Sie bitte auch nicht, daß die Justiz nicht allein die Rechtsprechung ist. Das sind viele Bereiche. Es sind

(Rolf-Dieter Klooß SPD)

- A auch nicht nur die streitigen Gerichtsbarkeiten in der Zivil- und Strafjustiz. Es sind ebenso die Registergerichte, das Handelsregister, das Grundbuchamt, der Mahnbescheid, der elektronisch erlassen werden kann, und die Verbesserungen, die dort erreicht wurden. Das alles sind sichtbare und für den Bürger greifbare Erfolge und eine ausgesprochene Wohltat für den rechtsuchenden Menschen. Daran arbeiten wir weiter, und das sollen Sie uns hier nicht vermissen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich nehmen wir die Worte der Richter ernst.

(Dr. Roland Salchow CDU: Aber!)

Wir nehmen sie sehr ernst und bagatellisieren sie keineswegs, sondern wir sehen, daß es mindestens in einigen Bereichen Verbesserungsbedarf gibt. Wir werden uns sehr genau ansehen, wo das ist und was genau gemacht werden kann, und wenn es notwendig ist, werden wir auch dafür sorgen, daß Verbesserungen geschaffen werden. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Professor Karpen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Aber kein Zerrbild!)

Dr. Ulrich Karpen CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Senatorin, Sie haben wieder das gemacht, was üblich ist, Sie haben uns weit über die Zeit hinaus eine Geschichte erzählt, wie Sie mit Konstanz Görres-Ohde dies und das besprochen haben, und Sie haben uns dann mit Zahlen zugeschüttet, die zeigen sollen, daß Hamburg vorn ist.

- B Diese Zahlen kann ich natürlich auch bieten und würde dann sagen: Ist dem Hause bekannt, daß in den letzten fünf Jahren 27 Staatsanwaltschaften gestrichen worden sind, 40 Richterstellen an ordentlichen Gerichten, daß 60 Stellen für Vollzugspersonal gestrichen wurden,

(Jan Ehlers SPD: Ja, das hat dieses Haus beschlossen!)

bei einer Zunahme von 40 Prozent von gewalttätigen Angriffen gegen Vollzugsbeamte?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ist Ihnen bekannt, daß in den letzten fünf Jahren der Justizhaushalt um 400 Stellen erleichtert worden ist – das ist etwas anderes als die eine Richterstelle, die Sie erwähnt haben, Frau Senatorin – und daß bei Richtern und Staatsanwälten insgesamt 80 Stellen ersatzlos weggefallen sind?

Wer ist schuld an dieser Misere? Natürlich zuerst immer wieder die Opposition, wenn es heißt, wir malten alles schwarzweiß. Ihr getreuer Paladin, Herr Klooß, hat heute wieder gesagt, ich malte ein Zerrbild. Die völlig handzahme Frau Dr. Kähler hat schon einmal gesagt, ich hielte eine Büttenrede.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren, wenn 200 Richter, die Staatsanwälte, Herr Dr. Weinert, Herr Metzinger und die Präsidentin des Landgerichts mir folgen, dann halte ich gern eine Büttenrede, im Gericht und auch hier.

(Beifall bei der CDU – Günter Frank SPD: Herr Karpen!)

C

Und wer ist noch daran schuld? Die Richter, sagt Herr Zuckerer, die rechneten sich schlecht; Herr Zuckerer, der von der Justiz nun absolut keine Ahnung hat.

(Beifall bei der CDU)

Und die Medien. Und wer ist nicht schuld? Der Senat. Frau Senatorin, Sie ergehen sich in Betroffenheitsbekundungen wie: „Wir nehmen das ernst.“ Das tun die anderen Redner auch, aber Sie tun für die Richter nichts, und das haben die Richter verstanden. Darf ich ein Zitat bringen?

„Die Atmosphäre zwischen Leitungs- und Mitarbeiterebene ist nicht frei von Kommunikationsstörungen, Konflikten und Mißtrauen.“

Dieses Zitat stammt aus dem Jahresbericht 2001 des Rechnungshofs und bezieht sich auf Ihre Behörde, Frau Senatorin. So ist es in der Tat. Sie haben sich eingebunkert,

(Beifall bei der CDU)

sparen und lassen den Rechtsschutz des Bürgers auf der Strecke. Daß dabei ein Stück Arroganz ist, habe nicht ich gesagt, sondern einer der Richter.

Nun haben wir einen neuen Schuldigen gefunden, und zwar hat der Bürgermeister den herausgekratzt. Feinsinnig nennt der Bürgermeister das ein Vermittlungsproblem. Das heißt im Klartext: Wir, der Senat, machen vielleicht keine gute Öffentlichkeitsarbeit, aber auf der anderen Seite sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt auch zu dumm, zu erkennen, welche gute Politik wir machen. Nein, meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger verstehen sehr wohl, daß das kein Vermittlungs-, sondern ein Politikproblem in der Sicherheits- und Justizpolitik ist. Meine Damen und Herren im Senat, das ist Ihr Problem, und die Bürger werden Ihnen das am 23. September auch beweisen. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Weise.

Helga Weise SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte es nicht verstanden, wenn die CDU dieses Thema heute nicht angemeldet hätte.

(Antje Blumenthal CDU: Sie hätten es doch auch anmelden können!)

Es ist das Recht der Opposition, daß sie die Regierung anprangert, und es ist auch ihre Pflicht und legitim, daß die Menschen sich für ihr Arbeitsfeld stark machen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Und wir sind weise!)

Besonders viel Spaß macht es – ich grüße Sie als ebenso Weisen –, aus der Opposition heraus Forderungen zu stellen, ohne Rücksicht auf Haushaltsdeckung.

(Ole von Beust CDU: Sie werden bald sehen, wie schön das ist!)

Alle finden es gut, wenn gespart wird, abstrakt, konkret soll aber immer beim anderen gespart werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich noch gut daran erinnern, daß die CDU massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst vorgeschlagen hatte.

(Helga Weise SPD)

A (Barbara Duden SPD: 20 000 Stellen!)

Uns Regierungsfractionen wundert es immer, daß so wenig gesehen wird, welche Reformen in der Justiz bereits verwirklicht wurden und welche noch kommen werden. Für die SPD besteht kein Zweifel: Die dritte Gewalt soll ihre Bedeutung behalten.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das wäre auch noch schöner!)

Seit Jahren arbeitet die SPD an der Modernisierung der Justiz.

(Heino Vahldieck CDU: Erfolglos!)

Der Reformstau auf Bundesebene wird jetzt von einer tatkräftigen Justizministerin aufgelöst.

(Berndt Röder CDU: Wieso, wer kommt?)

Als Stichworte dazu nenne ich einmal die ZPO-Reform, die Sanktionenreform, die Schuldrechtsmodernisierung und die StPO-Reform. Das Schreckensbild der CDU stimmt nicht. Der Zusammenbruch der Rechtspflege droht nicht. Unstreitig ist, daß es Schwierigkeiten in der Strafjustiz gibt. Die Zivilrechtspflege, die den überwiegenden Teil des Aufkommens ausmacht, läuft im Rahmen bundesweit üblicher Bearbeitungszeiten.

(Ole von Beust CDU: Das sehen die Richter aber anders!)

Es ist unbestritten, daß viele der in Hamburg vom Konsolidierungskurs Betroffenen einen schweren Job machen, und dazu gehören auch die im Justizbereich Tätigen. Die CDU steht nicht in der Verantwortung und kann munter drauflosfordern, ohne sich über die Finanzierung ihrer Vorschläge Gedanken machen zu müssen. Ich glaube, der Hamburger Haushalt wäre schon lange zusammengebrochen, wenn alle CDU-Vorschläge tatsächlich umgesetzt worden wären.

(Barbara Duden SPD: Das sieht man an Berlin!)

– Berlin läßt grüßen!

(Beifall bei der SPD)

Hamburgs Justiz ist gut. In der letzten Woche war ich auf einer justizpolitischen Konferenz der SPD.

(Dr. Roland Salchow CDU: Also doch nicht weise!)

Hamburg wurde viele Male als gutes Beispiel genannt; und das ist auch klar, denn hier wurde vieles geschaffen. Das Projekt Justiz 2000 ist gerade abgeschlossen worden, und darüber wurde umfangreich berichtet. Wir haben einen Gerichtsmanager. Das neue Justizforum-Ost führt verschiedene Fachgerichte räumlich zusammen. Besonders neidisch waren die anderen Politiker auf das Finanzgericht in Hamburg, in dem der elektronische Rechtsverkehr eröffnet worden ist. Prozesse per E-Mail gibt es nirgendwo in der Bundesrepublik, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das zeigt: Hamburgs Justiz ist modern und leistungsfähig. Ich bin sicher, daß wir in Zusammenarbeit mit den Richterinnen und Richtern gemeinsam einen Weg finden werden, damit Hamburgs Justiz weiterhin verläßlich arbeiten kann. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Dr. Peschel-Gutzeit.

Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf: Lauter!)

– Da müssen Sie sich nun einmal entscheiden: Entweder ist es laut genug, oder es ist nicht laut genug. Irgendwie kann es nicht daran liegen, daß meine Stimme mal zu laut und mal zu leise ist. Normalerweise kann man mich verstehen. Vielleicht versuchen Sie es einfach mal.

(Rolf Harlinghausen CDU: Auf jeden Fall ist es falsch! – Dietrich Wersich CDU: Bei Ihnen haben immer die anderen schuld!)

– Ja, es ist wirklich gräßlich, aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß der Mensch nur eins kann: entweder reden oder zuhören, physikalisch ist das so. Deswegen sollten Sie es einfach mal versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist hier eben die Rede davon gewesen, daß irgendwelche Zahlen in den Raum gestreut werden und daß die Erledigungen gar nicht mal so schlecht sind, weil die Richter – was stimmt – sehr engagiert arbeiten. Das Letztere habe ich nicht nur immer betont, das weiß ich ganz einfach, und es ist auch so. Trotzdem muß es wohl erlaubt sein, dem Landesparlament, nämlich der Bürgerschaft, darzustellen, daß die Belastung der Justiz sehr unterschiedlich ist und daß sie in großen Bereichen zurückgegangen ist. Darum geht es hier auch.

Da ich Zahlen mitgebracht habe, will ich sie jetzt auch noch einmal nennen. Große Strafkammern, also erste Instanz Landgericht im Jahr 1995: Eingänge 393 – Eingänge, nicht Erledigungen. Im Jahr 2000: 377 Eingänge, also ein Rückgang.

Bei der zweiten Instanz Strafsachen – das sind die Kleinen Strafkammern – gingen 1995 2118 Sachen ein, im Jahre 2000 1815 Sachen. Bei den Zivilsachen der zweiten Instanz, also Berufungen, 1995: Eingänge 3053 und im Jahre 2000 2715. Diese drei Bereiche zeigen, daß es eine Entlastung gegeben hat, während es in dem Bereich Zivilsachen erste Instanz – das habe ich vorhin gesagt – eine Zunahme an Belastungen gab, nämlich 1995 in der ersten Instanz bei Zivilsachen 10 905 Sachen und im Jahre 2000 11 664 Sachen.

Ich glaube, daß dieses Haus diese Zahlen hören muß, um zu verstehen, daß es seit vielen Jahren einen internen Ausgleich zwischen der Zivil- und der Straffeite gegeben hat, der nun aus Gründen der Belastung der Zivilseite nicht mehr so ohne weiteres möglich ist. Dieser Mechanismus muß erkannt werden – das tun wir natürlich –, und hier muß nachgeführt werden.

Zweitens: Ich bin aus Sicht der CDU dafür getadelt worden, daß ich mich so betroffen gezeigt hätte. Ich habe mich nicht betroffen gezeigt, sondern ich bin betroffen; das mag man vielleicht verstehen, es ist so.

Auf der anderen Seite wird gesagt, ich habe mich eingebunkert. Das, Herr Karpen, ist nun wieder Ihr Geheimnis, wie man es macht, auf eine Personalversammlung zu gehen, an einem sehr lebhaften zweistündigen Dialog und Diskurs teilzunehmen, und das alles aus dem Bunker heraus.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Drittens: Es ist hier noch nicht gesagt worden, aber das muß an dieser Stelle erwähnt werden, daß wir in Hamburg,

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

- A anders als an vielen anderen Orten – beispielsweise auch ganz anders als in Berlin –, die Justiz budgetiert haben. Das heißt, jede einzelne Dienststelle entscheidet in eigener Verantwortung darüber, wie und wo sie verfährt, was sie besetzt, was sie zur Streichung aufgibt, wo sie meint, sächlich und personell besser hinzukommen, und wo sie nachführen muß. Das muß hier auch einmal gesagt werden. Wenn berichtet wird, daß in fünf Jahren alles Mögliche konsolidiert wurde, müssen wir doch auch sagen, daß es in Hamburg weder eine Haushaltssperre noch eine Einstellungssperre oder eine Beförderungssperre gibt. Das sind alles Dinge, die wir rundherum erleben, bis hin nach Berlin. Ferner gibt es auch nicht das, was wir überall lesen können, eine Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst und Ähnliches mehr. Um Ihnen einen kleinen Einblick zu geben: Wir haben allein in dieser Legislaturperiode mehr als 110 Richter und Staatsanwälte neu eingestellt. Das alles wäre bei einer Besetzungssperre nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Schließlich haben wir gehört, daß die Eingänge im Bereich des Zivilrechts beim Landgericht zugenommen haben. Da muß doch die Frage erlaubt sein, ob das ein gesteigerter und gestiegener Bedarf ist, den diese Gesellschaft im Jahre 2000 und 2001 gerechterweise in höherem Maße als bisher bedienen darf und kann? Diese Frage müssen wir stellen. Ich selbst habe lange genug am Landgericht gesessen und weiß natürlich, welche Sachen zum Landgericht kommen. Wenn wir aber hören, daß dort schneller als im Bundesdurchschnitt entschieden wird, müssen wir uns doch fragen, ob es eine Berechtigung dafür gibt, zu Lasten nachwachsender Generationen noch mehr und noch schneller zu arbeiten, nur damit jemand etwas eher zu seinem Urteil kommt. Oder können wir vielleicht auch darüber nachdenken, ob es Möglichkeiten gibt, diese langen Wege abzukürzen?

B

Ich erinnere – und das ist das Letzte, was ich sagen möchte – an die Kämpfe, die die Bundesjustizministerin und wir alle ausfechten mußten, als es darum ging, den Zivilprozeß zu straffen. Auch da ging schon wieder das Abendland unter, und es kamen große und mächtige Interessenverbände, die sagten: Jede einzelne Instanz muß im Interesse der Gerechtigkeit unbedingt erhalten bleiben. Wer so vorgeht, verbraucht ohne Not und Berechtigung das Geld der nächsten Generationen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Röder.

Berndt Röder CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, Sie scheinen ein Wahrnehmungsproblem zu haben.

(*Erster Bürgermeister Ortwin Runde:* Ach, das auch noch!)

Sie sprachen soeben von dem langanhaltenden Beifall der Richterschaft und nehmen die Tatsachen gar nicht so ernst.

Ich halte noch einmal fest, damit es auch jeder hier weiß: Die Befürchtungen der Landrichter – und zwar 200 von 207, also fast aller Landrichter – lauten, daß die Strafverfahren nicht mehr mit der gebotenen Beschleunigung gefördert werden können, daß es zu Entlassungen von Be-

schuldigten aus der Untersuchungshaft kommen wird, daß Straftaten verjähren.

C

Im Bereich des Zivilrechts lauten sie, daß die Prozeßdauer verlängert wird, daß die Kläger zum Teil vor Erleben der Urteile versterben und daß Räumungsurteile verspätet ergehen. Auf die weiteren Dinge will ich hier nicht eingehen.

Diese Kritik wird nicht nur von den Landrichtern geteilt – davon ist hier heute gar nicht die Rede gewesen –, sondern der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichtes hat sich dieser Kritik nachdrücklich angeschlossen. Er hat zudem darauf hingewiesen, daß Richterschaft und Gerichte schon über Jahre hinweg gegenüber der Justizbehörde immer wieder und mit Nachdruck auf die sich deutlich abzeichnenden Gefahren für die Funktionsfähigkeit hingewiesen haben. Auch der Präsident des Amtsgerichtes ist dem ausdrücklich beigetreten und hat mitgeteilt, daß er die Sorge seiner Kollegen gut nachvollziehen könne und sich der Bereich der Amtsgerichte nur noch „durchwurschtele“.

Bei der Staatsanwaltschaft ist diese Einschätzung genau so. Sie kann sich nur nicht zu Wort melden, weil sie Ihnen weisungsgebunden ist. Das ist zunächst einmal die Beschreibung des Tatbestandes. Bei der Beschreibung dieses Tatbestandes sprechen Sie in der Presseerklärung Ihrer eigenen Behörde davon, daß sich nun am Ende der Konsolidierungsphase Licht am Ende des Tunnels zeige. Meine Damen und Herren, welch ein Hohn für die Betroffenen, die sich hier ganz deutlich mit Ihrer Meinung in die Öffentlichkeit begeben haben. Soweit einmal zur Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Ihre zweite Einlassung in dieser Presseerklärung war keineswegs besser, wenn man dieses so werten darf, denn sie haben dort mitgeteilt, daß Sie alle im selben Boot knappster Finanzen saßen und es gemeinsam auf Kurs halten müssen.

D

Diesen Kurs sieht die Richterschaft offenkundig scheitern, und auf diesem Kurs wollen Sie das Boot halten? Meine Damen und Herren, soweit zur Durchsetzungsfähigkeit. Die ist in diesem Fall mehr als schlecht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Christier, Sie haben davon gesprochen, daß die Hamburger Justiz eine gute Platzierung erhalten habe

(*Dr. Holger Christier SPD:* Bei der Verfahrensfrage!)

und daß die Kritik der Richterschaft offensichtlich einer Verhöhnung der Mitarbeiter dienen solle. Das habe ich nicht verstanden. Den Zusammenhang werden Sie uns einmal erklären müssen. Ich denke, wenn Sie in diesem Zusammenhang ein solches Wort benutzen wollen, dann schauen Sie sich doch freundlicherweise einmal die Presseerklärung der Justizbehörde an, denn die wird von den Richtern nun mit Sicherheit als eine Verhöhnung betrachtet.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen in diesem Zusammenhang eine kurze Anmerkung. Frau Justizsenatorin, Sie sind wirklich die letzte Senatorin, die sich zu den Verhältnissen in Berlin äußern darf.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Holger Christier SPD:* Da wurde noch gespart!)

Sie haben diesem Senat mehrere Jahre in großer Koalition angehört, und von daher verbieten sich derartige Bewertungen, wie Sie sie hier abgegeben haben.

(Berndt Röder CDU)

- A Meine Damen und Herren! Offenkundig ist in Hamburg das für eine gedeihliche Zusammenarbeit unerläßliche Vertrauensverhältnis zwischen Leitung der Justizbehörde und der Richterschaft ganz erheblich in Mißkredit gekommen, in Mitleidenschaft gezogen und ist dringend reparaturbedürftig.

Die Neubestellung von Innensenator Scholz mit reichlich Versprechungen, was nun alles als großer Befreiungsschlag im Bereich der Innenpolitik kommen soll, nimmt jetzt natürlich ebenfalls Schaden, denn Innere Sicherheit und Justizpolitik gehören untrennbar miteinander zusammen. Es genügt doch nicht, die eine Säule, nämlich die Kriminalitätsbekämpfung, die Polizei, zu stärken und parallel dazu die Strafjustiz in einen Zustand verkommen zu lassen, der hier eine effiziente Strafverfolgung nicht mehr gewährleistet.

(Beifall bei der CDU)

Der Abgeordnete Kloof hat gerade einen Journalisten zitiert. Das war Herr Bahnsen, den ich auch gerne zitieren möchte, und zwar aus demselben Artikel. Herr Bahnsen – der scheint ja bei Ihnen besondere Glaubwürdigkeit zu genießen, sonst müßten Sie sich einmal mit Herrn Kloof in ein gemeinsames Gespräch begeben –, hat ausgeführt, daß die sozialdemokratischen Prioritäten mit denen der Bevölkerung nicht mehr übereinstimmen. Wäre es anders, so würde die SPD dafür sorgen, daß auch im Justizressort Signale gesetzt werden. Es muß und wird sich etwas ändern, und zwar zeitnah.

(Glocke)

Ich komme zum Schluß. Ich will nur den Abgeordneten Zuckerer zitieren, der sagte, die SPD habe unter dem Diktum der Sparpolitik Gerechtigkeitsbalance herbeiführen wollen. Die Wähler müssen letztlich entscheiden, ob dieser Rahmen stimmt oder nicht. Das werden sie tun.

B

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Dr. Schmidt, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur wenige Dinge sagen, um einiges dieser Debatte klarzustellen.

Zunächst einmal dürfen wir davon ausgehen, daß es sich bei den Richtern um einen Stand handelt, der eine hohe Beschwerdemacht in diesem Land hat. Das heißt, wann immer ein Richter oder auch ein im Ruhestand befindlicher Richter öffentlich auftritt, kann er sicher sein, gehört zu werden. Das unterscheidet die Richter von

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: ... den Altphilologen!)

der Mehrheit der Bevölkerung.

Zweitens: Die Richter in Deutschland sind den Beamten gleichgestellt als privilegierte Staatsdiener. Das ist auch gut so, aber das heißt auch, daß weder Beamte noch Richter sich darüber beschweren dürfen, daß der Staat von ihnen viel verlangt. Das ist auch richtig so und notwendig.

Drittens: Die Richter, die sich öffentlich geäußert haben, haben Befürchtungen geäußert und nicht den Ist-Zustand so beschrieben, wie es die CDU heute getan hat. Das wäre auch falsch, weil die Zahlen, die die Frau Justizsenatorin vorgelegt hat, das sofort widerlegen würden. Deswegen haben die Richter sich ja gehütet, das Chaos, das die CDU

C heute beschrieben hat, schon als Realität zu beschreiben. Sie haben gesagt, wir befürchten, daß das so sein könnte und würde, wenn es so weiter ginge. Das ist ein kleiner Unterschied.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber wichtig!)

Schließlich zur heutigen Debatte. Es ist natürlich schon bemerkenswert, wenn eine Person wie Frau Spethmann, die sonst bisher nicht durch wildes Krakeelen aufgefallen ist, heute keinen klaren Satz mehr herausbekommt, außer daß sie schimpft und sich genötigt fühlt, über die Aussage des Staatsrates Strenge in der vorletzten Bürgerschaftssitzung unwahre Aussagen zu machen, daß sie sich genötigt fühlt, zu behaupten, der Deal vor Strafgerichten sei in Hamburg eine pauschale Maßnahme. Kurzum, ich würde vorschlagen, sie atmen alle einmal tief durch, und dann führen wir die Debatte wieder.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr von Beust, Sie haben das Wort.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Schon durchgeatmet? – Dr. Rolf Lange SPD: Erst tief durchatmen!)

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich würde gerne in einem Punkt und vielleicht auch für zukünftige Debatten an das anknüpfen, was Herr Röder zu Berlin sagte und was die Senatorin dazu gesagt hat. Nicht zur Frage der persönlichen Betroffenheit, ob man sich äußern darf oder nicht. Da teile ich die Meinung von Herrn Röder, aber eine Stilfrage muß jeder für sich selber wissen.

D Ich bitte, folgendes zu erinnern. Sie werden nachher noch das Thema Berlin und die Finanzpolitik diskutieren. Hier erlaube ich mir einmal, für die Zukunft Ihre Wunderwaffe, Herrn Wowereit, zu zitieren, was dieser im Dezember letzten Jahres im Berliner Abgeordnetenhaus zur Finanzpolitik und zur großen Koalition in Berlin gesagt hat. Herr Wowereit sagt folgendes:

„Seit zehn Jahren regiert in Berlin eine große Koalition aus CDU und SPD, das ist heute schon ausgesprochen worden. Und ich stelle fest, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Diese Koalition hat Großes bewirkt.“

Das sagte Herr Wowereit noch vor sechs Monaten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zur Finanzpolitik sagte er vor sechs Monaten:

„Die SPD-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, Herr Senator Kurth, daß Sie den Kurs von Frau Fugmann-Heesing konsequent weiter verfolgen ... Die SPD-Fraktion wird Sie bei diesem Kurs auch weiterhin unterstützen.“

(Dr. Roland Salchow CDU: Aha!)

Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Sie haben alles gemeinsam mitgetragen. Berufen Sie sich bitte nicht auf Berlin. Das ist in diesem Zusammenhang zutiefst unaufrichtig und unseriös.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk, aber ich darf daran erinnern, daß das Thema dieser Debatte Justizpolitik in Hamburg ist. Frau Hajduk, bitte.

- A **Anja Hajduk GAL:** Eine kurze Reaktion auf Sie, Herr von Beust. Man kann doch wirklich gucken – und es lohnt sich auch zu gucken, und das werden auch die Berliner Politiker noch tun –, wie lange dort schon Sachen falsch gemacht werden. Das Drama hier ist – und das verkörpern Sie ja –, daß Sie daraus keine Schlüsse ziehen für Ihre Position und für die Zukunft dieser Stadt. Sie versuchen doch, dasselbe zu machen wie Herr Diepgen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie unterstellen uns eine Politik der sozialen Kälte und der Ignoranz und sind überhaupt nicht in der Lage, eine Reform zu formulieren und auch mal etwas anderes zu machen, als nur die Stellenforderungen von anderen unbesehen abzuschreiben. Am besten ist, Sie verfolgen weiterhin die Debatte in Berlin. Dann ziehen Sie langsam Schlüsse, was das für Sie bedeutet, und werden hoffentlich weiter in der Opposition gegessen haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Jürgen Klimke CDU:* Sie haben nicht mitgekriegt, daß Herr Wowereit in der Regierungsfraktion war! – *Barbara Ahrons CDU:* Sie sollten auf unsere Anträge eingehen!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen sehe ich zu dem ersten Punkt in der Aktuellen Stunde nicht. Dann schließen wir ihn hiermit ab.

Ich rufe das zweite Thema auf, von der GAL-Fraktion angemeldet

Dosenpfand – der bessere Weg

Das Wort hat Frau Möller.

- B **Antje Möller GAL:*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Manche Politikfelder und tagespolitischen Themen taugen so richtig für Revolution und noch Schlimmeres, wie zum Beispiel Wahlkampfdebatten. Aber die meisten davon sind im übrigen recht lange her und gingen meist in der Regel um Brot und Kuchen oder um Wasserrechte und Brunnenvergifter. Auch das Thema könnten wir wieder aufgreifen. Das mache ich nicht. In neueren Zeiten kann man auch Revolutionen beim Thema Benzin für das Auto anzetteln. Das ist dann vielen doch so nah wie Hunger und Durst. Aber in Bayern erhebt sich jetzt das Parlament gegen die Regierung, und Industrievertreter sagen öffentlich „Trittin ist unser Freund und Helfer“. Die schlichte Tatsache, daß Recht umgesetzt werden soll, führt zu erbitterten verbalen Schlachten, in Bayern üblicherweise in sommerlicher Hitze – nicht so wie bei uns – und hoffentlich unterstützt durch Getränke aus Faß und Flasche. In fünf Minuten und nach so einer Debatte, wie wir sie eben hatten, kann man natürlich schwer dieses Thema bewegen. Ich versuche, es trotzdem anzureißen.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Entscheidend ist, daß wir seit 1991 eine Verpackungsverordnung haben, die beim Absinken der Mehrwegquote unter 72 Prozent zu einer Bepfandung von Einwegverpackungen führen sollte.

Seit drei Jahren wissen wir, daß diese Quote erreicht werden wird. Die Industrie hat sich eine Selbstverpflichtung aufgelegt und sie in dieser Zeit nicht umgesetzt, und nun wird es so oder so eine Pfandpflicht geben, meine Damen und Herren.

Nach der Regelung des alten Gesetzes würden wir ab Januar 2002 Wasser, Bier und Wein im Einwegsystem mit

50 Pfennig Pfand belegt sehen. Die üblichen Limonaden, um hier keine Markennamen zu nennen, würden nicht unter die Pfandpflicht fallen.

Meine Damen und Herren! Soweit es Sie interessiert, wissen Sie aber auch, daß der Verpackungsmarkt sich verändert hat. Der Siegeszug der PET-Flaschen ist nicht aufzuhalten, und auch die Ökobilanz, zum Beispiel von Kartonverpackungen, hat sich verbessert. Sie hat inzwischen mit Mehrwegverpackungen gleichgezogen. Das Problem bleiben die Dosen aus Weißblech und Aluminium. Aus ökologischer Sicht sind sie nicht zukunftsfähig und ausgestattet mit einem sogenannten Effekt des Litterings, klingt ziemlich schön im Englischen, bezeichnet aber schlicht und einfach die zugedosten Liegewiesen, Strände und Grünanlagen insgesamt.

Der Bundestag hat nun mit seiner beschlossenen Novellierung reagiert. Nur ökologisch unverträgliche Verpackungen kosten Pfand, die Weinflaschen sind aufgrund der völlig anderen Marktlage ausgenommen. Jetzt stehen wir also kurz vor den Türen des Bundesrates, und es bricht ein Sturm der Entrüstung los. In Bayern erhebt sich das Parlament gegen die Regierung, die mittelständische Getränkeindustrie zieht Dosenschlangen durch die Städte, wunderbare Demonstrationen ergeben sich da.

Auf der einen Seite also die Getränkegroßindustrie, deren überregionale Vermarktungsstrategien auf Dosenbasis möglichen Einbrüchen entgegenstehen, und auf der anderen Seite die mittelständische Industrie, die für den regionalen Absatz von Bier und Wasser in der Flasche endlich ihre Marktchancen stabilisiert sieht. Die Lebensmittelkonzerne berechnen den zusätzlichen Aufwand für Rücknahmeautomaten mit dreistelligen Millionenbeträgen in DM, aber am liebsten noch in Euro, reden über kartellrechtliche und EU-rechtliche Konsequenzen. Wohlgermerkt, diese Auseinandersetzung fände auch bei der Umsetzung des geltenden Rechts statt. Der Mittelstand hat sich auf die Verpackungsverordnung eingestellt, sich auf Mehrweg umgestellt und investiert. Bundesweit geht es hier eindeutig um den Erhalt dieses Wirtschaftszweiges. Um es aufgrund der Debatte hier in der Aktuellen Stunde nur in einem Satz anzureißen: Die hamburgische Situation ist eine sehr spezielle und natürlich davon abhängig, wie sich die Verbraucherinnen und Verbraucher verhalten werden, wird die Getränkegroßindustrie sich mittelfristig möglicherweise tatsächlich von der Dose wieder wegbewegen müssen. Die Verbraucherinnen begrüßen das Pfand in der Regel, oft mit der Begründung der Vermüllung, aber natürlich auch mit der ökologischen Unverträglichkeit der Dose an sich.

Durch die Bundestagsentscheidung, meine Damen und Herren, ist plötzlich Bewegung in einer Debatte, die jahrelang geschlafen hat. Die Großindustrie bietet noch einmal wieder Selbstverpflichtungsvorschläge und Anti-Littering-Zuschläge an. Es war viele Jahre lang Zeit, der Intention der Verpackungsverordnung, nämlich Abfälle zu vermeiden, nachzukommen. Diese Chancen wurden vertan. Nun wird das Dosenpfand umgesetzt, um wenigstens ansatzweise der gigantischen Energie- und Ressourcenverschwendung Herr zu werden. Hamburg darf sich dem nicht verschließen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

A **Dr. Monika Schaal** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! 9 Milliarden Liter Getränke werden im Jahr abgefüllt, davon ein Drittel in die Dosen. Man kann davon ausgehen, daß 6 Milliarden Dosen und mehr pro Jahr vom Band laufen. Die landen dann nicht alle, wie vorgesehen, in den Verwertungsanlagen des DSD, sondern, wie wir alle wissen und Frau Möller schon geschildert hat, sie fliegen ins Grüne, sie überschwemmen Parks, unsere Straßen und Plätze. In Städten und Gemeinden werden Millionen dafür ausgegeben, um die Dosen aus dem Landschaftsgrün zu klaben und die Straßen zu fegen. Das ist eine wahre Sisyphusarbeit, man kommt überhaupt nicht gegenan, und vor allen Dingen, meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger wollen die zunehmende Vermüllung durch Dosen und Blechmüll nicht länger hinnehmen. Dabei wäre und ist ein Gegenmittel längst parat, nämlich die geltende Verpackungsverordnung – Frau Möller hat bereits darauf hingewiesen.

Allerdings muß man ehrlicherweise sagen, die Bepfandung durch die geltende Verpackungsverordnung setzt eine schwerfällige Einführungsprozedur voraus und stellt eher ein Drohpotential als eine Handlungsmöglichkeit dar. Außerdem würde niemand begreifen, wenn es jetzt dazu käme, daß zum Beispiel Bierdosen bepfandet werden, aber Cola- und Limodosen ohne Pfand davonkommen und nach wie vor in den Anlagen und auf den Straßen rumliegen. Darum hat die Bundesregierung jetzt die Trennung zwischen Einweg und Mehrweg aufgehoben und vor allen Dingen auch die Trennung nach Getränkefraktionen. Jetzt sollen alle umweltschädlichen, das heißt ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen bepfandet werden, und das, meine Damen und Herren, ist richtig so.

B Diese Regelung und nichts anderes steht am 22. Juni im Bundesrat zur Abstimmung. Aber, damit wir uns richtig verstehen, es geht nicht um Pfand oder kein Pfand, es geht darum, ob noch dieses Jahr, oder wie Frau Möller sagt, Anfang des nächsten Jahres, im Januar, eine Pfandregelung in Kraft tritt, wo nur einige der umweltschädlichen Verpackungen, wie Bierdosen und Einwegwasserflaschen, aber auch Weinflaschen ein Pfand bekommen, die anderen nachteiligen Verpackungen aber weiterhin davonkommen.

Es kann nicht sein, daß es im Bundesrat dazu kommt, daß dieses Thema weiter verschleppt wird und vielleicht eine Quote durch eine andere Quote ersetzt wird. Das kommt für Sozialdemokraten nicht in Frage. Es muß eine Lösung gefunden werden, die Schluß macht mit der Vermüllung, denn 74 Prozent der Bevölkerung sind für eine neue Pfandregelung. Da bin ich mal ganz populistisch und möchte den Hamburger Senat auffordern und bitten, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, daß eine Pfandregelung kommt, wie die Bundesregierung sie beschlossen hat, und nicht das „Merkel-Pfand“. Das würde kein Mensch mehr verstehen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Engels.

Hartmut Engels CDU: * Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns in der Zielsetzung – das kann ich von vornherein sagen – selbstverständlich einig. Wir müssen erstens selbstverständlich einer Vermüllung entgegenwirken – ich komme gleich noch einmal auf den Vergleich zu unserem nordeuropäischen Nachbar-

staat Schweden zu sprechen –, und wir müssen natürlich zweitens darauf achten, daß wertvolle Rohmaterialien und Grundmaterialien, insbesondere Aluminium, einem vernünftigen und ökologisch sinnvollen Kreislauf zugeführt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dennoch – klatschen Sie man nicht zu früh –

(Michael Dose SPD: Ja, wir ahnen es schon!)

möchte ich zu einigen Ihrer abwertenden Bemerkungen einige Entgegnungen setzen.

Zunächst einmal ist die Verpackungsverordnung 1991 bekanntlich unter einer CDU-geführten Regierung eingeführt worden, und Sie haben hier diverse Kritikpunkte angemerkt. Es ist zwar richtig, daß sich in der Zwischenzeit einige Entwicklungen ergeben haben – Sie haben auf die Zahlen bei den Einwegverpackungen hingewiesen –, aber, Frau Dr. Schaal, die Unterschreitung der damals festgemachten Quote von 72 Prozent ist nicht etwa dadurch zustande gekommen, daß die Mehrwegverpackungen insgesamt gesunken sind. Die sind nämlich von 19,4 Milliarden Liter auf 22,6 Milliarden Liter gestiegen. Das heißt, daß insgesamt sogar eine Steigerung eingetreten ist, allerdings – da haben Sie recht – war die Steigerung bei der Einwegquote höher. Es hat die Verschiebung gegeben.

Im übrigen darf ich Sie daran erinnern, daß die Recyclingquote in Deutschland – und das ist einmalig auf der ganzen Erde – dank der Verpackungsverordnung von damals über 80 Prozent, nämlich genau 80,6 Prozent, beträgt. Das ist gelungen durch ein Investitionsvolumen von über einer halben Milliarde DM bei den Glascontainern und noch einmal nahezu einer halben Milliarde DM bei den Altglasaufbereitungsanlagen. Dies war ein Riesenerfolg und ist ein Gütesiegel der CDU-Regierung in der Umweltpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Auch die CDU-geführten Länder haben dies im letzten Jahr in einer sogenannten Kaminrunde mit dem Umweltminister Trittin ausformuliert. Sie haben sich darauf geeinigt, daß bestimmte Neuerungen notwendig sind. Ich stimme da meinen Vorrednern zu, daß es insbesondere sehr problematisch ist, die Frage von Regelungen von der Art des Getränkes abhängig zu machen. Leider wird das immer noch nicht ganz beseitigt. Sie haben zu Recht von der Ausnahme Wein gesprochen. Es ist natürlich die Art der Verpackung entscheidend für die Frage der Belastung der Umwelt und nicht die Frage, welches Getränk darin ist. Wir begrüßen es sehr, daß man hier versucht, eine gemeinsame Lösung zu entwickeln.

Zweitens zur Frage der Vermüllung. Hier wird gerne der Vergleich zum Land Schweden gemacht. Aber was das Land Schweden betrifft, so sage ich Ihnen deutlich, daß ich dort die Aluminiumblech-Rückgewinnungsmethode für vorbildlich halte. Allerdings können wir uns sonst nicht unbedingt am skandinavischen Vorbild ausrichten. Nur einmal zum Vergleich: Die Mehrwegquote in Schweden bei Bier beträgt 28 Prozent, bei uns im letzten Jahr 78 Prozent, bei Erfrischungsgetränken 58 Prozent und bei uns 77 Prozent. Wir müssen uns also fragen – und damit komme ich auf das Vermüllungsthema zu sprechen –, woran die Vermüllung bei uns eigentlich liegt.

Ich sage ausdrücklich vorweg: Selbstverständlich tragen die Hersteller von Verpackungen eine Mitverantwortung, aber die Verantwortung für die Vermüllung, die liegt bei je-

(Hartmut Engels CDU)

- A dem einzelnen. Und da sage ich Ihnen deutlich: In Schweden gibt es seit 30 Jahren eine „Keep Sweden Tidy Foundation“. 30 Jahre lang agiert die, veranstaltet in Schulen Unterrichtungen, gibt Informationen und Anweisungen. Das ganze Erziehungswesen ist durchsetzt von den Aktionen dieser Foundation. Nun überlegen Sie sich einmal, was in Deutschland mit den sogenannten Sekundärtugenden, nämlich im Zusammenhang mit Ordnung und Sauberkeit, in diesen drei Jahrzehnten passiert ist. Hier gab es keinen späteren Parteiführer, der seinen eigenen Bundeskanzler darauf hingewiesen hat, daß man mit solchen Sekundärtugenden auch KZs organisieren kann.

Meine Damen und Herren, die Verantwortung

(Antje Möller GAL: Das ist doch nicht das Thema!)

für die Vermüllung liegt bei jedem einzelnen von uns,

(Beifall bei der CDU)

und da muß angesetzt werden, und das ist der entscheidende Punkt. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! So ganz nachvollziehbar ist mir die regierungseigene Dosenpfand-Euphorie nicht geworden. Klar ist, daß der Vermüllung der Landschaft damit entgegengewirkt werden kann. Das beste Argument für Dosenpfand liegt bekanntlich viel zu oft im Park herum. Aber eines ist dieses Dosenpfand mit Sicherheit nicht: Es ist kein Allheilmittel gegen eine Umweltproblematik.

- B (Dr. Monika Schaal SPD: Das hat auch keiner behauptet!)

Ein Problem bei den Dosen ist sicher die Entsorgung, aber das viel, viel größere Problem ist die Produktion der Dosen.

(Antje Möller GAL: Ich habe beides benannt!)

Dabei werden wertvolle Rohstoffe mit hohem Energieaufwand und Schadstoffausstoß in völlig überflüssige Produkte umgeformt. Eine Aludose ist etwa doppelt so klimaschädlich wie eine vergleichbare kleine Pfandflasche. Weißblech und Einwegflaschen sind noch viel ungünstiger zu beurteilen, und diesen Frevel wird kein Pfand heilen. Ich fürchte, es wird eher dazu beitragen, daß er legitimiert wird. Aber ein noch so hoher Rücklauf würde die Dosen nicht umweltfreundlicher machen als Mehrwegflaschen. Ich finde nicht, daß es so sonnenklar ist, daß das Dosenpfand dazu beiträgt, Mehrwegverpackungen zu fördern und die Dosenverpackungen aus den Regalen zurückzudrängen, denn es gibt Prognosen, daß die Händler verstärkt auf andere Einwegverpackungen umsteigen werden

(Antje Möller GAL: Das stimmt doch gar nicht!)

oder aber tatsächlich die Einwegverpackungen weiter einsetzen, um das Rücknahmesystem auszulasten. Dem hat auch nicht einmal der BUND widersprochen. Dazu können wir gerne gleich noch einmal unsere Unterlagen austauschen. Wir müssen statt dessen weg von der umweltschädlichen, weil rohstoffenergieintensiven Dose, hin zum umweltfreundlichen Mehrwegsystem. Um das zu erreichen, müssen offenbar aber noch ganz andere, wirkungsvollere Maßnahmen angedacht oder auch umgesetzt werden, damit das Dosenpfand eben nicht nur das Gewissen

der Umweltpolitiker beruhigt, die Umwelt aber weiter auf der Strecke bleibt. Da, denke ich, ist es dann auch an der Zeit, über ordnungsrechtliche Möglichkeiten zu reden. Es ist möglich, den Einsatz umweltschädigender Substanzen zu verbieten. Dagegen hat in diesem Haus wirklich niemand mehr etwas. Warum sollen wir nicht offensiv ein Verbot ökologisch verwerflicher Produkte voranbringen. Erfahrungen, gerade auch wieder aus Schweden, zeigen, daß dort das Verbot der PET-Einwegflaschen tatsächlich andere Alternativen erst richtig auf den Weg gebracht hat. Hamburg kann hier im Bundesrat aktiv werden. Aber sicherlich auch auf öffentlichem Grund hat Hamburg die Möglichkeit, auf Händler Einfluß zu nehmen. Aus Sicht von Umwelt und Natur schreien Getränkedosen nämlich nicht nach Pfand, sondern nach einem Verbot. – Vielen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht dauert meine Rede ein oder zwei Minuten länger. Ich möchte vorweg sagen, daß wir im Senat zu der Frage, wie wir uns als Senat im Bundesrat verhalten, noch nicht entschieden haben. Deswegen spreche ich jetzt aus der Position des Umweltsenators. Der Ordnung halber muß das vorweg gesagt werden. Ich bin allerdings überzeugt davon, daß wir etwas gegen das Ausufern der Wegwerfverpackungen tun müssen. Wir müssen etwas tun gegen die Vermüllung der Landschaft, Parks und Grünanlagen. Wir müssen etwas tun gegen den Vertrauensverlust industrieller Selbstverpflichtungen, und wir müssen auch etwas tun gegen das Sterben regionaler Brauereien.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Gegen all dies wird die von Jürgen Trittin vorgelegte Verpackungsverordnung einen deutlichen Fortschritt bringen. Wenn sie auch nicht alle anderen Probleme auf der Welt gleich mitlöst, soweit muß ich in der Beziehung Herrn Jobs natürlich recht geben.

Zum Ausufern der Wegwerfverpackungen. Herr Engels, teilweise wird von den Gegnern der jetzigen Verordnung argumentiert, es würde darum gehen, den Mehrweganteil zu stabilisieren. Nein, es ging darum, das Ausufern der Wegwerfverpackungen zu verhindern. Das war der Grund dafür. Das war auch die, wie ich finde, vernünftige Lösung – da möchte ich Ihnen ausdrücklich recht geben –, daß man mit der damaligen Verpackungsverordnung versucht hat, einen Kompromiß zu finden, der sagt, okay Industrie, wenn du mit eigenen Mitteln schaffst, das Ausufern der Wegwerfverpackungen zu begrenzen, dann sei es das, sonst kommt die Pfandpflicht. Man muß sich einmal klar machen, daß zur Zeit ungefähr 25 Prozent der Mehrwegverpackungen für 70 Prozent der Getränke eingesetzt werden und umgekehrt 75 Prozent der Verpackungen für 30 Prozent der Getränke. Würde es also dramatisch so weitergehen mit dem Verfall der Mehrwegquote und womöglich irgendwann keine Mehrwegverpackung mehr benutzt werden, dann hätten wir die vierfache Verpackungsmenge.

Wir müssen aber auch etwas gegen den Vertrauensverlust industrieller Selbstverpflichtung tun. Herr Engels hat zu Recht darauf hingewiesen, daß dies „Merkel-Pfand“, das 1998 noch einmal von Frau Merkel bestätigt worden ist, quasi die Androhung gewesen ist, wenn ihr es mit eigenen

C

D

(Senator Alexander Porschke)

- A Maßnahmen nicht schafft, dann kommt die ordnungsrechtliche Lösung einer Pfandpflicht. Wenn es jetzt immer so ist, daß die Industrie ihre Verpflichtung dann nicht einhält und sagt, okay, dann gehen wir halt eine neue Verpflichtung ein, aber eure Sanktionen müßt ihr natürlich zurückziehen, dann würde jegliche industrielle Selbstverpflichtung in Zukunft nicht mehr ernst genommen werden können. Das würde ich auch nicht wollen,

(Beifall bei Antje Möller GAL)

denn es gibt natürlich durchaus Dinge, wo uns die industriellen Selbstverpflichtungen weiterhelfen als das Ordnungsrecht. Insofern müssen wir etwas gegen den Vertrauensverlust industrieller Selbstverpflichtungen tun.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Und wir müssen natürlich etwas gegen die Vermüllung von Landschaft, Parks und Grünanlagen tun. Wenn man sich einmal anguckt, was nach einem warmen Wochenende die Papierkörbe in den Parks zum Überlaufen bringt, dann sind das diese Hohlkörper, dann sind das die Dosen, dann sind das die Einwegflaschen, die ungefähr 30, 40 Prozent ausmachen. Da möchte ich natürlich Herrn Engels recht geben: Eine Aktion wie „Keep Sweden Tidy Foundation“ ist eine schöne Sache. Die wird nur noch verbessert durch „Hamburg, ich pfleg dich“. Dazu sind Sie herzlich eingeladen. Das machen wir in Hamburg ja auch. Insofern, wenn Sie alle mitwirken, die Parks und Grünanlagen mit sauberhalten, ist das eine gute Sache.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber man muß am Ende nicht so tun, als würde es sich dabei nur um eine umweltpolitische Frage handeln. In Wirklichkeit ist es natürlich auch so, daß es ein Stück die kleinen Brauereien gegen die großen Brauereien ist. Die kleinen Brauereien, gerade in Bayern mit einer großen Tradition regionaler Brauereien, haben ja dafür gesorgt, daß der Bayerische Landtag, ich glaube, mit 70 oder 80 Prozent Mehrheit, beschlossen hat, daß die Landesregierung dieser neuen Verpackungsrichtlinie zustimmen soll, weil natürlich der Schutz kleiner, regionaler Brauereien nicht nur die Verpackungsflut begrenzt, sondern die regionalen Besonderheiten stabilisiert. Aus ökologischer Sicht ist mit der Förderung der regionalen Brauereien natürlich noch der Vorteil der kurzen Wege und damit der kulturellen Identität verbunden.

Nun weiß man natürlich, daß es auch große Brauereien gibt. Die haben natürlich nicht den Vorteil. Damit haben wir auch in Hamburg ein Problem. Aber nach der derzeitigen Rechtslage kommt in jedem Fall eine Pfandpflicht für Bierdosen. Es gilt, zu entscheiden, ob die Pfandpflicht nur nach der Getränkeart – das Bier ja, die Limonade nein – oder nach „ökologisch vorteilhaft“ oder „ökologisch nachteilig“ gemacht wird. Selbstverständlich muß es darum gehen, der Bevölkerung zu vermitteln, eine Pfandpflicht einzuführen. Deswegen spricht alles dafür, daß die jetzige Verpackungsverordnung, wie sie Jürgen Trittin vorge schlagen hat, angenommen wird.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Bevor ich dem Abgeordneten Engels das Wort gebe, teile ich dem Senator mit, daß seine Befürchtungen unberechtigt waren. Es waren exakt fünf Minuten, null Sekunden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU und bei Farid Müller GAL)

Der Abgeordnete Engels hat das Wort.

C

Hartmut Engels CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Porschke, nachdem wir – Sie haben das auch bestätigt – in der Zielsetzung weitestgehend Einigkeit demonstriert haben, muß allerdings bei Ihrer Bemerkung zu Trittins Novellierung der entsprechenden Verordnung noch etwas detaillierter argumentiert werden. Damit habe ich gewisse Probleme, die ich Ihnen nicht vor enthalten möchte.

Wir teilen beide die Auffassung – das haben Sie noch einmal bestätigt, und der Begriff ist als Überschrift auch hervorragend –, nicht zu fragen, welche Getränkearten in den Verpackungen sind, sondern welcher Art die Verpackung ist. Hier wird es allerdings etwas enger. Die Frage heißt natürlich: Was ist ökologisch vorteilhaft? Wir wissen, daß nicht jede Einwegverpackung ökologisch schlechter ist als eine Mehrwegverpackung. Das ist der entscheidende Punkt, der in der Novellierung zu diesem Begriff geführt hat.

(Antje Möller GAL: Genau!)

Nur, Herr Trittin hätte vielleicht – und es hätte nicht geschadet, wenn das im Bundesrat nach der Sommerpause geschehen wäre – etwas intensiver zusammen mit dem in dieser Frage durchaus versierten Umweltbundesamt an der Frage feilen müssen, daß man eine präzisere Definition und vor allen Dingen eine Maßtechnik mit hineinnimmt, mit deren Hilfe man berechnen kann, was ökologisch vorteilhaft ist und was nicht. Dieses ist in dieser Verordnung ein wesentlicher und zentraler Mangel.

(Beifall bei der CDU)

Leider hatte man nach dieser einvernehmlichen Kaminrunde im Laufe der letzten Monate das Gefühl, daß Umweltminister Trittin in den Fragen der Kernenergie und der Abfalltransporte Profil verloren hat. Nun wollte er mit Hilfe der Drohungen, die alte Verpackungsverordnung herauszuholen, nur weil 72 Prozent geringfügig unterschritten waren, mit der Geschwindigkeit und der heißen Nadel, mit der er diese Novellierung jetzt gemacht hat, versuchen, Profil nachzuholen. Das schadet aber der Sache und nützt nichts. Einvernehmlich sind wir allerdings in der Frage der kleinen Brauereien. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

D

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Engels, der Begriff „ökologisch vorteilhaft“ ist nicht aus der Luft gegriffen. Das Umweltbundesamt hat dazu umfängliche Studien gemacht. Wenn Sie es wollen, können Sie sie beim Umweltbundesamt bestellen und gleich zugefaxt bekommen. Das ist überhaupt kein Problem.

Das Wichtigste ist, daß das Umweltbundesamt nicht starr zum Beispiel nach Mehrwegglassystemen und PET-Flaschen unterscheidet, ob sie mehrwegverwendet werden, sondern jeweils Ökobilanzen heranzieht für einzelne Verpackungsarten wie auch für Kartonverpackungen, was jetzt sicher neu ist. Sie sagen auch, daß der Tatbestand, ökologisch vorteilhaft zu sein, in Abständen überprüft wird, weil sich möglicherweise neue Erkenntnisse und auch neue Stoffe ergeben, die dann der Diskussion eine ganz andere Wendung geben könnten.

(Dr. Monika Schaal SPD)

- A Vielleicht sollte man der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, daß immer die Lenkungsfunktion des Pfandes in Zweifel gezogen wird. Auch dieses Argument kann man leicht entkräften, weil ein wesentlicher Vorteil der Konkurrenz Einweg/Mehrweg – die Sofortentsorgung Ex und Hopp oder die Bequemlichkeit beim Gebrauch einer Getränkeverpackung – durch das Pfand wegfällt. Man muß jede Verpackung wieder zurück in den Laden tragen, wenn man neue Getränke kaufen will, auch die Einwegverpackung, wenn sie bepfandet ist, oder in einen der herrlichen Rücknahmeautomaten stecken, wie es sie zum Beispiel in Dänemark gibt. Es macht Spaß, seine Flaschen dort hineinzutun und dann das Geld zu kassieren. Der Anreiz, für 20 oder 30 Verpackungen soviel Geld zu bekommen, daß man sich eine Kinokarte kaufen kann, kann das Verhalten auch steuern.

Letztlich ist der Erfolg der Bepfandungsregelung, die – wie auch immer – im Bundesrat beschlossen wird, von dem Verhalten der Menschen abhängig, die mit den Verpackungen umgehen.

Noch eine Bemerkung zu den Unternehmen. Auf jeden Fall schafft das Pfand auch für die Hersteller, für die Abfüller und für den Handel Verhaltenssicherheit. Bisher wurde immer nur damit gedroht, es könnte ein Pfand kommen. Darauf kann man sich wirtschaftlich aber nicht einrichten. Wenn jetzt aber klar ist, daß ein Pfand kommt, muß in Rücknahmesysteme investiert werden. Das ist dann kalkulierbar und schafft Planungssicherheit.

Noch ein Wort zu den Kosten: Das Umweltministerium hat zusammen mit dem Wirtschaftsministerium ausgerechnet, was es die Verbraucher insgesamt kosten würde, wenn ein Pfand erhoben wird und die entsprechenden Einrichtungen geschaffen werden. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, daß jeder, der Getränke kauft, weniger als 3,30 DM im Jahr zusätzlich aufwenden muß. Das sollte uns die Sache wert sein. – Danke.

B

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Sehe ich weitere Wortmeldungen nach Paragraph 22 Absatz 3? Das bedeutet, nach der Rede des Senators könnte jede Fraktion oder Gruppe darauf noch erwidern. – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der Aktuellen Stunde angekommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf: Drucksache 16/6112, Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung – Drucksache 16/6112 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält ein Feld für Zustimmung, eines für Ablehnung und eines für Stimmenthaltung. Kreuzen Sie bitte nur ein Kästchen an. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Ich bitte Sie jetzt, Ihre Wahlentscheidung vorzunehmen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahl wird vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? Wenn nicht, bitte ich das zügig vornehmen zu wollen. Ich schließe die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und Ihnen im weiteren Verlauf der Sitzung bekanntgegeben.*

C

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf: Drucksache 16/6000: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern“.

[Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern“ – Drucksache 16/6000 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 16/6185 ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Drucksache 16/6000, Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern“ – Drucksache 16/6185 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Kruse hat es.

Rolf Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Jahr und zwei Monate haben sich Sachverständige, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft mit der Hilfe eines Arbeitsstabes einem zentralen Thema unserer Freien und Hansestadt gewidmet, nämlich der Frage, wie es um unser Hamburger Geld im Streit zwischen den Ländern steht; aber auch der Bund spielt hier eine große Rolle.

Ein kleiner Dank geht vorweg an die Fraktion der SPD, die dieses Thema angemeldet und mir als Vorsitzendem der Enquete-Kommission den Vortritt gelassen hat.

D

(Anja Hajduk GAL: So sind die Sozialdemokraten! Immer fair!)

– Ja, Frau Hajduk, so etwas kommt vor, und man darf es dann auch sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der SPD und der GAL)

Ein Dank geht an unsere Sachverständigen-Mitglieder, die in zwölf Sitzungen immer wieder mit uns gearbeitet haben, konstruktiv, manchmal hart in der Debatte, aber immer eine Chance sahen, die Hamburger Situation daran abzuarbeiten. Insbesondere danke ich unserem Arbeitsstab, der uns in pfiffiger, schneller, zuverlässiger, wissenschaftlich sauberer Art und Weise alle vier Wochen vorbereitet hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der SPD und der GAL)

Natürlich geht ein Dank auch an die Kolleginnen Frau Kiausch und Frau Hajduk. Ein Vorsitzender kommt nicht klar, wenn ihn die Mehrheit ärgert. Ich habe mich bemüht, die Mehrheit nicht zu ärgern und zu einem Ergebnis zu kommen. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß wir eine relativ knappe Zeit hatten, Herr Ehlers. Dabei fällt mir ein, daß Sie mich geärgert haben. Wir hätten viel früher fertig sein können, wenn der Haushaltsausschuß einen Minderheitenrechtsantrag nicht neun Monate hätte liegenlassen.

Dennoch sind wir das erste Landesparlament, das seinen Mitgliedern einen Bericht liefert, der, wie ich glaube, nicht

* Ergebnis siehe Seite 5090 C.

(Rolf Kruse CDU)

- A nur hamburgische Interessen darstellt, sondern den Versuch macht, das Zusammenwirken der Finanzen zwischen Bund und Ländern darzustellen. Weil das so ist, will ich sagen, die Mehrheitsfraktionen haben einen Antrag gestellt, dem wir zustimmen werden. Er ist erstens richtig, und zweitens weist er auf etwas hin, was mich immer ärgert: Manchmal hören wir den Senat in wichtigen Fragen zu spät Bericht erstatten. Es ist angenehm, daß darauf hingewiesen wird.

Wenn der Dank vorbei ist, möchte ich die Solidarität Hamburgs im Länderfinanzausgleich erwähnen. Damit man auch Kritik bringen kann, scheint mir die Solidarität wichtig zu sein. Solange es den Länderfinanzausgleich gibt, sind wir das Bundesland, das pro Kopf der Bevölkerung – und das ist der gerechte Maßstab – am meisten eingezahlt hat, und zwar im letzten Jahr in Mark und Pfennig 1,1 Milliarden DM. Das ist fast die Summe unserer Investitionen.

Wir haben in den letzten 30 Jahren auch Verluste gehabt. Die Lohnsteuer wird zum Beispiel am Wohnsitz erhoben. Als Hamburg sich 1970 auf diese Regelung einließ, betrug die Abführung durch Zerlegung 2,5 Milliarden DM. Heute sind es 7,1 Milliarden DM. Aber, was so spannend ist, die Zahl der Pendler hat nicht so stark zugenommen wie die Summe der Abführung. Wenn Sie sich vorstellen, wieviel Geld wir für Pendler abführen – 7,1 Milliarden DM pro Jahr – in bezug auf die Zahl der Lohnsteuerzahler, kann ich daraus ablesen, daß wir eigentlich eine Einwohnerwertung von 175 Prozent brauchten. Das müssen wir allen anderen auch einmal sagen.

- B Wir sind in der Enquete-Kommission zur Umsatzsteuer einvernehmlich dazu gekommen – man ist ja gerne mit dem örtlichen Aufkommen dabei –, daß es bei der Umsatzsteuer kein örtliches, sondern ein bundesweites Pro-Kopf-Aufkommen gibt. Würde man den Empfehlungen der Kommission folgen, würde man vermutlich dazu kommen, daß das örtliche Aufkommen von Umsatzsteuer 160 Prozent ist, also weit über 135 Prozent.

(Dr. Leonhard Hajen SPD: Das würde viel Geld bringen!)

– Das sowieso, Herr Professor Hajen.

Die CDU-Fraktion hat immer gesagt, Länderfinanzausgleich ist kein Ersatz für eine Länderneugliederung. Das heißt, wir gehen mit dem vollen Selbstbewußtsein eines Bundeslandes in diese Gespräche und Verhandlungen, die leider nicht das Parlament, sondern nur die jeweilige Regierung führt.

Wir haben zur wichtigen Einwohnerwertung drei Gutachten in Auftrag gegeben. Alle kommen zu dem Ergebnis, daß 135 Prozent die Untergrenze ist. Viel Höheres ließe sich auch wissenschaftlich begründen. Natürlich weiß ich, daß es ein Gutachten gibt, das nur bei 118 Prozent endet, aber dort hat man das Thema „Großstädte“ nicht auf die Reihe bekommen, und es ist gut angreifbar. Aber immerhin sollte man das erwähnen.

Der Finanzausgleich ist voll von Lustigkeiten. Darüber, ob die Hafenlasten der Weisheit letzter Schluß sind, kann man reden. Objektiv unsinnig ist aber, daß elf von 16 Ländern „wegen Kleinheit des Landes“ für die politische Führung Geld bekommen, nur Hamburg nicht, obwohl wir das viert- oder fünftkleinste Land sind.

(Dr. Leonhard Hajen SPD: Weil wir einen so guten Senat haben!)

– Nein, daran liegt es nicht. Der ist viel zu teuer, das wissen Sie auch.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Wert und teuer!)

Deswegen bekommen wir nicht einmal einen Pfennig.

Mein Fazit: Über das Thema, das Hamburg zu Recht im Länderfinanzausgleich zu verteidigen hat, gibt es mit der Opposition hier im Hause keinen Streit.

Jetzt möchte ich zu meinen Minderheitenvoten kommen. Ich habe sehr bewußt zu fünf von 35 Thesen eine andere Meinung vertreten. Ich trage alle anderen Punkte mit und sage nur, die Mehrheitspunkte sind bei diesen fünf die schlechteren. Das will ich begründen.

Eines ist klar, ein Finanzausgleich, der faktisch alle schwachen Länder auf 99,5 Prozent hebt – ich will mich mit der Finanzsenatorin nicht über juristische Dinge streiten, sondern es geht um das Fiskalische, es geht ums Geld –, kann keine vernünftige Regelung sein, die wirklich zu Anstrengungen führt, sei es Sparen, sei es, die eigene Ökonomie als Land in Betrieb zu setzen, wenn jemand weiß, auf 99,5 Prozent Finanzkraftausgleich läuft es am Ende immer hinaus. Hier ist ein Fehler. Wenn man das Verfassungsgerichtsurteil aufmerksam liest, findet man es auch dort. Hier beginnt für mich die Kritik am Senat.

Der Senat hat mit der sehr engen Festlegung auf die Verteidigung der Einwohnerwertung von 135 Prozent ein paar Chancen vergeben. Man kann in der Bundesrepublik Deutschland keine Stadtstaaten haben und deswegen auch keinen Streit über die Minimumhöhe, wenn man das nicht insbesondere unseren beiden Stadtstaaten-Nehmerländern Berlin und Bremen zuordnet. Dann ist der Föderalismus ziemlich am Ende. Also hätte ich mir etwas mehr Mut gewünscht. Deswegen auch meine Minderheitsmeinung, eine etwas andere Reihenfolge bei der Steuerkraft hätte nützen können, weil ich davon überzeugt bin, schlechter hätte es nicht kommen können. Ich weiß ja, wann eine Mehrheit eine Mehrheit ist, aber hier ist die Frage, wie geht das einzige Nehmerland Stadtstaat mit seiner Position um. Da hätten wir erstens Anwalt der Stadtstaaten sein können. Wir hätten Makler sein können, weil wir 30 Jahre solidarisch waren zwischen armen und reichen Bundesländern. Wir hätten Makler sein können, weil diese Stadt mit allen Fraktionen nie hat einen Zweifel aufkommen lassen, daß die neuen Länder in die Bundesrepublik insgesamt fair integriert werden und sie von uns jedenfalls nicht im Stich gelassen werden. Wir hätten als alte Handelsstadt auch ein wenig Wettbewerb in den Finanzausgleich tragen sollen. Es hätte jedenfalls nach meiner Einschätzung nicht zu unserem Schaden reichen können. Für uns ist wichtig, wer den Finanzausgleich so eng weiterführt wie bisher, gibt den Ländern und damit den Länderparlamenten immer weniger parlamentarische Entscheidungshoheit. Darüber nachzudenken, die Steuerbasis von den Ländern her minimal mitbestimmen zu können, hätte nach meiner Meinung eine durchlüftende Wirkung für die Tätigkeit unserer Landesparlamente haben können.

Ein wenig ärgert mich, daß das Verfassungsgericht eigentlich mehr Spielraum gegeben hat, als ich, Herr Bürgermeister, aus allen Verhandlungen – soweit sie öffentlich waren – von Ihnen höre. In Wahrheit wird zwischen den Ländern beschlossen: Alle behalten dasselbe, und keiner bekommt weniger. Das geht mathematisch nicht. Das bedeutet nämlich, es bleibt so, wie es ist. Das sollte es aber nicht. Wenn

(Rolf Kruse CDU)

- A wir es ändern wollen, muß ich mir irgendwoher Geld holen, und dann geht es los. Das war wohl gestern oder vorgestern der Fall als Bittsteller beim Bunde. Ist das ein wirkliches Zutrauen der Länder für sich selbst um die Kraft der Selbstregelung?

In der Summe haben wir als Landesparlament gut daran getan, uns selber ein Bild zu machen, was geht, was nicht geht und was gescheit ist. Es lohnt sich, die Vorlage zu lesen. Es gibt einen kleinen Teil, für den man etwa eine halbe Stunde braucht, wenn man etwas wissen will. Immerhin, nach eineinhalb Jahren Arbeit ist das ein Angebot an Sie alle. Ich wünsche mir, daß der Kommissionsbericht – und das ist die Aufforderung – in die Senatsverhandlung mit den anderen Ländern eingeht. Ich wünsche mir weiterhin, wenn wir ein gutes Ergebnis für Hamburg haben, daß wir uns in der nächsten Legislatur wieder darüber streiten, wie dieses Parlament mehr Rechte bekommen kann. Dies sollte ein Beitrag dafür sein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Kiausch.

Elisabeth Kiausch SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Länderfinanzausgleich ist ohne Zweifel ein sehr komplexes und auch kompliziertes Thema. Ich möchte deswegen vorab ein paar Worte zu dem Bericht sagen. Natürlich schließe ich mich dem Dank, den Herr Kruse an alle Beteiligten ausgesprochen hat, aus vollstem Herzen an. Aber ich muß auch sagen, ich bin ein bißchen stolz darauf, daß es der Kommission gelungen ist, Ihnen etwas vorzulegen, was auch für den interessierten Laien verständlich ist, ohne unwissenschaftlich zu sein. Nicht zuletzt, und das sage ich mit deutlicher Betonung, ist dies unserem Arbeitsstab zu verdanken, der viel dafür getan hat, daß der Bericht verständlich werden konnte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Finanzverfassung soll grundsätzlich sicherstellen, daß alle Gebietskörperschaften die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel erhalten. Außerdem muß sie zwei wesentliche Prozesse ausbalancieren – das sollte man hier erwähnen –, nämlich einmal den Angleichungsprozeß nach außen, der durch Herstellung der Europäischen Gemeinschaft stattfindet, und den Angleichungsprozeß nach innen, der das wirtschaftliche Aufholen der neuen Länder ermöglichen soll. Beide Prozesse, die beide schwierig sind, müssen zeitgleich und gleichwertig berücksichtigt werden. Man muß hinzufügen: Sie werden auch zukünftig Veränderungen und Justierungen erforderlich machen.

Bund und Länder können nach meiner festen Überzeugung ihre Aufgabe dabei nur erfüllen, wenn sie gemeinsame Grundsätze verfolgen. Diese sind Solidarität mit den Schwächeren, Respekt vor der Staatlichkeit aller Länder, Wettbewerbsfähigkeit der Stadtstaaten im Vergleich mit den anderen Metropolen in Deutschland und auch Transparenz für den Bürger, obgleich Letzteres ein schwieriges Kapitel ist.

Um die Rolle Hamburgs im Länderfinanzausgleich zu verdeutlichen, nenne ich auch einige Zahlen. Herr Kruse hat die Summe der Finanzausgleichszahlungen, die im letzten Jahr auf den Tisch des Hauses kommen mußte, genannt. Man kann auch andere Zahlen nennen: Jeder einzelne Hamburger hat für den Länderfinanzausgleich seit dessen Einführung 1950 netto 9128 DM aufgebracht, weit mehr als

die Einwohner irgend eines anderen Landes und natürlich vor allen Dingen auch jener Länder, die heute die Ungerechtigkeit beklagen: Bayern, das lange Nehmerland gewesen ist, hat bisher 936 DM gezahlt, Baden-Württemberg 5658 DM und Hessen 7786 DM. Hamburg hat also den Anspruch der Solidarität seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten vorbildlich erfüllt.

Einige Themen, die die Debatte in unserer Enquete-Kommission sehr intensiv beflügelt haben, hat Herr Kruse hier genannt, beispielsweise Zahlungen für politische Führung, Pendler und Umsatzsteuer. Das werde ich hier nicht wiederholen, sondern nur noch einmal betonen, daß Hamburg nicht deswegen soviel gezahlt hat, weil seine besondere Situation als Stadtstaat mit einem Gewichtungsfaktor von 135 Prozent bewertet wurde – ich schließe mich Herrn Kruses Auffassung an, daß das die untere Grenze ist –, sondern *obwohl* dies der Fall war. Anderenfalls wären die Beträge noch viel höher gewesen.

Man muß immer wieder sagen – vor allen Dingen auch unseren Gegnern –, die Einwohnerwertung ist weder Bonus noch Privilegierung, sondern nur eine notwendige Korrektur, um zu gewährleisten, daß die Hamburger Bürgerinnen und Bürger nicht schlechter gestellt werden als die Einwohner anderer Großstädte, die zum Beispiel ihre Polizeibeamten nicht selbst bezahlen und auch ihre Hochschulen nicht selbst unterhalten müssen.

Im kommunalen Finanzausgleich werden diese Großstädte von ihren Ländern sehr viel höher bewertet; Stuttgart zum Beispiel mit 186 Prozent. Diese Zahl muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Da gibt es Vergleiche, die einen nachdenklich werden lassen.

Wenn also jemand Grund zum Klagen hätte, dann wäre es eigentlich Hamburg. Dennoch spricht sich die von der Hamburgischen Bürgerschaft eingesetzte Enquete-Kommission dafür aus, das System des Länderfinanzausgleichs im Grundsatz in seiner gegenwärtigen Form zu belassen und Korrekturen auf das nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Notwendige sowie auf einzelne Punkte zu beschränken.

Meine Damen und Herren! Man kann darüber streiten, ob die Vorgabe hilfreich ist, daß der Bundestag ein Maßstäbengesetz in Kraft setzen soll, das in seiner Bedeutung irgendwo zwischen Verfassung und dem einfachgesetzlichen Finanzausgleichsgesetz angesiedelt ist. Wenn dieses auch noch ohne Kenntnis seiner konkreten Auswirkungen geschehen soll, stellt sich die Frage, ob diese Vorgabe eigentlich der Lebenswirklichkeit entspricht.

Nun mache ich eine Klammer auf und sage: Gerichtsschelte soll man nicht betreiben, aber, ich finde, ich habe meine Meinung auch sehr maßvoll zu dieser Vorgabe des Verfassungsgerichtsurteils gesagt.

Aber das Urteil ist nun einmal bindend, ebenso wie die vorangegangenen Entscheidungen des gleichen Gerichts in dieser Sache. Das bedeutet für Hamburg nun einmal, daß eine besondere Bewertung der Finanzkraft unbestritten erforderlich ist. Es ist keine Besserstellung, sondern eine Voraussetzung, überhaupt in das Länderfinanzausgleichssystem einbezogen werden zu können.

Bei der Bemessung des Berechnungsfaktors – das hat Herr Kruse in einem anderen Punkt angesprochen – ist auch die Umlandversorgung der Stadtstaaten zu berücksichtigen. Hier gibt es in unserem Bericht eine abweichende Meinung, aber für alle anderen Enquete-Kommis-

C

D

(Elisabeth Kiausch SPD)

- A sionsmitglieder war ganz klar: Nicht Niedersachsen muß Bremen, nicht Brandenburg muß Berlin und nicht Schleswig-Holstein muß Hamburg die Umlandleistungen bilateral bezahlen, sondern alle Bundesländer müssen für diese Leistungen aller Stadtstaaten aufkommen; so hat das Bundesverfassungsgericht übrigens auch schon entschieden.

Hamburg hat die geltenden Regelungen des Länderfinanzausgleichs deshalb nicht angegriffen, weil es sich dem Verfassungsziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland verpflichtet fühlt. Dieses Ziel gebietet Solidarität mit den Schwächeren und Ausgleichszahlungen von denen, die überdurchschnittliche Einnahmen haben. Dazu brauchen wir leistungsstarke Länder, die sich gegenseitig anerkennen und ihre Staatlichkeit respektieren. Mit anderen Worten: Eine Länderneugliederung fiskalisch zu erzwingen geht nicht, denn die Neugliederung der Länder ist Sache eines Volksentscheides, und ich sage: Gott sei Dank! Die Länder müssen so gesichert und anerkannt werden, wie sie sind.

Als äußerst anregend habe ich es empfunden, daß bei einigen Kommissionsmitgliedern die gelegentliche Betrachtungsweise bestand, daß sich die Politik eines Gemeinwesens nach ökonomischen Gesichtspunkten ausrichtet beziehungsweise ausrichten sollte. Es war ebenso anregend wie falsch;

(Lachen und Beifall bei *Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke*)

denn Reiz und Akzeptanz der Politik besteht doch darin, daß vielfältige Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, nämlich um die Menschen zu erreichen und sie in unserem komplizierten System und der komplizierten Zeit auch nach Möglichkeit mitzunehmen.

- B Das Stichwort Wettbewerbsföderalismus ist von Wirtschaftswissenschaftlern einiger süddeutscher Länder in die Diskussion gebracht worden. Wenn damit gemeint ist, daß die föderale Ordnung ein Wettbewerb um die jeweils besten Problemlösungen ermöglichen sollte, stimmen wir damit überein. Ich denke, daß Hamburg dieses Konzept in einem reichen Umfang praktiziert. Anders wäre unser Konsolidierungskurs auch überhaupt nicht durchführbar gewesen.

Wenn aber die Vorstellung dahin geht, wie Herr Kruse und einer der Sachverständigen es in ihrem Minderheiten-votum zum Ausdruck gebracht haben, daß die Länder die Möglichkeit zu einer regionalisierten Steuerfestsetzung haben sollten – Herr Kruse hat das heute sehr, sehr klein gemacht, aber er hat sich dafür ausgesprochen,

(*Rolf Kruse CDU: Und dazu stehe ich auch!*)

und das ist nachlesbar –, und zwar durch die Einführung von Steuerzuschlagsrechten, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Damit ist tatsächlich zunächst die Reduzierung der Normalsteuersätze gemeint und dann die Erhebung von landeseigenen Zuschlägen zur Einkommensteuer.

Man muß zugeben, daß die Geberländer im Finanzausgleich von einem solchen System ohne Zweifel profitieren würden; wir auch. Wenn sie angesichts ihrer höheren Finanzkraft einen niedrigeren Zuschlag als die Nehmerländer erheben würden, würden sie als Sitz für örtlich bewegliche Steuerzahler attraktiver werden. Ihre Finanzkraft würde sogar weiter steigen. Unsere Spitzensportler brauchten beispielsweise nicht mehr nach Monaco zu gehen, München oder Stuttgart würden es auch tun. Die abwanderungsbedrohten, die ärmeren Empfängerländer hin-

gegen würden schon durch die Konkurrenzsituation gehindert werden, ihre theoretisch bestehenden Zuschlagsmöglichkeiten auch tatsächlich auszuschöpfen, denn sie müssen im Konkurrenzkampf nun einmal mithalten.

In Wirklichkeit, Herr Kruse, bedeutet ein solches System die Übertragung privatwirtschaftlicher Maximen auf den Bereich der öffentlichen Hand. Der Bürger wird dann

(*Rolf Kruse CDU: Das Bundesland!*)

zum Shareholder, das Bundesland wird zum Übernahmekandidaten, nur mit einem Unterschied: Während Unternehmen Konkurs gehen, werden Länder einfach immer nur ärmer, mit allen Folgen; über diese Folgen können wir auch einmal sprechen, sie wären nur negativ!

(*Rolf Kruse CDU: Weil Sie kein Vertrauen haben!*)

Ich empfinde es als Gipfel des Unzumutbaren, daß im Minderheiten-votum als besonderer Vorteil hingestellt wird – Sie können es nachlesen –, daß Länder, die aufgrund von eher wohl häufiger zu erwartenden Haushaltsnotlagen die bündische Solidarität der anderen einfordern, zunächst einmal aufgefordert werden können, ihre eigenen Steuerquellen auszuschöpfen.

(*Rolf Kruse CDU: Ja!*)

Das heißt, daß sie notfalls auch von ihren Steuerzuschlagsmöglichkeiten Gebrauch machen. Sie finden das gut, Herr Kruse, aber wir haben Ihnen in den Beratungen der Enquete-Kommission mehrfach angeboten, einmal zu erläutern, wie Sie sich als virtueller Ministerpräsident von Thüringen verhalten würden, wenn Sie die Möglichkeit einer regionalen Steuerfestsetzung hätten. Darauf haben Sie uns leider keine Antwort gegeben.

(*Rolf Kruse CDU: Doch! Ich habe gesagt: Erst muß ich Ministerpräsident sein!*)

– Das reicht nicht ganz. Herr Kruse, ich muß Ihnen trotzdem sagen, daß Sie sich freuen sollten, daß diese Möglichkeit vollkommen im Rahmen der Nichtrealisierung liegen dürfte.

Freuen Sie sich wirklich. Sie würden nämlich sowohl mit dem Grundgesetz Artikel 72 und 106 als auch mit Ihrem sozialen Gewissen als CDA-Mitglied – das glaube ich zumindest – sowie mit ihrem volkswirtschaftlichen Sachverstand in Konflikt geraten.

(*Rolf Kruse CDU: Das wüßte ich!*)

Das wäre unausweichlich. Der Verfassungsgrundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse setzt nämlich zunächst einmal eine annähernd gleichwertige Finanzausstattung voraus. Nur auf dieser Basis kann dann der Wettbewerb stattfinden.

Unter allen herangezogenen Staaten mit einer föderalen Ordnung – und das haben wir mit einer gewissen Gründlichkeit gemacht – hat nur Deutschland ein solches Verfassungsziel. Ich denke, daß das kein Zufall und kein Irrtum ist, sondern eine bewußte Willensentscheidung des Verfassungsgesetzgebers. Dieses Ziel ist, wie ich finde, zu respektieren, und es geht der Umsetzung ökonomischer Theorien vor.

Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht – das nehme ich jedenfalls an – den ihm von Bayern und Baden-Württemberg mehrfach angedienten Begriff des Wettbewerbsföderalismus ja nicht einmal zurückgewiesen, sondern nur mit höflichem Schweigen übergangen. Daher ist das Min-

(Elisabeth Kiausch SPD)

- A derheitenvotum auch in der Enquete-Kommission das Votum einer kleinen, in dieser Frage auch radikalen Minderheit geblieben.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben noch einen Zusatzantrag gestellt, weil wir einige Argumente und Positionen durch Beschluß des Parlaments bestärken wollen. Das, denke ich, kann für den Senat nur hilfreich sein, denn die augenblickliche Situation scheint nach wie vor schwierig zu sein; vielleicht hören wir dazu noch etwas.

Vielleicht wundert es Sie, daß wir neben dem ganz zentralen Punkt der Einwohnerwertung das Thema der Mischfinanzierung in unseren Antrag aufgenommen haben. In bezug auf die Transparenz der Finanzbeziehungen ist dieses Finanzierungsinstrument, wie ich finde, mit Recht in die Kritik geraten. Die Parlamente empfinden die fast automatische Bereitstellung von Komplementärmitteln als ärgerlichen Eingriff in ihre Haushaltshoheit, die ohnehin schon zurückgeht, eher zumindest, als daß sie zunimmt. Trotzdem sind Mischfinanzierungen auf einigen Gebieten für überregionale Aufgaben unverzichtbar. Sie sollten aber reformfähig und auf die Zukunft gerichtet sein und als variables Instrument betrachtet und genutzt werden.

Das Arbeitsergebnis unserer Enquete-Kommission bietet niemandem ein neues und ideal-typisches Modell für den Finanzausgleich an; das war übrigens auch nicht der Auftrag, aber vielleicht vor einem Jahr eine Versuchung. Ein solches Modell wäre wahrscheinlich herstellbar, aber nach meiner Überzeugung auch nicht transparenter und gerechter und mit Sicherheit politisch nicht durchsetzbar.

- B Unser Bericht, so denke ich, ist eine saubere Situationsbeschreibung. Er untermauert vielfältig die berechtigten Ansprüche Hamburgs, gibt zukunftsbezogene Anregungen und festigt hoffentlich die Überzeugung, die wir alle haben: Hamburg darf nicht schlechter gestellt werden als bisher.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Demnächst wird es spannend, auch wenn das im Hause noch nicht so wahrnehmbar ist, aber es dauert nur noch einige Tage, dann werden sich die Ministerpräsidenten wieder zusammensetzen, und es werden wesentliche Entscheidungen über das Maßstäbegesetz zu erwarten sein. Das wissen wir nicht mit Sicherheit, aber davon gehe ich aus.

Ich sage deshalb, daß es spannend wird, weil das Ausmaß, die finanziellen Folgen für die Neuordnung für den Hamburger Haushalt sehr weitreichend sind. Ich möchte Ihnen das noch einmal an einigen Zahlen – ich spreche jetzt nicht von der Einwohnerwertung, das wurde hinlänglich genannt – in Erinnerung rufen, denn die letzten Zahlungen, die Hamburg in den letzten vier Jahren geleistet hat, weichen nämlich erheblich voneinander ab, und vor allem ist die Tendenz steigend.

1997 haben wir 400 Millionen DM bezahlt, 1998 525 Millionen DM, 1999 waren es 680 Millionen DM und im Jahr 2000 haben wir über 1 Milliarde DM gezahlt. Sie wissen

auch, daß wir in den letzten Jahren keinen anwachsenden Haushalt hatten, so daß wir nicht sagen können, das konnten wir locker abgeben. Deswegen möge sich jeder ausrechnen, was es bedeutet, wenn Hamburg mit einem einseitig schlechten Ergebnis aus diesen Verhandlungen herauskommt. Das wäre für uns schwer verkraftbar. Deswegen sage ich, daß die Situation spannend ist. Die Aufgabe, die Sie haben, Herr Runde, ist nicht einfach.

Wir haben aber in der Enquete-Kommission – so habe ich es jedenfalls wahrgenommen – nicht nur über die finanziellen Folgen für Hamburg gesprochen, sondern uns im Grunde über unseren Föderalismus auseinandergesetzt, weil wir auch die Folgen für andere Regionen mit betrachtet haben. Der Finanzausgleich in Deutschland, der zu über 80 Prozent ein Mitteltransfer in die neuen Länder ist, wird schlechter geredet, als er ist, und er ist auch in einer Weise dramatisiert worden, die ich nicht gerechtfertigt finde.

Wir haben in der Enquete-Kommission festgestellt, daß die historische Dimension in der aktuellen Diskussion um die Verfassungsklagen zu stark weggelassen wurde. Historische Dimension heißt, daß wir erst seit elf Jahren die Wiedervereinigung haben und der größte Mitteltransfer in die neuen Länder geht. Dem haben sich in der aktuellen Debatte auch alle angeschlossen. Deswegen fand ich die Diskussion um unsere Finanzbeziehungen und daß sie nicht mehr gut und daher reformbedürftig sind, nur zur Hälfte berechtigt.

Des weiteren glaube ich – daraus ziehe ich auch folgenden Schluß –, daß es nicht falsch ist, Herr Kruse, mit einer Zielrichtung in die Verhandlung zu gehen, die lautet: Erst einmal ansetzen, ohne großartige Gewinner oder Verlierer. Man kann sehr wohl Vereinfachungen vornehmen, ohne zu sagen, daß das zwingend zu großen Verlierern oder Gewinnern führt.

Niemand stellt in Frage, daß alle Gebietskörperschaften, sowohl der Bund, wie auch viele Länder, erhebliche Konsolidierungsbemühungen unternehmen – mit mehr oder weniger gutem Erfolg –, das ist unstrittig. Deswegen glaube ich, daß es nicht hilfreich ist, wenn man nun Veränderungen herbeiführt, die die Stärkeren stärker und die Schwächeren noch schwächer macht. Das ist insgesamt eine Reform, die man jetzt nicht braucht.

Wir haben in der Enquete-Kommission ein Problem angesprochen, bei dem mir hinsichtlich der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ein Element fehlt, das nämlich sicherstellt, daß Konsolidierungserfolge auch belohnt werden. Wenn ich mir vorstelle, daß uns der steigende Konsolidierungserfolg, den wir in den letzten Jahren in Hamburg zu verzeichnen hatten, durch den Finanzausgleich vollständig weggeschlagen werden kann, hinterläßt das natürlich eine große Sorge. Ich gehe noch nicht davon aus, daß das zwingend so sein muß, aber ich muß auch zugeben, daß wir in der Enquete-Kommission keinen tatsächlich griffigen Vorschlag gemacht haben, wie man verhindern könnte, daß Konsolidierungserfolge auch Erfolg im Finanzausgleich sind.

Wenn ich jetzt auf den Bericht näher eingehe, möchte ich voranstellen, daß wir in der Enquete-Kommission eine sehr weitgehende Forderung formuliert haben, und zwar einstimmig mit allen. Wir haben dazu aufgerufen – und das findet man in keinem der Vorschläge, weder bei den Südländern noch im Elf-Länder-Modell oder beim Bund –, die Vielfalt der Bundesergänzungszuweisung zu verringern. Was heißt das eigentlich und warum?

C

D

(Anja Hajduk GAL)

A (Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ja, was heißt das?)

Wir haben gesagt, daß wir diese Fehlbetrags- und Ergänzungszuweisungen des Bundes nicht wollen, sondern zusätzliche Umsatzsteuerpunkte für die Länder. Das heißt, wir haben eine deutliche Aussage dahin gehend gemacht, daß wir finanziell stärkere Länder wollen, eine Stärkung des Föderalismus und keine Stärkung des Zentralismus. Das heißt, wir wollen, daß am Anfang, bei der Verteilung der Gelder, die Länder mehr Geld bekommen. Dann braucht der Bund hinten, auf Stufe 4, auch nur geringere Korrekturzahlen vorzunehmen.

Der Charme darin liegt in folgendem: Man könnte sagen, es sei eine Vereinfachung. Am Anfang bekommen die Länder mehr, und das teilen sie dann untereinander auf, damit der Bund am Ende nicht korrigieren muß. Die Vereinfachung ist aber kein hinreichendes Argument. Wichtig ist der Grundgedanke: Mehr Föderalismus statt Zentralismus. Das bedeutet, daß wir nicht wollen, daß der Einfluß des Bundes über die Bundesergänzungszuweisungen, die nur an einzelne Länder gezahlt werden, gegenüber einzelnen Ländern ins Unermeßliche steigt. Ich erwähne das, weil in letzter Zeit zu Recht kritisiert wurde, daß es Verhandlungen auf Ministerpräsidentenebene und im Bundesrat gab, bei denen beklagt wurde, daß nicht in den Parlamenten, sondern in den Exekutivgremien Dinge verhandelt und miteinander in Austausch gebracht wurden, die sachlich eigentlich nichts miteinander zu tun haben.

Dazu könnte man sagen, daß die Regierung Schröder das gut hinbekommen und dadurch die Steuerreform durchgeboxt habe, weil sie den Stadtstaaten, wie beispielsweise Berlin, damals bereits Zusagen hinsichtlich der Einwohnerwertung gemacht hat. Genau so kann man feststellen, daß es gut ist, daß wir eine Rentenreform bekommen haben. Es ist aber schon ein Kennzeichen der politischen Reformfähigkeit in unserem Land, daß die Rentenreform, der Familienleistungsausgleich und der Länderfinanzausgleich so gemeinsam verhandelt werden.

(Thomas Böwer SPD: Richtig!)

Um dem ein bißchen stärker entgegenzutreten, wollen wir die Anzahl der Länder, die einseitig unter dem Druck des Bundes stehen, durch die Abhängigkeit von Bundesergänzungszuweisungen in der Strategie eingedämmt sehen.

(Zuruf von Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

– Das habe ich jetzt leider nicht verstanden.

Von diesem Vorschlag kann man nun natürlich nicht erwarten, daß er eins zu eins umgesetzt wird, denn man könnte unserem Vorschlag auch eine asoziale Komponente unterstellen. Wenn ich sage, daß wir mehr Umsatzsteuerpunkte auf der Länderseite haben wollen, könnte man entgegenen, daß es vorrangig die reichen Länder stärken und den armen Ländern weggenommen würde. Diese Sache müßte man in diesem komplizierten System in einer nächstfolgenden Stufe korrigieren.

Ich möchte deutlich machen, daß wir diesen Vorschlag nicht als Steilvorlage gemacht haben, damit der Bund Geld sparen soll, sondern wir wollen insgesamt nur den Blick darauf richten, daß die Auseinandersetzung um die Umsatzsteuerpunkte zukünftig verstärkt Bedeutung erfahren wird. Wie penibel und genau man sich darüber jeweils auseinandersetzt, sieht man schon daran, daß der Bund an-

geboten hat, die Finanzierung des Fonds Deutscher Einheit zu übernehmen, dafür aber Umsatzsteuerpunkte haben will. Es gab die große Handreichung, indem gesagt wurde, wir schenken den Ländern 1,5 Milliarden DM, für uns zählen aber Umsatzsteuerpunkte. Daraufhin haben sogleich die Ministerpräsidenten – und, ich glaube, Sie auch, Herr Runde – erkannt und gesagt, daß man damit gutes gegen schlechtes Geld tausche.

Deswegen haben wir von der Enquete-Kommission in unserer Strategie auch empfohlen, daß die Länder diesbezüglich weiter aufmerksam bleiben, denn die Auseinandersetzung um die Umsatzsteuerpunkte, die Auseinandersetzung um die Einnahmehoheit der indirekten Steuern, wird zukünftig immer mehr an Bedeutung gewinnen – das ist auch der härteste Kampf, den Bund und Länder in der Regel miteinander führen –, weil wir sonst auf unserer Einnahmeseite in der Perspektive Probleme kriegen werden, da man mit den direkten Steuern perspektivisch wahrscheinlich etwas weniger zu erwarten hat.

Ich möchte auch noch einmal auf den Punkt der Einwohnerwertung eingehen, weil ich eine Geschichte bei uns in der Kommission sehr interessant fand. Wir haben es uns in der Hamburger Kommission nicht so leichtgemacht, daß wir uns alle dem Hamburger Patriotismus verpflichtet fühlen und gesagt haben, dann wollen wir mal alle die Reihen fest schließen und sagen, 135 Punkte plus, das ist die Lösung.

In unserer Kommission war einer der Chefgutachter – so nenne ich ihn einmal – der Südländer. Es war eine äußerst interessante Diskussion. In der fachlichen Diskussion konnten wir allerdings herausarbeiten, daß bei dem Gutachten, das eine Zeitlang durch die Presse ging und von dem es hieß, die Einwohnerwertung sei zu hoch angesetzt, diese mit 135 Prozent durch wissenschaftliche Argumente mehr oder weniger unwidersprochen blieb. Das liegt daran, daß das Gutachten, das bei einer geringeren Wertung für die Stadtstaaten landete, zwei der wesentlichen Begründungsfaktoren einfach außen vor gelassen hat.

Für uns muß klar sein – das will ich noch einmal in Erinnerung rufen –, daß die Einwohnerwertung kein Verhandlungsspielball der Hamburger Seite ist, sondern es ist schon eine Zumutung, daß man im Föderalismus eine strukturelle Eigenart verteidigen muß.

Man kann die 135 Prozent für Hamburg in Vergleich setzen, was nicht nur für Stadtstaaten angemessen ist, sondern auch für Metropolen in Flächenländern. Nichts anderes haben wir untersucht. Wir haben die verschiedensten Argumente beleuchtet, wie eine Metropole überhaupt finanziell ausgestattet sein muß, sei sie ein Stadtstaat oder in einem Flächenland. Dann kommt man zu den 135 Prozent. Das, glaube ich, ist eine wichtige Aussage. Es ist kein Verhandlungsgegenstand, bei dem wir irgend etwas ins Trockene gebracht haben, sondern schlicht und ergreifend normale Existenzgrundlage, die für Stuttgart und München mindestens in einer vergleichbaren Weise Anwendung finden.

Ferner muß man sich überlegen, welche Metropolen wir in Deutschland haben und welche Stadtstaaten Metropolen sind. Dann fällt auf, daß Berlin und Hamburg, die beiden größten Metropolen Deutschlands – das hat auch etwas mit einer Wettbewerbsperspektive in Europa zu tun –,

(Rolf Kruse CDU: Richtig!)

als Stadtstaaten organisiert sind. Wenn man diese größten Metropolen gegenüber den kleineren oder den Flächen-

C

D

(Anja Hajduk GAL)

- A ländern noch besonders schwächen will, dann ist das eine vollkommen falsche bundesrepublikanische Perspektive.

(Rolf Kruse CDU: Sehr richtig!)

Abschließend möchte ich auf ein paar Argumente Ihres Minderheitenenvotums eingehen, Herr Kruse. Ich muß Sie korrigieren. Sie haben Ihr Minderheitenenvotum mit einem Aspekt dargelegt, der überhaupt kein Minderheitenaspekt ist. Sie haben gesagt, es sei falsch, daß automatisch alle Länder auf 99,5 gehoben würden. Der Aspekt, den ich vorhin genannt hatte und mit dem wir einen ziemlich radikalen Vorschlag gemacht haben, nämlich die Fehlbetrags-ergänzungszuweisung für schwächere Länder wegzunehmen, ist in der Kommission eine allgemein einige Position gewesen. Insofern haben Sie das für meine Begriffe nicht richtig dargelegt. Die Kommission insgesamt hat sehr wohl diese Richtung eingeschlagen.

Ferner möchte ich noch etwas zur regionalen Steuerautonomie sagen. Sie haben von einem klein bißchen Wettbewerb gesprochen. Wir wären uns ja weitgehend einig, Sie würden aber so ein bißchen in die Richtung denken. Ich muß sagen, daß der Vorschlag, den Sie unterstützt haben, nicht so harmlos ist.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Ne!)

Er ist für neue Länder ein großer Wettbewerbsnachteil, darauf gehe ich zuerst ein.

- B Bereits heute haben die wirtschaftstarken Regionen die stärksten Steuerzuwächse. Deswegen zahlen wir auch immer mehr, weil wir so stark sind und eine so gute Politik haben, das macht einen manchmal schon ein bißchen nachdenklich. Wenn diese Differenzen beim jetzigen System in der Abstandsgewinnung zuwachsensend sind, ist es ein Strickfehler einer Reform, zu sagen, man baue etwas ein, von dem sich die starken Regionen einen Steuer- und Wettbewerbsvorteil verschaffen können, und sogar noch gesagt wird, solange die schwachen Regionen ihre Steuererstschraube nicht ausgenutzt haben, erhalten sie nicht einmal die volle Ausgleichszahlung aus dem Länderfinanzausgleich. Das hat wirklich nichts mit einer Politik zu tun, die vielleicht nicht für die nächsten 100 Jahre notwendig, aber von heute an aktuell notwendig ist, um gerade die ostdeutschen Länder zu einem fairen Wettbewerbseinstieg zu führen.

Des weiteren möchte ich dazu sagen, daß der Vorschlag für die wirtschaftsschwächeren Regionen kein harmloser Vorschlag ist, und für Hamburg ist es letztlich wahrscheinlich ein Papiertiger. Wenn wir für Hamburg einmal beide Alternativen durchspielen und sagen, wir machen Gebrauch von der regionalen Steuerautonomie, erheben einen Zuschlag auf die Einkommensteuer – wir setzen drauf –, produzieren wir das, was wir hier im Hause schon kritisch diskutiert haben. Wir müssen aufpassen, daß wir keine Suburbanisierungstendenzen zusätzlich verstärken und keinen Wegzug produzieren. Sie wissen selbst genau, daß wir in Hamburg nicht nur Nutzer der hamburgischen Güter haben, sondern Pendler, die im hamburgischen Umland wohnen. Daher möchte ich Sie fragen, ob Sie das wirklich fördern wollen? Oder ganz zu schweigen von Scheinwohnsitzwechseln.

Scheinwohnsitzwechsel sind kein dahergeredetes Thema. Es gibt etliche Leute in dieser Stadt – wahrscheinlich auch Einkommensteuerstarke –, die Zweitwohnungen haben. Was würde ich denn machen, wenn ich eine Wohnung auf Sylt oder an der Ostsee hätte

(Zuruf von Rolf Kruse CDU)

C

und wüßte, dort ist die Einkommensteuer niedriger? Sie produzieren Folgeeffekte, wenn Sie davon ausgehen, die Steuern hochzusetzen, die nicht wünschenswert sind, weil sie eventuell eine nichtsoziale Komponente haben. Sie folgen damit nicht den Interessen Hamburgs, denn wir sind eine verdichtete Region, die ein Umlandproblem erfolgreich zu bestehen hat. Sie kennen das Ganze auch aus der Gewerbesteuerdiskussion. Daher glaube ich, daß das ein Papiertiger ist, denn die andere Seite, daß wir die Einkommensteuer eventuell herabsetzen könnten, glaube ich Ihnen seit heute nicht mehr. Das würde bedeuten, Sie müßten mit Einnahmeverlusten und Steuereinnahmen kalkulieren, die eine solide Ausgabenpolitik erfordern würde, die ich gerade in den letzten Wochen, am Ende der Legislaturperiode, von Ihrer Fraktion nicht mehr nachvollziehen kann.

(Dr. Holger Christier SPD: Gut formuliert!)

Deshalb glaube ich, daß Sie nur ein wenig mit dem Wort Wettbewerb gespielt haben, aber zielführend, insbesondere für Hamburg, ist das nicht. Hamburg, das haben wir vor zwei Wochen festgestellt, als wir über die Bertelsmann-Studie gesprochen haben, macht eine kluge Politik, wenn sie den Wettbewerb der Regionen aufnimmt, aber die Region geht über die Stadtgrenzen hinaus. Wenn sie sich dem Wettbewerb der Regionen erfolgreich stellen will, soll man einen kleinen Steuerwettbewerb innerhalb der Regionen meiden. Auch das stand in der Bertelsmann-Studie. Es sollte keine aggressive Konkurrenz mit dem Umland geben, das hilft uns nicht weiter.

Deswegen war Ihr Vorschlag theoretisch vielleicht interessant, in der Praxis zeigt er sich nicht gerade als zielführend und ist daher auch nicht tatsächlich umsetzungsrelevant. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesen vielen Details muß ich wohl unsere Gehirne mal wieder ein bißchen lüften. Ich fange damit an, daß ich ausnahmsweise einmal Herrn Kruse recht gebe, der, wie ich glaube, als erster gesagt hat, daß es sich tatsächlich lohnt, diese Vorlage zu lesen; das finde ich auch.

In dieser Vorlage gibt es eine Fülle von Informationen, die dieses komplizierte Thema halbwegs verständlich darlegen können, so daß Sie sogar etwas wie eine kleine Leidenschaft entwickeln können, was, wie ich glaube, bei so einem Thema normalerweise ziemlich schwierig ist.

Wenn jemand wie ich so eine Vorlage liest, geschieht das vor dem Hintergrund der Kontroverse, die es dazu gibt, nämlich einer auch ideologischen Kontroverse des Wettbewerbsföderalismus, den die Vertreter der ökonomischen Theorie des Föderalismus, also die Ökonomen – heute würde man sie wahrscheinlich Mainstream-Ökonomen nennen –, vertreten, und dem, was man kooperativen Föderalismus nennt. Das ist etwas, das wir in Ansätzen in der Bundesrepublik schon haben, das aber durchaus noch ausgebaut werden könnte: Kooperation, Stichwort Solidarität. Für beide Punkte gibt es Indikatoren, anhand derer eine so dicke Vorlage dahin gehend durchgesehen wird,

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A wohin die Enquete-Kommission mit dem, was sie uns vorgelegt hat, tendiert.

Dabei muß ich dann doch etwas schmunzeln, weil beide Formulierungen in der Vorlage gar nicht mehr auftauchen. Da liest man wenig von Wettbewerbsföderalismus und auch nichts von kooperativem Föderalismus. Das besorgen dann Herr Freytag und Herr Ehlers in einem Buch, das parallel dazu herausgegeben wird; darin wird die große Kontroverse gefeiert.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Das ist auch lesenswert!)

Die Enquete-Kommission findet aber witzigerweise einen Weg, auf den sich plötzlich alle einigen können, der lautet: Solidarischer Föderalismus.

Nun fragt sich jemand wie ich, was denn der Unterschied zwischen einem solidarischen und einem kooperativen Föderalismus ist. Ich habe daraufhin noch einmal die Vorlage durchgelesen, weil sich dafür ja Indikatoren finden müssen, also in der Steuerkraftmeßzahl oder in der Berechnung des Ausgleichstarifs oder irgendwo sonst. Witzigerweise finde ich, daß sich, wenn man das ideologisch werten sollte, mit der Vorlage eher diejenigen durchgesetzt haben, die einem kooperativen Föderalismus das Wort reden. Ich gebe zu, daß das mein Herz doch gefreut hat. Deshalb finde ich es auch bemerkenswert, daß sich die CDU in dieses gemeinsame

(Dr. Holger Christier SPD: Erlebnis!)

Erlebnis des solidarischen Finanzausgleichs einbinden läßt. Da scheint tatsächlich die CDU in Hamburg weiter als die im restlichen Bundesgebiet zu sein, und dafür kann man sie dann ja auch einmal loben.

- B Frau Hajduk sprach eben von der spannenden Situation, in der wir uns mit dem Finanzausgleich gegenwärtig befinden, und verwies auf die Verhandlungen, die mit der Bundesregierung geführt werden. Ich muß zugegebenermaßen sagen, daß bei mir gegenwärtig die Spannung noch nicht richtig aufgekeimt ist,

(Anja Hajduk GAL: Das war mir klar!)

da die Diskussion im allgemeinen zwar spannend ist, aber nicht auf Grundlage der Vorlage der Bundesregierung, denn die einzigen, die es geschafft haben, sich noch in keiner Weise zu positionieren, außer an einzelnen Punkten, haben sich das mit der Steuerreform abkaufen lassen. Das Problem der Vorlage der Bundesregierung ist, daß sie sich eigentlich gar nicht positioniert.

(Anja Hajduk GAL: O nein!)

Das kann hinter den Kulissen durchaus so sein, nur frage ich mich, wo eigentlich das Bekenntnis zum kooperativen Föderalismus von seiten der rotgrünen Bundesregierung bleibt. Weder in der Vorlage noch in den Diskussionen gibt es auch nur einen Hauch dessen, sondern – das muß ich leider feststellen – die rotgrüne Bundesregierung tendiert im Gegenteil ideologisch zu den südlichen Ländern; das finde ich bemerkenswert.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ich auch!)

Den Prozeß, sozusagen Rotgrün davon zu überzeugen, daß Kooperation in diesem Land irgendwie vorgehen muß vor einer Zuspitzung des Wettbewerbs, sollten Sie in kürzester Zeit leisten, denn sonst geht die Entwicklung an Hamburg vorbei.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – C
Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist schon geleistet!)

Mir bleibt nur noch ein dritter Punkt, der mir aber ganz wichtig ist. Wir reden hier über wichtige Details des Finanzausgleichs, und Hamburg hat es in der Vorlage, die es im Elfer-Kreis unterstützt, sogar noch geschafft, die witzigen Hafenlasten irgendwie zu verteidigen, also 200 000 DM wiederum vor dem Hintergrund in die Offensive zu bringen, daß Hamburg in den nächsten vier Jahren Milliarden durch Einnahmeverluste verlieren wird, die die rotgrüne Bundesregierung uns beschert; das finde ich dann doch recht amüsant. Das heißt, wir reden hier über potentielle Einnahmeverluste aus dem Finanzausgleich. Sie halten es aber nicht mehr für nötig, über die riesigen Einnahmeverluste aus der rotgrünen Steuerpolitik zu reden. Das finde ich widersinnig und auch sehr falsch. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man hat den Eindruck, die Diskussion ist hier ein Stück akademisch.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Wenn es aber im politischen Bereich richtig hart zugeht, dann da, wo Verteilungskämpfe anstehen. Wie hart das Ganze ist, kann man sehr gut erkennen, wenn man die Zeitungen, die sich in die politischen Tagesschlachten einmischen, liest. Da steht dann in einer der Zeitungen:

„CDU will rotrotem Berlin den Geldhahn zudrehen.“ D

Und dann hört man:

„Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU)“

(Rolf Kruse CDU: Seien Sie mal nicht so ängstlich!)

„drohte gegenüber ‚Bild‘ mit Konsequenzen beim Länderfinanzausgleich.“

(Rolf Kruse CDU: Sie glauben auch sonst alles, was da steht!)

Oder:

„Die wirtschaftlichen Chancen Berlins werden durch eine Regierungsbeteiligung der PDS dramatisch geschmälert.“

Schon jetzt fließen jährlich 4 Milliarden DM aus dem Länderfinanzausgleich nach Berlin. Gerade Hessen, das mit Abstand die meisten Gelder in den Länderfinanzausgleich pumpt, muß verlangen, daß Berlin wirtschaftlich stark wird und sich nicht durch eine Regierungsbeteiligung von Kommunisten schadet.“

Da wird schon in den Ansatzpunkten ein bißchen deutlich, worum es beim Länderfinanzausgleich geht. Es ist eine spannende Angelegenheit, denn der Vorlauf war, daß Stoiber und Teufel Verfassungsklage in Karlsruhe eingereicht haben,

(Rolf Kruse CDU: Wo denn sonst?)

eine Verfassungsklage, Herr Kruse, die auf die Stadtstaaten abzielte, die zum Ziel hatte, die Stadtstaaten dort zu schlachten.

(Rolf Kruse CDU: Haben wir denn verloren?)

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A – Wir haben nicht verloren, wir haben mit Karlsruhe gekämpft. Ich bin nur ein bißchen gespannt, wie sich die CDU dann dazu verhält, wenn der gute Roland Koch und der gute Stoiber im Hamburger Wahlkampf auftauchen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Rolf Kruse CDU:* Und der gute Clement!)

Bezogen auf die Berliner ist mir auch immer ein bißchen anders geworden, wenn die mit den Mitteln, die wir ihnen im Länderfinanzausgleich gegeben haben, 40 Millionen DM für Universal einsetzen.

(Zustimmungsrufe von der SPD)

Da können Sie ermessen, welche staatspolitische Souveränität dieser hamburgische Senat immer gehabt hat, daß er dies nicht mit dem Länderfinanzausgleich vermischt hat.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*)

In den vor uns stehenden Verhandlungen geht es um sehr viel, und das ist, liebe Frau Uhl, für die Überlebensfähigkeit der Länder von entscheidender Bedeutung. Wenn man dabei Fehler macht, dann hat das strukturelle Auswirkungen, die langfristig nicht auszugleichen sind. Deswegen kommt es hier wirklich darauf an, eigene Interessen auch zu definieren. Es ist kein akademischer Streit, denn Teufel und Stoiber haben auf die Einwohnerwertung und die Stadtstaaten gezielt und geschickt, weil sie glaubten, dort ein Bündnis von 13 zu drei zu haben, nämlich 13 Flächenländer gegen drei Stadtstaaten. In solchen Verteilungskämpfen kommt es dann auch sehr stark darauf an, neben dem akademisch richtigen Modell, das man nach Belieben entwickeln kann,

- B (*Rolf Kruse CDU:* Wir haben kein Modell!)

auch Bündnispartner zu haben, um sich durchsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Dieses ist ein entscheidender Punkt, und es war bei uns von vornherein ein wichtiger Ansatz, den Länderfinanzausgleich auch im Zusammenhang mit unserer norddeutschen Situation und mit anderen politischen Themen zu sehen, die wir in der Region haben. In einer Metropolregion wie Hamburg, die auf Kooperation mit den Nachbarländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern angewiesen ist, kommt es auch darauf an, keine falschen Fronten aufzumachen, auch wenn man theoretisch über Positionen nachdenken könnte, die Verteilungskämpfe mit den Nachbarländern auszutragen. Diese Erkenntnis, zu versuchen, aus der isolierten Position der drei Stadtstaaten herauszukommen und Bündnispartner bei den Flächenländern zu finden, hat unser Handeln beeinflusst.

Daß wir darüber hinaus, bezogen auf die historische Situation, in der wir uns befinden, nämlich die Einheit voranzubringen und das Zusammenwachsen der deutschen Länder zu entwickeln,

(*Rolf Kruse CDU:* Aber nicht mit der SED!)

geübt durch kooperativen Föderalismus, gesagt haben, daß wir die Situation der neuen Länder mitberücksichtigen müssen, ist ein weiteres Element unserer Philosophie gewesen. Deswegen sind wir auch zu einem Leitbild der Beibehaltung des kooperativen Föderalismus gekommen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*)

Ich habe mit großem Interesse sowohl das Büchlein als auch den Bericht der Enquete-Kommission gelesen und glaube, daß die Hamburgische Bürgerschaft auf diese Ausarbeitung richtig stolz sein kann. Ich empfinde es als eine Unterstützung dessen, was Frau Senatorin Nümann-Seidewinkel und ich in den Verhandlungen um den Länderfinanzausgleich in die Wege geleitet haben, und bin dankbar, daß diese Unterstützung in den wesentlichen Punkten von allen Fraktionen gekommen ist.

Was allerdings das Minderheitenvotum einer regionalisierten Steuerautonomie angeht, muß man in Zeiten einer gesamteuropäischen Steuerharmonisierung neben den Argumenten, die Frau Hajduk angeführt hat, sagen, daß es in einer Zeit, wo wir darauf angewiesen sind, in Europa die Steuern zu harmonisieren, nicht zusammenpaßt, Kleinstaaterei im Steuerrecht zu betreiben und Abwerbungsdruck zu erzeugen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber in den anderen Bereichen hat die Kommission die Hamburger Position untermauert. Zentrales Ziel muß natürlich sein, die Stadtstaaten in ihrer Besonderheit zu berücksichtigen, und das betrifft das Thema Einwohnerwertung. Dies ist der zentrale Punkt, und jeder, der weiß, welche Auswirkungen es gehabt hätte und haben würde, wenn wir diese Einwohnerwertung verlieren würden, ist sich dessen bewußt. Wenn wir zusätzlich zu den 1,1 Milliarden DM des letzten Jahres 1,6 Milliarden DM zahlen müßten, würde das auch das Ende des starken Stadtstaates Hamburg bedeuten. Daß dies für Bremen bedeutet, nie aus seiner Haushaltsnotlage herauszukommen, und für Berlin, überhaupt nie richtig auf eigene Beine zu kommen, ist klar, aber das hätte auch für Hamburg entscheidende Bedeutung.

Deswegen war das Ziel Nummer eins in der Tat, die Einwohnerwertung der Stadtstaaten zu erhalten. Ich habe viele kluge Vorschläge bekommen, man müsse doch zwischen einem Stadtstaat unterscheiden, der Geberland sei, und Stadtstaaten, die Nehmerländer seien. Diese Vorschläge klingen einleuchtend, und es schmeichelt einem auch richtig, wenn man als hamburgischer Bürgermeister hört, du bist ja Zahler, deswegen müßtest du eigentlich dafür eintreten, ein bißchen mehr zu bekommen. Aber das bedeutet natürlich auch, daß die drei Stadtstaaten auseinanderdividiert werden, und wenn das dort anfängt, setzt sich das natürlich an anderen Punkten schnell fort.

Deswegen kann es nicht um eine Differenzierung gehen, sondern die drei Stadtstaaten mußten, als es in Berlin eine große Koalition mit CDU-Führung gegeben hat

(*Rolf Kruse CDU:* Gibt es bis heute!)

und in Bremen eine große Koalition mit SPD-Führung, solidarisch behandelt werden und werden auch in Zukunft bei veränderten Verhältnissen so behandelt werden müssen; das gebietet die politische Klugheit auf unserer Seite.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es wird darum gehen, diese 135 Punkte zu erhalten und so gut wie möglich gesetzlich abzusichern. Wir haben bereits zwei Bundesverfassungsgerichtsurteile, die den Großstadtvergleich auch als Methode für die Berechnung der Einwohnerwertung als adäquates Mittel angesehen haben. Ich gehe davon aus, daß sich diese Methode weiter verfestigt, wenn wir die 135 im Länderfinanzausgleich wieder durchsetzen können.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A (Zuruf von Rolf Kruse CDU)

Darauf werden wir sehr angewiesen sein, denn das Verfassungsgericht sagt ja, das Ganze muß überprüfbar sein. Der Großstadtvergleich – da stimme ich mit Frau Kiausch, Frau Hajduk und auch mit Ihnen, Herr Kruse, völlig überein – ist das adäquate Instrument, um die besondere Situation der Stadtstaaten zu berücksichtigen. Das habe ich auch gegenüber dem Sonderausschuß des Bundestages gesagt und im Bundesrat und Bundestag ausgeführt. Es gibt also eine ganze Reihe von konkreten Punkten, in denen die Bürgerschaft den Senat unterstützt, wo wir uns einig sind.

Wir müssen uns aber auch im klaren darüber sein, daß wir unter riesigem Zeitdruck arbeiten. Wenn wir es in dieser Legislaturperiode nicht hinbekommen, das Maßstäbengesetz, das Länderfinanzausgleichsgesetz und den Solidarpakt II zu regeln, wird es nicht ungefährlich.

(Rolf Kruse CDU: Ja, die Zeit habt ihr aber verpennt!)

Wenn das in die nächste Legislaturperiode hineinreicht, wenn Maßstäbengesetz und Länderfinanzausgleichsgesetz auseinanderklaffen, wird es problematisch, weil sich dann in der Tat das Maßstäbengesetz verselbständigen kann mit allen Folgewirkungen. Deswegen sind wir darauf angewiesen, noch vor der Sommerpause Klarheit über diesen Gesamtzusammenhang zu gewinnen.

Von daher ist das Sechspunktekonzept, das wir mit der Bundesregierung als SPD-Ministerpräsidenten vereinbart haben, von so großer Bedeutung. Dabei haben sich sechs Eckwerte herausdestilliert.

B Erstens: Die Bundesregierung ist bereit, durch eine Umfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit 1 Milliarde bis 1,5 Milliarden DM dauerhaft im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zur Verfügung zu stellen. Damit erleichtert sie die Konsensfindung, denn diese Konsensfindung ist unter den 16 Ländern in der Tat nicht einfach. Das heißt aber auch, daß das Geld dauerhaft zur Verfügung gestellt und entsprechend der Entwicklung der Umsatzsteuer dynamisiert werden muß.

Zweitens: Am Ende soll für alle Länder eine schwarze Null stehen, und dieses Ziel ist innerhalb des Länderfinanzausgleichs systemkonform zu realisieren. Diese Formel ist für Hamburg von großer Bedeutung.

(Rolf Kruse CDU: Na, logisch!)

Das würde bedeuten, daß, wenn Hafenlasten beispielsweise nicht mehr anerkannt und im Länderfinanzausgleich aufgeführt würden, innerhalb des Länderfinanzausgleichs systemkonform ein Ersatz zu schaffen wäre. Das macht die Aufgabe nicht einfach, hier haben wir als Hamburger eine ganz spezifische Situation.

Drittens: Die kommunale Steuerkraft kann zukünftig mit einem Anteil von bis zu zwei Dritteln in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden,

(Rolf Kruse CDU: Das ist ein Fehler!)

wobei das Verhältnis von Real- zu Verbundsteuern flexibel gestaltet werden kann. Das scheint mir, Herr Kruse, kein Fehler zu sein. Wir wären natürlich froh, wenn man, wie bisher, nur zu 50 Prozent diese Steuern einbeziehen würde. Aber das ist nicht durchsetzbar, und insofern muß man da kompromißfähig sein. Wenn diese Flexibilität noch gegeben ist, kann man damit etwas anfangen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Bürgermeister? – (Zustimmung) C

Zwischenfrage von Anja Hajduk GAL: Herr Bürgermeister, Sie haben gerade von der schwarzen Null für alle gesprochen. Verstehe ich das richtig, daß es, wenn die Gemeindesteuern stärker einbezogen und die Hafenlasten als Sonderlasten nicht mehr gleichermaßen berücksichtigt werden, eine positive Stellschraube für Hamburg geben muß? Die Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit ist mir klar. Ich habe den Eindruck, daß es noch eine Stellschraube geben muß. Ist das zum Beispiel der Ausgleichstarif?

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Hajduk, Sie müssen zu einer Frage kommen, kein Debattenbeitrag.

Anja Hajduk (fortfahrend): Sorry. – Gibt es eine weitere Stellschraube neben dem Fonds Deutsche Einheit, die Hamburg in einem neuen System strukturell positiv begünstigt?

Erster Bürgermeister Ortwin Runde (fortfahrend): Ja, wenn man das systemkonform ausgleichen will, muß man entsprechend an anderen Stellschrauben so drehen, daß dieses Ergebnis herauskommt.

(Lachen bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

D Viertens: Die Einwohnerwertung zugunsten der Stadtstaaten mit 135 Prozent wird beibehalten; das war wohl die für Hamburg wichtigste Nachricht aus diesen Gesprächen. Eine Überprüfung der Höhe soll nach sieben Jahren mittels eines Großstadtvergleichs erfolgen, und das gilt es so gut wie möglich zu verankern. Gegen eine Überprüfung haben wir übrigens nichts, wir sehen ihr im Gegenteil mit größter Gelassenheit entgegen.

Fünftens: Im Sinne einer Anreizwirkung im System soll zukünftig ein höherer Selbstbehalt bei den Steuermehreinnahmen erfolgen, die über dem Durchschnitt erzielt worden sind, das heißt, die Länder, die ein Jahr überdurchschnittliche Einnahmen haben, behalten 10 Prozent davon.

(Rolf Kruse CDU: Donnerwetter!)

Das ist das Anreizsystem, Herr Kruse. Das ist vielleicht auch eine Konzession an das, was Sie immer so sehr wollen.

(Zuruf von Rolf Kruse CDU)

Sechstens: Der Solidarpakt II wird ab 2005 auf dem Niveau des Jahres 2004 für mindestens zehn Jahre vereinbart. Das scheint mir notwendig zu sein und ist auch in unserem Interesse, denn horizontalen Finanzausgleich und Vereinigung muß man zusammenbringen. Neben den vielen Nehmerländern haben auch der Bund sowie die Zahlerländer NRW und Hamburg zugestimmt. Jetzt wird es darauf ankommen, in der kommenden Woche – es gibt noch eine Frage ...

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Genau, ich wollte Sie nicht mitten im Satz abklingeln.

- A **Erster Bürgermeister Ortwin Runde** (fortfahrend): ... jetzt wird es darauf ankommen, welche Frage Frau Uhl stellt.

Zwischenfrage von Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Danke. – Nachdem Sie alle Punkte aufzählen konnten, die die Sozialdemokraten unter sich vereinbart haben, muß ich noch einmal zur Frage von Frau Hajduk sozusagen eine kleine Dienstleistung an den Koalitionspartner machen. Es fällt mir nach Ihren Aufzählungen tatsächlich schwer, herauszubekommen, wie Sie die Zwei-Drittel-Anrechnung der Gemeindesteuern für Hamburg ausgleichen wollen. Wenn Sie da nicht nur sagen würden, daß Sie das tun würden und werden, sondern wie das passieren soll, dann fände ich das auch für das Parlament nicht uninteressant.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde (fortfahrend): Diese Zwei-Drittel-Anrechnung werden wir ausgleichen, aber darüber verhandeln wir gegenwärtig munter, und wenn man an zwölf, 16 Stellschrauben dreht,

(*Rolf Kruse CDU:* Das ist doch auch 'ne Sache der Transparenz!)

dann ist das immer eine schwierige Angelegenheit. Das Entscheidende, Frau Uhl, ist die Vereinbarung, daß am Ende für alle Länder eine schwarze Null herauskommen soll. Deswegen war auch die Vereinbarung eines Korridors von plus/minus zwölf, wie wir sie in Wiesbaden erreicht haben, ein ganz entscheidender Schritt, denn nur so kommt man zu einem Ergebnis, da man sich dann nicht über die jeweilige Stellschraube zerstreitet. Ich werde auch nicht so unklug sein, Streit anzufangen, sondern diese Flexibilität muß man für Verhandlungen haben.

- B Aktuell sind wir bei den Fragen, wie es mit der Einbeziehung des Fonds Deutsche Einheit weitergeht, wie man das Ziel erreichen kann, dauerhaft 1,5 Milliarden DM zur Verfügung zu stellen, vorangekommen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen, die ich zusammen mit den Finanzministern von Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt beim Bundesfinanzminister geführt habe, hat sich ergeben, daß der Bund 1,499 Milliarden DM bis hin zu 1,5 Milliarden DM zur Verfügung stellen wird, und zwar so, daß sie dauerhaft wirken, also nicht nur für die Laufzeit des Fonds Deutsche Einheit, die ja begrenzt ist. Es geht nicht um den Austausch von gutem Geld gegen schlechtes Geld.

Ein wichtiger Punkt scheint mir auch zu sein, daß erreicht worden ist, daß der Bund 74 Prozent des Kindergeldes finanziert und die Länder und Gemeinden 26 Prozent.

(*Rolf Kruse CDU:* Das ist ja 'ne Frechheit vom Bund!)

Dieses ist ein wichtiger Punkt, der uns auch mehr Möglichkeiten läßt, den Aufgaben der Länder im Bereich der Kinderbetreuungsmöglichkeiten nachzukommen und sie zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk GAL)

Bei den nächsten Schritten wird es ernst, denn wir müssen in der nächsten Woche zu Ergebnissen kommen. Die Vorankündigungen von Herrn Koch ermutigen einen nicht gerade. Am 21. Juni und dem darauffolgenden Wochenende werden wir Länder zuerst untereinander, danach zusammen mit dem Bund in Berlin verhandeln, und ich hoffe, daß es gelingen wird, das eine oder andere Südländ – wenn möglich, natürlich alle – mit ins Boot zu bekommen,

wobei wir als zweitstärkstes Zählerland auch Interessenidentitäten mit den Südländern haben. Da gilt es dann auch, eine vermittelnde Rolle unsererseits einzunehmen.

Ich bin nach wie vor zuversichtlich, daß, nachdem alle gesagt haben, wir müssen beweisen, daß der Föderalismus handlungsfähig ist und was die Rolle des Föderalismus in Deutschland für Europa bedeutet, diesen Sonntagsreden dann Wochenenddaten in Berlin folgen werden.

(*Rolf Kruse CDU:* Die nur bis montags Bestand haben!)

Was Herrn Koch angeht, erinnere ich mich daran, daß im Vorfeld von Wiesbaden bei einigen das Säbelrasseln überwog, am Ende aber doch ein vernünftiges Ergebnis herausgekommen ist.

Wir sind noch nicht so weit, das Ganze in der Scheuer zu haben, aber ich bin froh, dieses mit der Unterstützung der Allianz aus Hamburg und auch mit Unterstützung und Rückendeckung des ganzen Hauses verhandeln zu können. Darum bitte ich Sie für die Zukunft, denn dann werden wir auch ein gutes Ergebnis erzielen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Waldhelm.

Michael Waldhelm CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, in einem muß ich Ihnen recht geben. Sie hatten festgestellt, daß die Debatte zunächst einmal akademisch gelaufen sei. Sie war sehr sachlich, und sie war in der Sache, bezogen auf die Arbeit der Enquete-Kommission, harmonisch. Und was Herr Kruse, Frau Kiausch und Frau Hajduk gesagt haben, war sicherlich richtig. Dann kamen Sie und meinten, das wäre vielleicht ein bißchen unpolitisch, und Sie sind dann richtig politisch geworden.

Unter anderem haben Sie gesagt, die drei Südländer wollten die Stadtstaaten schlachten. Das ist natürlich Quatsch, das wollten sie nicht. Dann haben Sie nach der Linie der Hamburger CDU dazu gefragt und Roland Koch zitiert. Es ist unredlich, so etwas zusammenzubringen.

(*Wolfgang Baar SPD:* Ja, na und!)

– Herr Baar, Sie und der Länderfinanzausgleich.

Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß wir vor drei Jahren hier eine Große Anfrage der Abgeordneten Kruse und Waldhelm debattiert haben. Die Aussagen von Herrn Kruse und von mir waren, daß dieser Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Ausrichtung ungerecht gegenüber Hamburg ist und geändert werden muß; das hat sich nicht geändert. Bitte messen Sie uns einmal daran, wie diese Linie von uns innerhalb der Enquete-Kommission und in den Debatten getragen wird, und zitieren Sie nicht jemand anderen. Wer hat denn übrigens die hessische Klage gegen die jetzige Regelung unterschrieben? Das war doch nicht Herr Koch, das war Herr Eichel.

(Beifall bei der CDU)

Und mit Herrn Eichel müssen Sie sich jetzt einigen und sehen, daß Sie etwas bekommen, was Sie vielleicht von den anderen auch bekommen hätten, denn eines muß ich sagen: Ihre Strategie bisher war publizistisch recht ordentlich begleitet.

Inhaltlich war sie ängstlich und defensiv. Ich habe es nie verstanden, warum Sie sich mit elf Schwachen verbündet

C

D

(Michael Waldhelm CDU)

- A haben, anstatt mit drei Starken als Makler – so Herr Kruse – zu verhandeln.

(Rolf Kruse CDU: Ehrlicher Makler!)

Auch der ehrliche Makler bekommt Provision. Wir wollten mehr haben, und das hätten wir bekommen können, wenn wir mit den Starken verhandelt und uns nicht mit den Schwachen vereint hätten. Dann wären wir wahrscheinlich schon sehr viel weiter als jetzt.

Man hatte als Beobachter wirklich teilweise das Gefühl, Sie schauten immer nur nach Süden, was dort passieren würde. Das ist wie das berühmte Kaninchen, das auf die Schlange sieht: Defensiv abwarten, daß nichts passiert. Das hat man an Ihrer Strategie auch gemerkt.

Wir haben vor vierzehn Tagen – bezogen auf Hamburg – über die Bertelsmann-Stiftung diskutiert. Die Bertelsmann-Stiftung hat tatsächlich auch einmal etwas zum Länderfinanzausgleich geschrieben. Eine der Kernaussagen war – ein gewisser Jost Stollmann hat das geschrieben –, daß die 135-Prozent-Regelung für die Stadtstaaten fallen muß.

Dann gab es ein hier schon viel zitiertes Gutachten, in dem auch diese Regelung in Frage gestellt wurde. Das paßte natürlich wunderbar in Ihre Strategie hinein: Jetzt bauen wir einen Popanz auf. Wir werden von außen bedroht, die wollen uns die 135 Prozent wegnehmen, da ist Gefahr im Verzuge. Diese 135 Prozent wurden zu einem Zeitpunkt penetriert, als es schon vielen Insidern längst klar war, daß die 135 Prozent sicher sind und die Frage nur hätte lauten müssen: Wie können wir mehr bekommen? Darüber waren sich alle einig, daß diese 135 Prozent die untere Grenze waren.

- B (Dr. Monika Schaal SPD: Wie kommen Sie denn darauf?)

Wie diese 135 Prozent früher zustande gekommen sind, wissen wir auch; das ist einmal ausgehandelt worden. In der Zwischenzeit sind wir aber weitergekommen. Wir haben festgestellt, daß 135 Prozent die untere Grenze sind und wir weiter nach oben gehen können. Was macht Hamburg? Es versucht, diese 135 Prozent zu retten, und ist froh, wenn das erreicht wird. Dann sagen alle: wunderbar!

In der Zeit haben wir aber andere Themen aus den Augen verloren. Die volle Einbeziehung der Gemeindesteuer war eine Gefahr, die die ganze Zeit bestand. Das hätte uns gut 500 Millionen DM gekostet. Wir haben gehört, daß man sich wahrscheinlich bei circa Zweidrittel einigt. Aber auch das kostet uns 200 Millionen DM mehr. Sie sagten, das würde ausgeglichen. Als ob es uns so leichtfällt, 200 Millionen DM auszugleichen. Ich hätte erwartet, daß mehr um diesen Punkt gekämpft wird.

Wir haben akzeptiert, daß wir auch künftig keine Bundesergänzungszuweisungen bekommen und daß wahrscheinlich die Hafenlasten entfallen. Aber die Hauptsache ist, wir haben 135 Prozent! Wir haben ein Ziel erreicht, von dem Sie vorher wußten, daß Sie es sowieso erreichen würden,

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

und haben es als Erfolg verkauft.

(Elisabeth Kiausch SPD: Wir haben gar nichts!)

Herr Bürgermeister, Sie haben auf den 21. Juni hingewiesen und Zuversicht geäußert, daß dann die Hamburger

Ziele auch erreicht werden. Wir hoffen, daß Ihre Zuversicht berechtigt ist. C

Frau Hajduk hat daran Zweifel geäußert. Wahrscheinlich sind Zweifel erlaubt. Wir warten den 21. Juni ab und werden Sie dann daran messen, was dabei herausgekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dr. Nümann-Seidewinkel.

Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Verlaub, Herr Waldhelm, was Sie eben erzählt haben, war mir doch zu sehr neben der realen Situation, so daß ich mich gemeldet habe.

Sie sagen, es sei falsch, daß die Südländer die Stadtstaaten schlachten wollten. Genau das ist der Fall! Ich kann nur zitieren, was Ministerpräsident Teufel vor dem Bundesverfassungsgericht dem Sinne nach gesagt hat:

„Stadtstaaten, die nicht überlebensfähig sind, müssen dann von der Landkarte verschwinden.“

Es war Bürgermeister Scherf, der gesagt hat:

„Nur Napoleon und Hitler haben versucht, Bremen von der Landkarte verschwinden zu lassen. Nun versuchen Sie das, Herr Teufel!“

So war die emotionale Lage vor dem Bundesverfassungsgericht. Und Sie sagen, das stimmt nicht. Dabei ist dies erst eineinhalb Jahre her. D

Es ist immer über eine Änderung des Länderfinanzausgleiches gesprochen worden. Darunter sollen natürlich die Ostländer nicht leiden – dahin gehen aber über 80 Prozent des Ausgleichs. Wer soll aber dann unter Änderungen leiden? Die Stadtstaaten sollten das sein! Genau das ist die Vorstellung der Südländer.

Sie dürfen auch nicht vergessen, daß wir auf der Grundlage eines Großstadtvergleiches nach der Ifo-Methode, die zweimal vom Bundesverfassungsgericht anerkannt wurde, ein Gutachten haben erstellen lassen. Frau Hummel, die das Gutachten für die drei Stadtstaaten erstellt hat, ist diejenige, die diese Methode bereits früher für das Ifo-Institut angewandt hat und die – wie bereits gesagt – vom Bundesverfassungsgericht akzeptiert worden ist.

Was aber machen die drei Klageländer? Sie beauftragen das Ifo-Institut. Dieses darf aber nicht mit der alten Methode arbeiten, sondern muß sich eine neue ausdenken, um zu anderen Zahlenergebnissen zu kommen. Das Ergebnis sollte bereits im September vergangenen Jahres vorliegen; statt dessen ist es erst im Januar oder Februar vorgelegt worden, weil alle Zahlenmodelle offensichtlich zu einem Ergebnis gekommen sind, das den Klageländern nicht paßte. Und in dieser Situation erzählen Sie uns, daß wir mit diesen Ländern, die uns wirklich an die Gurgel wollen, zusammengehen sollen. Es tut mir leid, aber das ist völlig unverständlich und falsch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum Thema Gemeindefinanzkraft: Beim Länderfinanzausgleich gibt es viele Stellschrauben,

(Rolf Kruse CDU: Schreckschrauben!)

(Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel)

- A und so sind zur Zeit auch acht Modelle in der Diskussion. Sie haben recht, die Gemeindefinanzkraft ist ein wichtiger Punkt. Wir haben unser Interesse bei der Anrechnung immer deutlich gemacht, um bei den Steuern auf einen Kompromiß von 50 Prozent zu 90 Prozent bei den Gemeinschaftssteuern zu kommen, weil das für uns günstiger ist. Das sage ich auch immer so offen: Es macht deutlich, wie stark wir als Kommune sind, so daß die Anrechnung für Hamburg von Interesse ist. Für die anderen ist es weniger wichtig. Also müssen wir sehen, wie wir zu einem Kompromiß kommen.

Ich sage immer: Ich habe ein tolles Modell, ich könnte es auch vorstellen. Ich habe aber nur ein Problem damit, ich bin die einzige, die dieses Modell unterstützen würde, weil es nur für Hamburg gut ist. Die Problematik besteht darin, daß wir im Bundestag und im Bundesrat eine Mehrheit bekommen müssen. Es liegt noch ein schwieriger Weg vor uns. Der Bürgermeister hat in seinen Reden im Rahmen der Allianz für Hamburg und vor der Presse immer gesagt: Sicher sind wir uns erst dann, wenn beide Gesetze, sowohl das Maßstäbengesetz wie auch das Finanzausgleichsgesetz, durch den Bundestag und den Bundesrat sind und veröffentlicht wurden. Vorher nicht!

Bis es soweit ist, liegt noch ein schwieriger Weg vor uns. Im Moment sind alle ziemlich nervös, weil es zum Showdown geht. Es ist so wie im Western, wenn man auf der Straße steht, die Hände lockert und schaut, wer als erster zur Pistole greift. Das ist die derzeitige Spannung. Wir werden in einer oder in zwei Wochen mehr wissen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rolf Kruse CDU:* Herr Präsident, Herr Bürgermeister! Es ist bei diesem Thema manchmal ein wenig lästig, wenn Sie die „Bild“-Zeitung vorlesen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Nicht nur bei dem Thema!)

Daß Roland Koch das im Augenblick erzählt, ist doch ganz normal. Die Lage ist auf allen Seiten staatsrechtlich gesehen wirklich nicht so erfrischend. Ich würde eher der „Bild“-Zeitung sagen: Es war ein gutes Thema, abgehakt, morgen sehen wir weiter.

(Zuruf von Wolf-Dieter Scheurell SPD)

– Herr Scheurell, wenn Sie alles verfolgt haben, werden Sie eines zugeben. Ich glaube, die Enquete-Kommission hat in der Summe – inklusive der Mitarbeit der CDU-Fraktion und der von uns benannten Sachverständigen – die Position Hamburgs nicht nur theoretisch, sondern mit vielen Argumenten gestärkt. Weil das so ist, haben auch die Koalitionsfraktionen völlig zu Recht den Senat gebeten, einige Dinge zu gegebener Zeit dem Parlament zu erklären.

Lassen Sie mich einen letzten Satz zum regionalen Wettbewerb sagen, weil mich das einfach ärgert. Wer hat denn keinen Wettbewerb? Wir klagen über einen Bürgermeisterwettbewerb und über den sehr intensiven Wettbewerb bei der Höhe der Gewerbesteuer.

(Zuruf von Anja Hajduk GAL)

– Die Gewerbesteuer ist doch erkennbar eine Steuer, Frau Hajduk. Diese Differenz ist mit den Zu- und Abschlägen

weiß Gott höher, als jemals bei der Einkommensteuer debattiert wurde.

Ich hoffe eigentlich auf etwas anderes: Daß uns die Wahrnehmung der hamburgischen Interessen gelingt. Die liegen ad minimum bei 135 Prozent, was niemand bestritten hat. Wir müssen Parameter gewinnen, die es für die Zukunft leichtermachen, die Parlamentsarbeit auch politisch verantwortlich deutlich zu machen.

Meine lieben Freunde von der SPD, der Hinweis auf die Europäische Union und die Region ist ein wenig komisch. In der Region ohne einheitliche Regierung gibt es jede Wettbewerbsverzerrung, die denkbar ist. Deswegen sind die bisherigen Regionen in Deutschland die Bundesländer. Jede andere müßte dann neu gegliedert werden. Denken Sie einmal nach, sonst werden wir nie etwas.

Die CDU ist in diesem Sinne nach der Enquete-Kommission der Hoffnung, daß der Senat nur mit der schwarzen Null kommt. Wenn nicht, dann hat er verloren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag aus der Drucksache 16/6185 abstimmen. Wer möchte denselben annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig so beschlossen. Im übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Bevor ich nunmehr zu Tagesordnungspunkt 45 komme, gebe ich das **Ergebnis der Wahl** bekannt. Es wurden 101 Stimmzettel abgegeben, alle sind gültig. Auf Frau Christina Keil entfielen 84 Ja-Stimmen bei zehn Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen. Damit ist Frau Keil gewählt worden.

Ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 45: Drucksache 16/6019: Antrag der CDU-Fraktion zum Thema zukünftige Lehrerversorgung an Hamburger Schulen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Zukünftige Lehrerversorgung an Hamburger Schulen
– Drucksache 16/6019 –]**

Wer wünscht das Wort? – Der Abgeordnete Beuß hat es.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf Hamburgs Schulen kommen in den nächsten Jahren weitere, nur schwer zu lösende Probleme zu. Kurz gesagt: Uns gehen die Lehrer aus. Es entsteht ein Versorgungsgap erster Güte.

Problem Nummer eins: In den nächsten zehn Jahren wird fast die Hälfte aller Hamburger Lehrer pensioniert. Das sind fast 7500 Stellen, die wieder neu besetzt werden müssen. In den nächsten vier Jahren müssen gleichzeitig 760 Stellen und ab 2006 – nach den heutigen Berechnungen – 810 Stellen neu besetzt werden.

Problem Nummer zwei: Die Zahl der Studienanfänger im Fachbereich Erziehungswissenschaft für die Lehrämter sinkt kontinuierlich. Diese Zahl lag 1994 noch bei 1202 Studenten, 1999 bei lediglich 887 Stellen.

Problem Nummer drei: In den nächsten vier Jahren wird sich die Schülerzahl weiter nach oben entwickeln, sie wird um circa 5745 Schüler zunehmen. Erst ab 2006 wird ein Rücklauf einsetzen. Gleichzeitig greift dann aber wieder das von mir aufgeführte Problem Nummer eins, daß wir nämlich mit einer gigantischen Pensionierungswelle rechnen müssen. So verschärft sich diese Problematik. Die

(Wolfgang Beuß CDU)

- A Schere zwischen Angebot und Nachfrage wird immer weiter auseinanderklaffen.

Schon jetzt ist die Unterrichtsversorgung trotz aller Gesundheitsbeterei durch Rotgrün nicht immer rosig.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ab wann ist sie denn rosig?)

Stichwort Unterrichtsausfall. 4,4 Prozent der zu erteilenden Stunden mußten im Untersuchungszeitraum vertreten werden; 3,1 Prozent der Stunden fielen ganz aus. Das heißt, in Hamburg fallen Woche für Woche 10 000 Unterrichtsstunden ersatzlos aus. Das ist ein Fakt, den man hier nicht schönreden darf.

Stichwort Frühpensionierungsrate. Der Anteil der Lehrer, die schon vor dem Erreichen der Altersgrenze pensioniert werden, liegt bei circa 94,5 Prozent. Ich möchte hier einmal feststellen: Nicht alle Lehrer – so hat es Ihr Bundeskanzler gesagt – sind faule Säcke

(Barbara Duden und Walter Zuckerer, beide SPD: Nicht alle!)

– nicht alle, da gebe ich Ihnen recht –, sondern es ist ein verdammt schwerer und harter Job, der zu erledigen ist und der so manche Kollegen vorzeitig in die Knie zwingt.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Abgeordnete haben es viel schwieriger!)

In der Lehrerversorgungsperspektive stehen also die Zeichen auf Signalrot. Es ist meines Erachtens nicht fünf vor zwölf, sondern es ist fünf nach zwölf. Das ist für die Bildungsperspektive unserer jungen Menschen mehr als schlecht.

- B Einige Probleme sind meines Erachtens hausgemacht. Seit 1997 sind im Bildungsetat dieser Stadt 36,3 Millionen DM eingespart worden. Das entspricht ungefähr 300 Stellen. Das schafft schlechte Rahmenbedingungen.

Erinnert sei auch an die leidige Diskussion der Dreiviertelstellen und der Verbeamtung. In dieser Phase sind uns viele junge, gut motivierte Kollegen weggelaufen. Ich erinnere an die zusätzliche Belastung zum Nulltarif, die den Kollegen durch die Schulprogramme aufgebürdet worden ist.

Ich erinnere an die Etablierung der Verlässlichen Halbtagsgrundschule, die zum Nulltarif auf dem Rücken der Lehrer ausgetragen worden ist.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ich leide heute noch darunter!)

– Durch Ihre Zwischenrufe wird die Situation dort nicht besser.

Die Streichung der Altersermäßigung ist ein weiteres Faktum. Die Erhöhung des bedarfsdeckenden Unterrichts für Referendare auf sechs Stunden hat in den Schulen teilweise zu unheimlichen organisatorischen Schwierigkeiten geführt.

(Farid Müller GAL: Mein Gott!)

Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrer, die Sie mit Ihrer Mehrheit hier beschlossen haben, hat in den letzten Jahren auch nicht gerade die Motivationslage von Lehrern erhöht. Ich könnte diesen Katalog noch stundenlang fortsetzen.

Insgesamt haben Sie von Rotgrün damit ein miserables Klima, das auch die Schüler jeden Tag leibhaftig miterleben

müssen, in den Schulen geschaffen, das auch nicht sonderlich dazu beiträgt, diesen verantwortungsvollen Beruf zu übernehmen. Siehe die Entwicklung der Studentenzahlen, die ich schon angeführt habe.

Bis heute haben Sie kaum eine geeignete Initiative oder Maßnahme vorgelegt, um das Ruder in dieser problematischen Situation herumzureißen. Die Reform der Lehrerbildung, die wichtig und richtig ist und auf den Weg gebracht werden muß, wird aber leider erst langfristig greifen. Sie wird unsere kurz- und mittelfristigen Versorgungsprobleme in den Schulen nicht lösen.

Die jetzt geplanten Kapazitätserhöhungen im Studienseminar sind mehr oder weniger ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn mittelfristig wird durch die sinkende Zahl der Lehramtsstudenten auch die Zahl der Referendare zurückgehen. Da kann man noch so viele Seminare einrichten, wenn keine Nachfrage durch Referendare mehr vorhanden ist, dann gibt es ein Problem. Die Folge unter dem Strich wird sein, daß wir in Zukunft immer weniger Lehrer in dieser Stadt zu erwarten haben.

Wir hatten vor einiger Zeit in einer Großen Anfrage den Senat gefragt, welche Möglichkeiten er zur Verbesserung der Lehrerversorgungssituation sehe. Darauf nun zu antworten, man würde sich auf den Standort Hamburg verlassen, ist nicht nur arrogant, sondern es zeigt, daß man in Kenntnis der Problematik völlig unrealistisch denkt.

Auch die trilaterale Arbeitsgruppe, die für diese Fragen zwischen den norddeutschen Bundesländern eingerichtet wurde, ist auf dem Papier zwar schön, aber unter dem Strich – das wissen wir alle – ist sich letztlich dann doch jeder selbst der nächste, denn wir haben in der Vergangenheit immer wieder erlebt, wie Lehrer durch attraktive Angebote aus anderen Bundesländern abgeworben wurden. Mit dem Verteilen – so in der damaligen Großen Anfrage angeführt – von Werbeprospekten für den Lehrerberuf ist es meines Erachtens auch nicht getan.

Sie haben durch Ihre verfehlte Bildungs- und gleichzeitige Sparpolitik in Hamburg den schulpolitischen Karren reichlich in den Dreck fahren lassen. Auch auf dem Rücken von Lehrern und Schülern haben Sie in den letzten Jahren versucht, die Folgen Ihrer jahrzehntelangen verfehlten Finanzpolitik für die Stadt zu beheben. Eine Folge davon ist, daß wir jetzt mehr als jemals zuvor erhebliche Probleme in allen Bereichen der Schulpolitik haben.

Die Lehrerknappheit ist kein ausschließlich isoliertes Problem, sondern die Folge einer generell untauglichen, ungeeigneten Schulpolitik der letzten Jahre in Hamburg, die ausschließlich Sie hier zu vertreten haben. Es ist, leider Gottes, wahr, eine echte SPD- und inzwischen auch GAL-Hamburgensie.

Es gibt sicherlich keinen Königsweg, wie wir die Lehrersituation – die Lehrerpensionierungswelle, die Deckung der offenen Stellen – durch kurz- und mittelfristige Maßnahmen kompensieren können. Eines ist aber klar: Aussetzen oder ignorieren können wir die Lösung nicht, sondern wir müssen jetzt handeln, denn der Handlungsdruck ist riesig. Wenn wir jetzt nicht die Weichen stellen, dann wird es für die Schulversorgung in Hamburg sehr problematisch.

Unsere vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aber wir brauchen für bestimmte Schwerpunkte einfach eine Zielsetzung. Ich denke, die Diskussion in dieser Stadt muß deshalb auch hier im Parlament endlich losgehen.

C

D

(Wolfgang Beuß CDU)

- A Wir brauchen insbesondere eine Regelung für die Quereinsteiger in den Lehrerberuf. Wir brauchen Auswahlkriterien, nach denen diese Berufstätigen in den Schulen eingesetzt werden können. Wir brauchen geeignete Qualifizierungsinstrumente, um diese zukünftigen Kollegen fit zu machen, damit sie mit Kindern und Jugendlichen gut umgehen und arbeiten können. Wir brauchen eine vernünftige Rückholaktion von ehemaligen Referendaren.

Hierzu muß ich sagen, daß der Senat offensichtlich keinen Überblick darüber hat, wer in dieser Stadt vor einiger Zeit ein Referendariat gemacht hat. Daß diese Menschen nicht offensiv von der Behörde angesprochen werden, empfinde ich als Manko. Diejenigen, die davon betroffen sind, fühlen sich letztendlich auch allein gelassen.

Wir brauchen vernünftige Wiedereinstiegsprogramme für beurlaubte Lehrerinnen und Lehrer. Wir brauchen eine vernünftige Zulagenregelung in beruflichen Schulen und in den Mangelfächern, weil sonst nämlich durch attraktive Angebote durch andere Bundesländer die Menschen, die hier ausgebildet wurden und die teilweise hier gern arbeiten würden, abgeworben werden. Wir brauchen auch dringend Beförderungssämter in Haupt- und Realschulen. Es kann nicht angehen, daß dort Leitungs- und schwierige Funktionsaufgaben in der Koordination mit einer überhaupt nicht einhergehenden Beförderung ausgeübt werden, sondern es müssen vielmehr auch die Möglichkeiten der Beförderungssämter aus den Bereichen der Gymnasien, beruflichen Schulen und Gesamtschulen für die verantwortungsvolle Tätigkeit in den Haupt- und Realschulen gelten.

- B Wir brauchen für diesen Beruf eine vernünftige Werbung auch unter den Schülern, die letztlich bei den Lehrern selbst anfängt. Warum hat der Lehrerberuf in den letzten Jahren – man merkt es auch hier im Parlament – ein immer schlechter werdendes Image erhalten? Ich glaube, dieser Frage darf nicht bauchmäßig, sondern vielmehr mit wissenschaftlichen Untersuchungen auf den Grund gegangen werden.

(Oh-Rufe bei der SPD und der GAL)

Sie sollten nicht nölen, sondern handeln. Die wissenschaftliche Auswertung einer entsprechenden Umfrage zum Beispiel durch die Universität könnte ein wenig Klarheit bringen. Ich habe vorhin gesagt, daß ich nicht glaube, daß alles von uns hier Vorgelegte nun der Stein der Weisen sei,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ach, was denn?)

aber wir sollten jetzt anfangen. Von Ihnen habe ich bisher außer dem jetzigen Herumgetöse dazu herzlich wenig gehört.

Wir brauchen eine Berichtspflicht an die Bürgerschaft über die Weiterentwicklung der Stellenbesetzungen beziehungsweise über die Studienzahsentwicklungen an den Fachbereichen, um eine vernünftige mittelfristige Planung in der Lehrerversorgung gewährleisten zu können.

Ich fasse zusammen.

(Günter Frank SPD: Nein! Wir haben schon verstanden!)

Meine Fraktion und ich empfinden die mittel- und langfristige Versorgungssituation mit Lehrern als ernst. Bildung ist ein hohes Gut, es muß gepflegt und weiterentwickelt werden. Und ohne Lehrer geht es nun einmal nicht. Lehrer drohen in dieser Stadt zu einer Mangelware zu werden.

Letztlich ist diese Auseinandersetzung für einen Parteienstreit ungeeignet, weil dieses Problem für unsere Stadt sehr bedeutungsvoll werden wird. Ich hoffe, daß wir deshalb hier, bevor das Kind gänzlich in den Brunnen gefallen ist, eine vernünftige Zusammenarbeit im Interesse der Ausbildung unserer jungen Leute in dieser Stadt finden werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem Abgeordneten Frank das Wort gebe, möchte ich anmerken: Die Anzahl der Anwesenden ist gelegentlich proportional der Aufmerksamkeit. Ich bitte, das bei dem nächsten Redner zu berücksichtigen.

Günter Frank SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Beuß, wenn ein junger Abiturient nicht ganz ausschließen will, einmal Lehrer zu werden, und Sie ernst nehmen würde, würde er dieses nach Ihrem Beitrag mit Sicherheit nicht mehr tun. Wenn Sie diesen Arbeitsbereich weiterhin als so fürchterlich beschreiben, wie Sie es von Sitzung zu Sitzung tun, dann gehören Sie mit zu denen, die diesen Beruf geradezu schlechtreden, was Sie wiederum anderen vorhalten. Nach einem solchen Beitrag wird niemand mehr diesen Beruf ergreifen.

(Wolfgang Beuß CDU: Deswegen muß das geändert werden! Sie haben das zu verantworten, Herr Frank!)

Bevor Sie beim Thema Image und Attraktivität mit dem Finger auf die Behörde oder auf sonst wen zeigen, fangen Sie erst einmal bei sich selbst an. Tragen Sie mit Ihren Beiträgen zur Imageverbesserung und zur Attraktivitätssteigerung dieses Berufes bei und unterlassen Sie solche fürchterlichen Beiträge.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten haben Sie uns mit Ihrem Antrag geradezu einen Gefallen getan, weil er uns Gelegenheit gibt, einmal deutlich zu machen, was Hamburg in diesem Bereich alles geleistet hat und warum Hamburg auch im Bereich der Lehrerversorgung besser dasteht als die anderen Bundesländer. Ich befasse mich jetzt weniger mit Ihrem Beitrag, sondern mit Ihrem Antrag.

In dem Vorwort Ihres Antrages steht interessanterweise – ich zitiere –:

„Nur wenn Bildung politische Priorität hat und wieder mehr in Bildung investiert wird ...“

Lieber Herr Beuß! Alle in dieser Stadt wissen, aber Sie offenbar nicht, daß Bildung in Hamburg eine sehr hohe Priorität hat und hier mehr investiert wird als in jedem anderen Bundesland.

(Wolfgang Beuß CDU: Nein, weiß Gott nicht! Sie haben gespart!)

Das wissen Sie selbst auch sehr genau.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg ist das Bundesland, das pro Schüler mehr ausgibt als jedes andere Bundesland. In Hamburg wird mehr investiert als anderswo. Das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das ist eine bewußte politische Entscheidung der rotgrünen Koalition. Weil sich dieses von Sitzung zu Sitzung wiederholt – weil wir im Wahlkampf sind, ist es ein wenig zu verstehen –,

C

D

(Günter Frank SPD)

A (Elke Thomas CDU: Den hätten wir nicht gebraucht!)

werden Ihre Anträge insofern allmählich ziemlich langweilig. Suchen Sie sich doch bitte andere Politikfelder. Das tun Sie ja auch, aber im Bereich Bildung und der Lehrerversorgung ist Hamburg nicht zu schlagen.

(Hartmut Engels CDU: Das müssen Sie woanders erzählen!)

Was die schöne Stadt Hamburg als Standort für den Lehrerberuf angeht – damit sind wir auch bei Ihrer Forderung einer Imageverbesserung und Attraktivitätssteigerung –, so kann man Abiturienten, jedem Referendar und jeder angehenden Lehrerin folgendes sagen, und das ist eine sehr gute Werbung für unsere Stadt:

Erstens: Hamburg hat – das habe ich schon gesagt – die beste Lehrerversorgung aller Bundesländer.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Aller Zeiten! – Zuruf von Hartmut Engels CDU)

Das heißt in der Praxis konkret, Herr Engels, daß die Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg in ihren Klassen weniger Schüler haben als die Kollegen in anderen Bundesländern. Kleine Klassen sind für die Lehrerschaft ein wichtiger Faktor und ein Plus für Hamburg.

(Hartmut Engels CDU: Durchschnittswerte!)

– Natürlich sind das immer durchschnittliche Größen. Trotzdem sind im Durchschnitt in den Hamburger Klassen weit weniger Schüler als in anderen Bundesländern. Da nützt Ihr Geschrei jetzt auch nichts.

B Zweitens: Die Hamburger Schulen arbeiten insbesondere auch im Medienbereich mit einer attraktiven Ausstattung und mit zukunftsbezogenen Inhalten und Konzeptionen. Hamburg ist ein reformfreudiges Bundesland und hat die Schulen auf die Anforderungen der nächsten Jahrzehnte gut vorbereitet.

Drittens: Die Hamburger Lehrer verdienen insbesondere im GHR-Bereich, also im Grund-, Haupt- und Realschulbereich,

(Hartmut Engels CDU: Was heißt insbesondere?)

mehr Geld als ihre Kollegen in anderen Bundesländern. Ist das nichts?

Viertens: Andere Bundesländer wie beispielsweise Berlin haben – darüber haben wir heute schon sehr ausgiebig debattiert – ihr Konsolidierungsprogramm im personellen Bereich noch vor sich, während Hamburg solche gewaltigen und erfolgreichen Anstrengungen unternommen hat, daß wir mit dem Sparen im personellen Bereich aufhören können. Im kommenden Schuljahr wird Hamburg – natürlich auch mit Blick

(Wolfgang Beuß CDU: ... auf die Wahlen!)

auf die sogenannten Mangelfächer – circa 600 neue Lehrer einstellen.

Mit den wachsenden Schülerzahlen – jetzt hören Sie ganz genau zu – wird die Behörde in der nächsten Legislaturperiode wieder zusätzliche Lehrer einstellen. Das können Sie dem SPD-Wahlprogramm entnehmen. Für das Bundesland Hamburg ist das eine sehr attraktive Situation. Andere Bundesländer, gerade auch CDU-geführte, sind in einer völlig anderen Situation.

Fünftens: Hamburg hat die Plätze im Studienseminar seit 1999 um 135 Stellen ausgeweitet.

C Schließlich und sechstens hat Hamburg als erstes Bundesland eine Reform der Lehrerbildung eingeleitet, um die Ausbildung, aber auch die Ausübung dieses Berufes attraktiver zu gestalten. Soviel zum Thema Image und Attraktivität. Da ist Hamburg, Herr Beuß, nicht zu schlagen. Sie können hier noch so viel reden.

Das, was Sie in Ihrem Antrag als Maßnahmen vorschlagen, wird doch längst gemacht. Es ist schon erstaunlich, daß Sie das nicht wissen. Stichwort: Quereinsteiger. Erstens wird es jetzt schon gemacht, zweitens ist das natürlich auch in Zukunft zu verstärken. Die Rückholaktionen und das Programm zur Wiedereingliederung werden gemacht; zur Imageverbesserung habe ich einiges gesagt. All das ist doch nicht neu. Bis 2005 wird es in Hamburg in diesem Sinne keinen Lehrermangel geben.

Wenn es aber richtig ist – insofern hat Ihr Antrag natürlich auch ein wichtiges Thema aufgegriffen –, daß sich die Tendenzen in den sogenannten Mangelfächern und spezifischen Bereichen, zum Beispiel dem Berufsschulbereich, verstärken und ab 2005 die Zahl der neu ausgebildeten Lehrkräfte allein nicht ganz ausreicht, um die Schulen mit qualifizierten Lehrkräften bedarfsgerecht zu versorgen, dann bin ich mir sicher, daß Hamburg auch diese Herausforderung mit all den Maßnahmen, die jetzt schon eingeleitet worden sind und noch eingeleitet werden, bestehen wird. Hier begrüßen wir insbesondere auch die enge Kooperation zwischen Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, ein gutes Beispiel norddeutscher Zusammenarbeit. Das Thema Lehrerversorgung wird, wie Sie hier von uns auch hören, sehr ernst genommen und auch angepackt. Auf die leichte Schulter genommen werden kann und darf dieses Thema nicht. Es wird in Zukunft auch darauf ankommen, die jungen Menschen für den Lehrerberuf zu begeistern. Sie haben recht, Herr Beuß – und damit komme ich noch einmal zum Beginn meiner Rede –, dazu gehört auch eine Imageverbesserung dieses Berufes, der seit langer Zeit von vielen Seiten geradezu schlechtgeredet worden ist. Wenn man Ihren Antrag sieht, dann trägt dieser nicht gerade dazu bei, diesen Beruf zu ergreifen.

D Ich möchte zum Schluß noch einmal zum Ausdruck bringen, daß Hamburg für den Lehrerberuf ein sehr attraktiver Standort ist, daß dieser Beruf ein anspruchsvoller, aber sehr schöner Beruf ist, den man in dieser Stadt mit viel Engagement und Freude ausüben kann. Machen Sie also diesen Bereich nicht so schlecht, und nach der Wahl haben Sie in der Opposition ausreichend Gelegenheit dazu. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfgang Beuß CDU: Nicht so defätistisch!)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten de Lorent.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Noch ein Lehrer!)

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war ein bißchen vorauszusehen, daß ein Antrag zu einem solch wichtigen Thema in Wahlkampfzeiten ziemlich verbrannt ist, so daß nur schwer eine vernünftige Debatte herzustellen ist, obwohl in der Tat auf diesem Gebiet eine intelligente Politik nötig wäre.

(Heiterkeit bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Mit Verlaub, Herr Kollege Beuß und meine Damen und Herren von der CDU, es war schon interessant, daß Sie

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

- A hier einen Brandantrag für Priorität Bildung auf den Tisch legen, eine Brandrede dazu bei acht anwesenden CDU-Abgeordneten halten, während Sie geredet haben, von denen dann fünf geklatscht haben. Wenn das die Verve ist, mit der die CDU im Wahlkampf für Priorität Bildung eintreten will, dann sagt uns das einiges.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es wird Sie nicht wundern, daß wir diesem Antrag

(Zuruf von Hartmut Engels CDU)

– warten Sie mal ab, ich komme noch zu einigen Punkten, die Sie begeistern werden, Herr Engels –, der ein bißchen eine Mischung aus GEW und Deutscher Lehrerverband, Wortgeklingel und halbgaren Maßnahmen ist, wenn man das einmal zusammenfaßt, nicht zustimmen. Was mich in der Tat zunehmend aufregt – in dem Punkt stimme ich dem Kollegen Frank zu, ich stimme ihm in einem wesentlichen Punkt nachher nicht zu –, ist dieses Gejammere über bestimmte Belastungen von Lehrern. Wenn Sie als ein Beispiel anführen, daß Lehrer jetzt Schulprogramme entwickeln, und das als das große Drama hinstellen, dann kann ich das ernsthaft nicht verstehen. Ich finde, das ist geradezu eine Errungenschaft,

(Dr. Holger Christier SPD: Genau! Macht Spaß!)

daß sich Schulen und Kollegien gemeinsam darüber Gedanken machen, was sie eigentlich wollen, wohin sie wollen, und das mit Eltern und Schülern besprechen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Natürlich macht das Arbeit, aber die ist notwendig. Es ist viel zu lange – auch an Hamburger Schulen – vor sich hingewurschtelt und -gewerkelt worden, und das ist in dieser Frage und auch in der Frage der Grundschularbeit beendet. Da muß man Kraft und Arbeit investieren, und darüber kann man nicht jammern.

(Hartmut Engels CDU: Der Mehrarbeitsspezialist der GEW sagt das!)

Ich lese meine alten Artikel mit Begeisterung, und ich werde gleich noch daraus zitieren.

(Oh-Rufe bei der CDU)

Warten Sie es ab.

(Hartmut Engels CDU: Jede Kleinigkeit haben Sie als Mehrarbeit gegeißelt!)

Da war ich aber GEW-Vorsitzender und hatte noch nicht die Weisheit eines Parlamentariers in diesem Hause.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich komme noch auf meine alte Position, die auch heute noch meine ist, zurück.

Lassen Sie mich kurz mit Ihrem Antrag beschäftigen, denn darum geht es eigentlich und nicht so sehr um die Artikel, die ich in der Vergangenheit geschrieben habe und zu einem großen Teil immer noch interessant und lesenswert finde.

Der Kollege Frank hat schon zu einigen Maßnahmen etwas gesagt. Ich finde, insgesamt ist es wirklich ein Potpourri von relativ untauglichen Dingen, zum Beispiel eine Rückholaktion ehemaliger Referendare, die in anderen Bundesländern sind. Wie will man eine Altbewerberkartei der Leute herstellen, die hier einmal ausgebildet worden sind?

Der Wiedereinstieg ausgeschiedener Kolleginnen, die im Erziehungsurlaub sind, ist eine ausgereizte Angelegenheit. Besonders problematisch

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, ja!)

finde ich Ihren Vorschlag – darüber haben wir noch nie diskutiert –, Zulagen an Referendare an Berufsschulen zu bezahlen. Auf welcher Grundlage soll das möglich sein? Und Beförderungssämter im GHR-Bereich? Ich denke, man könnte insgesamt darüber reden, ob es Sinn macht, alle Lehrer immer von Anfang an nach A 13 zu besolden

(Heiterkeit bei der CDU)

und sie lebenslang darin zu belassen.

(Hartmut Engels CDU: Das sage ich Frau Ahrons!)

– Moment, Moment. Bevor das „Hamburger Abendblatt“ und die CDU mich morgen zitieren, daß ich für eine Eingangsbesoldung bei A 9 bin. Das ist nicht das Problem. Ich habe mit Herrn Meyer schon häufig darüber geredet. Der versteht mich nicht falsch, aber bevor Sie es falsch zitieren – das ist nicht das Problem –, aber ein Problem ist es in der Tat, daß man mit 27 Beamter auf Lebenszeit wird, in einer Besoldungsgruppe bleibt und das bis ans Ende seiner beruflichen Zeit. Darüber nachzudenken, das lohnt sich schon, aber das in diesen Zusammenhang zu bringen, halte ich wirklich nicht für sinnvoll.

(Beifall bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, bevor Sie jetzt zu sehr klatschen, möchte ich doch wenigstens in einem Punkt mir und alten Artikeln und Positionen treu bleiben. Die Frage der Lehrerversorgung und der Einstellungspolitik in Hamburg ist aus meiner Sicht in den letzten zehn Jahren in der Tat kein Ruhmesblatt. Was mir damals fehlte und heute fehlt, ist eine vernünftige, valide, langfristige Lehrer-Bedarfsprognose. Es gibt einen klugen Mann hier in diesem Hause, der heute nicht da ist. Das ist der Staatsrat in der Schulbehörde. Der war dummerweise 1995 in die Wissenschaftsbehörde übergewechselt. In dieser Zeit und in der Zeit danach ist meiner Meinung nach auf diesem Gebiet etwas nicht sinnvoll weitergemacht worden, was eigentlich gemacht werden sollte, denn 1995 wußten wir schon in Hamburg ziemlich genau, wieviel Kinder 2001 in den Schulen sind. Zu dem Zeitpunkt hätte man eine ziemlich exakte Prognose über den Lehrer-Bedarf machen können. Heute, 2001, weiß man ziemlich genau, wieviel Lehrer wir 2007 brauchen. Ich denke, daß hier in der Tat Fehler gemacht worden sind. Ich will Ihnen das an einem Beispiel noch einmal sagen. Darüber haben wir lange diskutiert, lieber Herr Günter Frank. Es ist aus heutiger Sicht nahezu nicht nachzuvollziehen, wieso man 1997 in Hamburg eine Einstellungspolitik mit Zwangsteilzeit auf Dreiviertelstellen, mit soviel Ärger und soviel Diskussionsbedarf gemacht hat, wenn man weiß, daß man ab 2001 jeden Lehrer in Hamburg mit einer Dreiviertelstelle darum bitten wird, auf eine volle Stelle zu gehen, damit wir den Bedarf überhaupt decken können. Das hat uns soviel Ärger und Diskussionen eingebracht und ist ein Zeichen dafür, daß es eine

(Dr. Holger Christier SPD: Wir haben sie doch jetzt!)

konsequente und vernünftige und perspektivische Einstellungspolitik in manchen Zeiten wirklich nicht gegeben hat.

(Ingrid Cords SPD: Zu spät!)

– Ich weiß, es gibt Widerspruch, auch aus den eigenen Reihen. Aber ich denke, wenn man darüber ernsthaft und

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

- A ruhig nachdenkt und diskutiert, läßt sich diese Position nicht anders beschreiben.

(Zuruf von der GAL und Heiterkeit)

– Meinst du, es liegt daran? Ich halte es, ehrlich gesagt, nicht für eine FDP-Position, die ich hier vertrete, wenn der Hinweis auf mein gelbes Sacko damit gemeint ist.

Lassen Sie mich noch drei Punkte nennen. Der Kollege Beuß hat angemahnt, daß keine Vorschläge gemacht werden. Ich denke, nötig wäre im Schulbereich auch eine noch stärkere Verlässlichkeit über das Personalvolumen, am besten mindestens über eine Legislaturperiode, ähnlich wie im Hochschulbereich. Ein Segen für die Hochschulen, die über einen längeren Zeitraum disponieren können.

Ich halte es auch für notwendig – das ist auch ein Kritikpunkt der letzten Jahre gewesen, und dazu stehe ich nach wie vor –, in diesen Fragen stärker in einen Dialog mit Sachverständigen, Gewerkschaften und Personalräten zu kommen. Ich weiß, wovon ich spreche und wie kompliziert es gewesen ist, mit der Schulbehörde vor ein paar Jahren über die Einführung des Sabbatjahres zu diskutieren. Das wurde nicht für sinnvoll gehalten. Das hat ein bißchen gedauert. Das ist auch in Ordnung. Manche guten Sachen dauern länger. Personalwirtschaftliche Maßnahmen im Schulbereich wären wirklich sinnvoll, also darüber nachzudenken, daß es Zeiten gibt, wo man mehr arbeiten muß, um schwierige Zeiten zu überbrücken, und vertraglich geregelt ist, daß man ein paar Jahre später als Lehrer weniger arbeiten kann.

(Anja Hajduk GAL: Muß oder kann?)

- B – Das müßte vertraglich geregelt werden. Man muß sozusagen das Vertrauen haben, daß das auch geregelt wird. So etwas geht aber nur im Dialog. Ich weiß, daß es manchmal mit Gewerkschaften schwierig ist, aber man muß Gewerkschaften auch dazu zwingen, mit Positionen umzugehen und Positionen dazu zu finden. Die Lehrgewerkschaften sind meiner Meinung nach in diesen Fragen viel zuwenig zum Dialog gezwungen worden.

Das Wort Quereinsteiger ist genannt worden. Im Lehrerberuf gibt es diese schon. Das muß aber konzeptionell noch weiter ausgearbeitet und vorbereitet werden. Dafür muß Werbung gemacht werden, und es muß begleitende Maßnahmen geben, um Leute zu qualifizieren. Das ist ein Punkt, in dem ich völlig mit Ihnen übereinstimme. Es gibt auch Punkte, die von der CDU vorgeschlagen werden, die sinnvoll und diskussionswürdig sind. Ich will das nicht zu einer Schwarzweißdiskussion machen und sagen, es ist alles Quatsch.

(Beifall bei Wolfgang Beuß CDU und Christa Goetsch GAL)

Ein letztes Beispiel. Günter Frank hat gesagt, es werden jetzt 100 zusätzliche Referendare in Grund-, Haupt- und Realschulen ausgebildet.

(Günter Frank SPD: Habe ich gar nicht gesagt!)

Das ist eine sinnvolle Maßnahme, aber man kann natürlich auch die Frage stellen, ob es wirklich schlau ist, das jetzt zu entscheiden, wo man einen knappen Monat Zeit hat, das so qualifiziert umzusetzen, daß es auch wirklich eine Maßnahme ist, die greift. Okay, besser als überhaupt nicht. Da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Ich denke, es gibt ein paar Dinge mit einem längeren Vorlauf, mit vernünftigen Perspektiven, die dann sinnvoll sind und auch greifen.

C Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal zu dem Punkt mehr Investitionen in die Bildung etwas sagen. Die Forderung kommt mir bekannt vor. Ich persönlich habe grundsätzlich Sympathie dafür. Nur, das muß man Ihnen ernsthaft sagen – und das ist auch mir als Bildungspolitiker, der sozusagen ein Herz für die Bildung hat, in diesen vier Jahren Parlament und insbesondere im letzten Jahr deutlich geworden –: Die CDU kann diese Forderung ernsthaft nicht glaubwürdig vertreten, weil sie in jeder Debatte Stellen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes fordert. Ich wüßte im Moment keinen Bereich, der ausgeklammert ist. Sie stellen Forderungen, die immer auch die Erhöhung des Personalbestandes betrifft, und das kann ernsthaft keine seriöse Politik sein. Eine Sache wird dadurch verhindert, nämlich die Frage und die Diskussion, einmal ernsthaft darüber nachzudenken, wofür wir tatsächlich das Geld ausgeben und ob wir es richtig ausgeben, denn der Hinweis von Günter Frank ist völlig berechtigt. Günter Frank hat darauf hingewiesen, daß Hamburg die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Schüler in der ganzen Republik hat. Das ist eindeutig richtig. Wenn wir sagen, wir wollen mehr Investitionen für den Bildungs- und Schulbereich, dann müssen wir uns Gedanken darüber machen, wo wir denn das Geld, das wir jetzt schon haben, ausgeben. Da vermisste ich im ganzen Hause – und da kann sich jeder an die eigene Brust fassen – eine ernsthafte und transparente Diskussion, die zum Beispiel beinhalten würde, die Pro-Kopf-Ausgaben für Schüler in Hamburg sind so teuer, weil wir uns bestimmte Sachen leisten, wie zum Beispiel Integration. Ich persönlich finde Integration in jeder Beziehung richtig, aber wir müssen wissen, daß das die Sache insgesamt teuer macht, und wenn wir das wollen, wenn wir dazu stehen, stehen wir auch dazu, daß wir viel Geld ausgeben und benötigen.

D Ein zweites Beispiel wäre die Lehrerbesoldung nach A 13. Ich halte es auch für richtig, einheitliche Ausbildung zu haben, die Grund- und Hauptschullehrer nicht abzukoppeln, weil die auch anders ausgebildet werden. Aber darüber muß man sich Gedanken machen und in eine ernsthafte Diskussion gehen.

Meine Damen und Herren! Ein letzter Punkt.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Der zweite letzte Punkt!)

– Der allerletzte. Ich würde es auch interessant finden, in Hamburg einmal über Hessen zu reden. Was ist ernsthaft in Hessen passiert nach der Ankündigung, mit der man in Hessen Wahlen gewonnen hat, etwas gegen Unterrichtsausfall für Lehrereinstellungen zu machen? Woher ist das Geld gekommen? Auf wessen Kosten ist in Lehrereinstellungen investiert worden? In welchen Bildungsbereichen sind Leute und ist Bildung zu kurz gekommen? Das wäre eine interessante Frage. Sie sehen, es gibt noch ziemlich viel Diskussions- und Klärungsbedarf, aber nicht mehr vor den Wahlen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich sagen, daß die Situationsbeschreibung, so wie die CDU sie gegeben hat, natürlich richtig ist.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Natürlich?)

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Selbst Herr de Lorent hat eingeräumt, daß es richtig ist, daß Hamburg neue und vor allem junge Lehrerinnen braucht. Aber daß das aus unserer Sicht, so wie die CDU sich das vorstellt, natürlich nicht geht, möchte ich kurz begründen. Es ist so, daß die CDU außer Werbemaßnahmen und Imagekampagnen für den Lehrerberuf – auch Zulagen und Weiterbildungsmaßnahmen werden genannt – zu der Frage, wie sie sich vorstellt, wo denn die neuen Lehrerinnen und Lehrer herkommen sollen, antwortet, dies müsse in Form von Quereinsteigern und -einsteigerinnen passieren und in Form von Ehemaligen. Insbesondere zu diesen Quereinsteigern möchte ich dann doch noch folgendes in Erinnerung rufen. Wir erinnern uns einfach an die frühen siebziger Jahre. Da herrschte nämlich auch in Hamburg Lehrer- und Lehrerinnenmangel.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Wie alt warst du denn damals?)

Der damalige Senator Apel tönte: Wir rollen allen Lehrerinnen und Lehrern, die kommen, in Fuhlsbüttel den roten Teppich aus. Und in der Tat kamen dann auch auf diese Einladung zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus den USA, aus Schweden, aus England. Es kamen auch Externe, also Nichtpädagogen, Diplomnaturwissenschaftler und -schaftlerinnen, Diplomsporler und -sportlerinnen, Diplommusiker und -musikerinnen und so weiter, und sie wurden auch eingestellt. Aber, was mußten wir dann feststellen? Über 80 Prozent dieser neuen Kolleginnen und Kollegen waren nach einem Jahr wieder ausgeschieden, und zwar, weil sie entweder a) als Externe den pädagogischen Anforderungen nicht gewachsen waren – für mich eigentlich fast der wichtigste Grund – oder b) ihnen die Bezahlung zu schlecht oder der Streß zu groß war oder c) sich – ganz besonders die Kolleginnen aus dem Ausland – ausgegrenzt fühlten, übrigens auch in materieller Hinsicht, weil sie nämlich damals nur eine abgesenkte Besoldung bekamen.

Wenn man Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger fördern will, muß man sie natürlich zunächst qualifizieren, um ihnen, aber auch den Kindern, insbesondere den pädagogischen Frust zu ersparen und – und das ist mir noch wichtiger – eine Dequalifizierung des Lehrerinnenberufs zu verhindern.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ähnliches wie für diese potentiellen Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger gilt auch für die Gruppe der Ehemaligen, die nach Vorstellung der CDU in den Schuldienst geholt oder zurückgeholt werden könnten, nämlich die Gruppe der ehemaligen Referendare und die der längerfristig ausgeschiedenen Lehrerinnen und Lehrer, die wieder einsteigen könnten. Die Schulbehörde hat vor circa ein- einhalb Jahren alle ihnen bekannten Personen aus diesen beiden Gruppen angeschrieben. Die meisten Betroffenen lehnten eine Einstellung ab, und zwar insbesondere aus finanziellen Erwägungen, weil sie in der Wirtschaft – oder wo auch immer sie arbeiteten – bessere und auch streßfreiere Arbeitsbedingungen bei vergleichbarer oder besserer Bezahlung erhalten haben. Aus all diesen Erfahrungen zieht der REGENBOGEN den Schluß, daß man die Bedingungen in der Schule und vor allem aber auch in der Ausbildung attraktiver gestalten muß, um so zu mehr Neueinstellungen zu kommen, weil das für uns eine verantwortungsvolle Schulpolitik ist und insofern auch ein verantwortungsvoller Umgang mit der Lehrerinnenversorgung an Hamburger Schulen. Dann kann man sich natürlich fragen, was das heißt, die Bedingungen in der Schule und in

der Ausbildung attraktiver zu gestalten. Dazu noch ein paar Stichworte. Für die Studienphase heißt das aus unserer Sicht, die Inhalte im Studium reformieren – das wird jetzt auch langsam getan –, die Zahl der Hauptseminare zu erhöhen und die Einführung einer bedarfsdeckenden Studienfinanzierung, denn gerade diese beiden letzten Punkte würden auch automatisch lange Studienzeiten verkürzen. Für die Phase des Referendariats hieße das die Abschaffung des bedarfsdeckenden Unterrichts und Erhöhung der Bezüge. Für die Situation in der Schule heißt das zum Beispiel Absenkung der Klassenfrequenzen und Absenkung der Unterrichtsverpflichtung.

Es wäre auf diese Art und Weise durchaus möglich, schon in ungefähr sechs Jahren, wenn also die Pensionierungskurve drastisch nach oben steigt, viele neue Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen und einzustellen, und nicht erst irgendwann langfristig, wie Herr Beuß das behauptet hat. Eine andere Möglichkeit wäre – und darüber könnte man auch einmal nachdenken –, über die Landesgrenze hinauszugucken. In den neuen Bundesländern, zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, wird es in drei bis vier Jahren aufgrund sinkender Schüler- und Schülerinnenzahlen einen drastischen Überhang ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer geben. Es wäre doch überlegenswert, den Ländertausch zu vereinfachen, allerdings muß das natürlich im Einvernehmen zwischen den Ländern passieren, um dann eine Regelung zu finden, und nicht so, wie das in Hessen passiert ist.

Meine Damen und Herren! Ich muß Schluß machen. Wir lehnen den CDU-Antrag ab, da er aus unserer Sicht die Situation und ihre Bedingungen nicht ernsthaft zu lösen versucht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Frank.

Günter Frank SPD: Ich möchte einige Anmerkungen zu dem Kollegen de Lorent machen. Ich kann es mir nicht verkneifen. Gelbes Jackett hin, gelbes Jackett her, teilweise war das ein Rückfall in die Mentalität eines GEW-Vorsitzenden.

(Antje Möller GAL: Na, na, na!)

Aber ich räume gerne ein, daß er das Bildungsherz am rechten Fleck hat.

(Heiterkeit bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Im übrigen könnte ich auch aus vielen Reden des damaligen GEW-Vorsitzenden einiges zitieren. Das muß aber jetzt nicht sein. Ich will nur zu ein, zwei Punkten etwas sagen, weil das auch als Kritikpunkt hier angemerkt worden ist. Verbeamtung oder Angestelltenverhältnis. Das war ja eine lange Diskussion, aber in dieser Frage gab es nach meiner Wahrnehmung eine große Übereinstimmung zwischen der GAL und der SPD. Diese Frage ist entschieden, aber auch die GEW selbst ist ja im Kern der Auffassung, daß Lehrer nicht unbedingt verbeamtet sein müssen. Da gab es Finanzprobleme, Finanzfragen, aber das kann man nicht als Kritikpunkt vortragen. Die Frage der Dreiviertelverträge ist auch entschieden. Aber auch hier waren wir der Auffassung, daß so etwas – allerdings für einen begrenzten Zeitraum, das war anfänglich etwas unbestimmt formuliert – möglich sein muß, um mehr junge Menschen für diesen Beruf zu gewinnen und auch in Arbeitsverhält-

(Günter Frank SPD)

- A nisse zu bekommen. Das ist uns zu einem großen Teil auch gelungen. Selbst, wenn wir bei der Lehrerbedarfsprognose 1995 vielleicht noch nicht die Erkenntnisse der Jahre 2005 bis 2010 gehabt haben sollten – das weiß ich im Moment nicht –, so 1997 mit Sicherheit. Wir waren und sind immer noch in einem Konsolidierungsprogramm, selbst wenn wir 1995 oder 1997 gewußt haben sollten – ich bin mir sicher, wir haben ja einmal eine Bedarfsprognose im Ausschuß gehabt –, hätte es nichts daran geändert, daß wir den Schulbereich, wenn auch auf einem viel geringeren Sockel, mit einbeziehen müssen in die Konsolidierung dieser Stadt. Die Entscheidung – das finde ich geradezu richtig –, 100 Lehrer, die Referendare, die diese Stadt sonst verlassen würden, jetzt zu halten – ich weiß nicht, ob es anders gemeint gewesen ist –, mußte jetzt fallen. Es geht im Kern in Zukunft – spätestens ab 2005 – um die Frage Motivation, diesen Beruf zu ergreifen, um die Kapazitäten auch an der Universität, um die Zahl der Studierenden, um die Kapazitäten im Studienseminar und um die Rahmenbedingungen für diesen Beruf, und ich glaube, daß uns das in Hamburg, zumindest im Vergleich zu anderen Bundesländern, besser gelingen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Das war wirklich eine interessante Debatte, insbesondere mit den Beiträgen des Kollegen de Lorent, aber auch dieser gebetsmühlenartigen Schönrede immer wieder durch Sie, Herr Frank. Das finde ich wirklich ganz toll, und das ist ein Zeichen dafür, daß Sie offensichtlich überhaupt nicht sehen und begriffen haben, wie die Realität, die praktische Situation tagtäglich an den Schulen ist. Die ist nämlich nicht genauso, wie Sie sie dargestellt haben, sondern umgekehrt. Ich rede nicht die Schulen runter

(Günter Frank SPD: Doch!)

und auch nicht diesen Beruf, sondern Sie haben diese Situation an den Hamburger Schulen durch Ihre miserable Schulpolitik in den letzten Jahren zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie mit Hessen kommen, dann kann ich nur sagen, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß Hamburg das meiste Geld ausgibt. Aber wenn ich Ihnen einmal vorhalten darf, daß wir zum Beispiel jährlich 12 Prozent haben, die keinen Schulabschluß in dieser Stadt bekommen, und nach der Hauptschule 20 Prozent keine Ausbildungsstelle finden, dann muß da doch irgend etwas faul am System sein. Dann muß man der Sache doch einmal auf den Grund gehen und sich hier nicht hinstellen und sagen, das ist alles toll und wir sind im Bund die Größten und so weiter. Das ist unredlich, Herr Frank.

Ein letzter Punkt.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Oh, ja!)

Die Dreiviertelstellen und die falschen Prioritäten, die Sie da gesetzt haben, haben Sie zu verantworten. Wenn diese Senatorin nicht in einer Nacht-und-Nebel-Aktion alleine, ohne Sie, entschieden hätte, dieses Gerichtsurteil zu exekutieren, dann hätten wir heute noch Dreiviertelstellen und die Verbeamtung wäre immer noch in weiter Ferne. Nebenbei gesagt höre ich von Referendaren immer wieder,

daß sie jetzt ganz schwierige perspektivische Aussagen erhalten, was ihre Anstellung anbelangt. Ich kenne junge Kollegen, die immer noch nicht verbeamtet worden sind oder daß die Verbeamtung herausgeschoben wird, aus welchen Gründen auch immer. Nur, das ist die Politik, die Sie hier zu vertreten haben.

Es wurde dann noch gesagt, lieber Herr de Lorent, Sie hörten immer nur Stellen, Stellen, Stellen. Wir haben ein ganz solides Finanzierungskonzept vorgelegt, und ich würde Ihnen das bei Gelegenheit noch einmal erklären.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Mir auch!)

– Ja, gerne. Das machen wir dann im Anschluß.

Es ist auch unseriös, uns vorzuwerfen, wir würden hier immer nur fordern, fordern, fordern. Wir haben auch ganz konkrete Vorstellungen, wie wir Bildungspriorität setzen wollen. Das haben Sie in den letzten Jahren versäumt, und wir haben gesagt, wie wir es bezahlen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag, Drucksache 16/6019, abstimmen.

Wer möchte denselben annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 54 und 55 auf, die Drucksachen 16/6117 und 16/6118: Anträge der GAL-Fraktion zur Verwendung der Troncabgabe.

[Antrag der Fraktion der GAL:

Haushalt 2001

Einzelplan 9.2

Titel 9500.971.01

Verwendung der Troncabgabe für einmalige Zwecke – Drucksache 16/6117 –]

[Antrag der Fraktion der GAL:

Haushalt 2001

Troncabgabe

– Drucksache 16/6118 –]

Von wem wird das Wort gewünscht? – Von der Abgeordneten Möller. Sie bekommt es.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum zweiten Mal ist die Bürgerschaft in dieser Legislaturperiode in der Lage, Troncmittel vergeben zu können. Wir haben uns, ähnlich wie im letzten Jahr, aus der Vielzahl der Projekte, die in Frage gekommen wären, für zwei Projekte entschieden, die mit der Überschrift „Erinnerungskultur“ oder auch „Erinnern an das Erinnern“ bezeichnet werden können. Nicht zum ersten Mal, sondern in Fortführung einer ganzen Reihe von Projekten, die in der Oppositionszeit schon durch die GAL-Fraktion vehement vorgebracht wurden, die das Erinnern wachhalten, beschließen wir heute die finanzielle Unterstützung von zwei Ausstellungen, die für uns alle, die wir die Nazi-Diktatur nicht mehr erlebt oder wenig Erinnerungen daran haben, die wir nicht unter Ausgrenzung und Verfolgung leiden mußten, darstellen, was diese Generationen erlebt haben oder auch noch erleben. Auch für die jüngere Generation, die Generation unserer Kinder, wird Geschichte nachvollziehbar werden und bildlich erlebbar bleiben.

In der letzten Legislatur wurde durch unsere Initiative die Rolle des Hamburger Polizeibataillons 101 mit einer Aus-

(Antje Möller GAL)

- A stellung und Lesung dokumentiert. In dieser Legislaturperiode haben wir die Wiederherstellung der Gedenkstätte am Bullenhuser Damm und auch die Ausstellung über die Kinder am Bullenhuser Damm realisieren können. Es gab eine erstmalige Aufarbeitung der Geschichte der Opfer der NS-Euthanasie in Hamburg. Es gibt eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile gegenüber Homosexuellen, und es gab im letzten Jahr durch die Troncmittel die Realisierung eines Besuchsprogramms für Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen.

Nun erfolgt also die Unterstützung einer Ausstellung, einer Dokumentation über das Leben von vier hamburgischen Fotografen, die in der Nazizeit aufgrund der Rassegesetze verfolgt wurden. Mit Hilfe der schon lange bewährten Kontakte der Senatskanzlei zu den ehemaligen Hamburgern und Hamburgerinnen wurde ein riesiger Schatz an Fotos und Dokumentationen zusammengestellt und durch einen Historiker und einen Fotografen Ort und Zeit den entsprechenden Personen zugeordnet. Hieraus wird nun mit Hilfe des Vereins für Hamburgische Geschichte eine einmalige Ausstellung des politischen, gesellschaftlichen und privaten Lebens der jüdischen Gemeinde in Hamburg bis in die Nazizeit hinein entstehen.

Das zweite Projekt, die Ausstellung „Von Klappen und Nestern“, ist im Grunde die Historie des schwulen und lesbischen Lebens von 1919 bis 2000 in Hamburg, also von der liberalen Weimarer Zeit über die Verfolgung in der Nazizeit, die spießige Verklemmtheit der Wirtschaftswunderjahre hin bis zum Erstarken der Bewegung im Rahmen der Politisierung im Zuge der 68er Emanzipationsbewegung. Auch der Muff und Mief der sechziger und siebziger Jahre ist im übrigen der Erinnerung wert. Es war eben ein weiter Weg bis zur Hamburger Ehe.

- B Das Museum für Hamburgische Geschichte wird diese Ausstellung realisieren, für die ein Verein Material sammelt und erarbeitet. Es hat viele Wünsche an die Vergabe der Troncmittel gegeben, es gab viele Projekte, die Unterstützung brauchten und bräuchten und die zu fördern gewesen wären. Wir haben uns für diese beiden Ausstellungen entschieden, die hoffentlich viele Menschen in dieser Stadt bewegen werden. Viele Menschen werden ihr Interesse neu entdecken, und vielleicht, aber auch gerade deshalb, werden diese sehr kleinen, aber eben besonderen Bereiche der hamburgischen Geschichte dadurch erhalten werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kretschmann.

Lutz Kretschmann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die abzustimmenden Anträge zum Tronc haben alle eines gemeinsam, sie finanzieren Vorhaben und Projekte, die im Rahmen des Haushalts sonst nicht zu finanzieren wären. Ich finde es gut, daß hiervon auch immer wieder gleichstellungspolitische Maßnahmen profitieren. Mit dem Antrag 16/6118 soll, das wurde schon erwähnt, eine Ausstellung zur Geschichte lesbisch-schwulen Lebens in Hamburg unterstützt werden. Im SPD-Antrag 16/6119 werden dem heutigen Magnus-Hirschfeld-Centrum, dem Lesben- und Schwulenzentrum in Hamburg, 50 000 DM zugedacht. Insoweit sind dies wohl zwei Seiten einer Geschichte.

Die historische Aufarbeitung ist wichtig. Auch viele Lesben und Schwule wüßten gerne etwas über das Leben zum

Beispiel in den zwanziger Jahren in Hamburg, wie sich der Kampf des Berliner wissenschaftlich-humanitären Komitees von Magnus Hirschfeld gegen den Paragraphen 175 in Hamburg gestaltete. Über Publikationen und Druck-erzeugnisse jener Zeit bis zu lokalen und gesellschaftlichen Ereignissen ist hier sicherlich Interessantes nicht nur für Schwule und Lesben zu entdecken.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Darüber hinaus bleibt es unsere Aufgabe, der heutigen Generation genügend Raum zur Entwicklung im Magnus-Hirschfeld-Centrum und in anderen Einrichtungen anzubieten. Die Ausstellungsmacher und das Museum für Hamburgische Geschichte haben bereits angefangen, die Lesben und Schwulen zur Mitarbeit aufzufordern, denn bisher gibt es keine Institution, bei der Material für die Ausstellung zentral gesammelt wurde. Die Ausstellung wird also erstmals eine derartige Zusammenstellung anbieten. Sicherlich werde ich auch meinen Teil dazu beitragen, es geht ja bis 2000.

Ich persönlich freue mich auf diese Ausstellung. Ich freue mich auch, daß das Magnus-Hirschfeld-Centrum zu seinem 18. Geburtstag mit den 50 000 DM Renovierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen vornehmen kann, die wir hier bewilligt haben. Hamburg tut immer wieder etwas für gleichstellungspolitische Maßnahmen, für Einrichtungen für Schwule und Lesben. Das ist ein ganz klares Zeichen für die Schwulen und Lesben, und das werden sie auch wahrnehmen, darüber können wir uns alle sehr freuen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Waldhelm.

Michael Waldhelm CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! SPD und GAL haben uns hier einige Anträge vorgelegt. Sie haben die Spenderhosen an, und daß wir in Kürze in Hamburg wählen werden, ist wahrscheinlich in dem Zusammenhang reiner Zufall. Aber Sie bedienen sich zum zweiten Mal eines Verfahrens, das ich schon im letzten Jahr bei den Haushaltsberatungen für bedenklich gehalten habe, denn was wir im Moment machen, erinnert mich sehr stark an meine Zeit in der Bezirksversammlung, wenn jährlich die Sondermittel verteilt wurden; das war vom Verfahren her genauso.

Wenn es haushaltsrechtlich zulässig wäre, sich einfach zwischendurch einmal einen einzelnen Einnahmeposten des Haushalts herauszupicken und daraus Wohltaten nach Gutsherrenart zu verteilen, dann sollte man doch auch überlegen, ob man nicht den ganzen Bereich auf die Bezirksämter verteilt und sagt, macht ihr das im Rahmen eurer Sondermittelverteilung. Die Leute vor Ort haben den Sachverstand und wissen auch, wo es kneift und wo es wirklich notwendig ist. Aber so, wie das im Moment hier läuft, dieses Sammelsurium, hier ein bißchen, da ein bißchen und das in einem Antrag zusammengepackt, geht das wirklich nicht.

Natürlich wären wir auch dafür, daß zum Beispiel das Museum der Arbeit für TRUDE zusätzliche Unterstützung bekommt, aber dies hier ist nicht der richtige Weg. Manchen Maßnahmen können wir folgen, anderen aber ganz bestimmt nicht. Aber da unsere Bedenken am Verfahren größer sind als die Bewertung der einzelnen Antragsposi-

(Michael Waldhelm CDU)

A tionen, haben wir uns entschlossen, diesem Verfahren nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, daß es mir etwas wie Herrn Waldhelm geht. Man könnte dies auch den Regierungs-Tronc oder so ähnlich nennen.

(Petra Brinkmann SPD: Ja, so ist das manchmal!)

Die Projekte sind mit Sicherheit gar nicht schlecht. Die Frage ist nur, wo eigentlich der Ort ist, darüber zu diskutieren, was man mit diesem Geld macht,

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

denn es ist im Parlament nur noch sehr schwer möglich, wenn es Vorlagen gibt, die man in dieser Konkrektion gar nicht ablehnen kann, weil es gegen die Projekte nichts einzuwenden gibt. Die Frage ist nur, was man vielleicht noch gerne fördern würde.

Eine Sache beispielsweise, die im Bereich schwul-lesbischer Politik liegt, die heute auch noch auf der Tagesordnung steht, werden Sie ablehnen, die aber auch etwas von diesem Geld hätte gebrauchen können, das ist die Einrichtung eines Mahnmals für lesbische und schwule Opfer des Nationalsozialismus. Diesen Antrag werden Sie nach dem, was wir bisher erfahren haben, heute ablehnen. Wie gesagt, auch dies hätte gut in den Regierungs-Tronc gepaßt; vielleicht beachten Sie nächstes Mal ein anderes Verfahren.

B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Kretschmann.

Lutz Kretschmann SPD: Nur zur Klarstellung: Vielleicht hat der REGENBOGEN das noch nicht mitbekommen, aber es gibt ein Mahnmal in Neuengamme, das an die Schwulen und Lesben erinnert.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das darf es auch in der Innenstadt geben!)

Das muß nur belebt werden. Ich gehe seit einigen Jahren mit Freunden, mit Regierungsvertretern dieser Stadt dorthin, um das Gedenken an die Schwulen und Lesben in Erinnerung zu halten. Vielleicht sollten Sie einmal mitkommen, dann können wir das gemeinsam machen, und dann kommen vielleicht mehr Leute dorthin, das wäre doch ganz gut.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Herr Kretschmann, so gerne ich es auch sehen würde, daß wesentlich mehr Leute nach Neuengamme fahren, ist dies aber leider nicht der Fall. Gerade auch Hamburgerinnen und Hamburger finden nicht sehr oft den Weg nach Neuengamme. Deswegen wollen wir ein zentral gelegenes Mahnmal haben, das Sie ja auch selbst mit den Tronc-Anträgen unterstützen, um ein besseres Bewußtsein in der

C Öffentlichkeit zu schaffen, wie früher mit Schwulen und Lesben umgegangen wurde und wie schlecht teilweise auch heute noch der Umgang ist.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Damit man euch nicht vergißt!)

Deswegen darf man das nicht gegeneinander ausspielen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Daß der Weg zum Mahnmal manchmal weiter und insgesamt mühsam ist, ist kein Grund, das eine Mahnmal gegen das andere aufzuwerten. Der Weg nach Neuengamme ist weit, aber man sollte ihn trotzdem gehen.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Da hätte ich nix dagegen!)

Ich wollte noch zwei Sätze zur CDU-Kritik loswerden. Ich habe angedeutet, daß die Auseinandersetzung darüber, ob und wie Troncmittel – das ist in dieser Legislaturperiode ja beschlossen worden – von der Bürgerschaft verteilt werden können, eine Auswahl im wahrsten Sinne des Wortes bedeutet. Je nach Interesse, je nach politischer Couleur kann gesagt werden, das ist willkürlich, das war eine Entscheidung, die wir hier und da nicht nachvollziehen können, aber nichtsdestotrotz werden diese Mittel über die Bürgerschaft vergeben. Daß das Geld niemals für alle Projekte und Wünsche reichen wird, ist klar, aber es ist richtig, die Mittel zu vergeben und damit Projekte zu fördern, so wie wir es in diesem Jahr auch gemacht haben, die schlicht und einfach außerhalb der Tagespolitik sind; das ist die Idee dabei.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich über die Anträge abstimmen.

Wer den Antrag aus der Drucksache 16/6117 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterinnen geben ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefaßten Beschluß in zweiter Lesung fassen? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit und damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer stimmt dem Antrag aus der Drucksache 16/6118 zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterinnen geben ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefaß-

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

- A ten Beschluß in zweiter Lesung fassen? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung mit Mehrheit und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 51, Drucksache 16/6038, auf, Antrag der Gruppe REGENBOGEN: Kindertagesbetreuung ausbauen.

**[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:
Kindertagesbetreuung ausbauen
– Drucksache 16/6038 –]**

Wer meldet sich zu Wort? – Frau Sudmann, bitte schön.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den vergangenen Wochen haben wir eine Inflation an Lippenbekenntnissen aller hier anwesenden Parteien im Bund und im Land erlebt, die verkündet haben, die Kindertagesbetreuung müsse ausgebaut und besser werden, sie müsse billiger werden. Man merkt, es ist Wahlkampf.

Und wenn die SPD in Hamburg, Herr Böwer, die seit Jahren auch im Kita-Bereich massiv gespart hat, die Betreuungszeiten verkürzt und pädagogische Standards noch nicht einmal diskutiert, aber erst einmal locker verringert und gleichzeitig die Elternbeiträge für etliche Eltern angehoben hat, wenn diese SPD nun sagt, sie habe ihr Herz für Kitas entdeckt, dann ist das höchst unglaublich und wirklich leicht als Wahlkampfgetöse zu erkennen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dr. Roland Salchow CDU: So ist das!)

- B – Genau, das sehen wir auch so.

Die SPD hat lange genug Zeit gehabt, nicht genau das Gegenteil von dem zu praktizieren, was sie uns jetzt alles nach der Wahl verspricht. Herr Böwer und auch der Rest der SPD, wer immer das ausgeheckt hat, das Versprechen, zusätzliche Kita-Plätze nur für die Kinder berufstätiger Eltern schaffen zu wollen, geht eindeutig zu Lasten anderer Kinder, und das hat mit sozialer Gerechtigkeit überhaupt nichts zu tun.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Aha!)

Aber auch Sie, Herr Petersen, werden nicht bestreiten wollen, daß Bildung für Kinder wirklich mit dem ersten Lebensjahr anfangt, daß gerade bis zum sechsten Lebensjahr der wichtigste Grundstein fürs Lernen gelegt wird. Doch die Startchancen, das werden Sie aus Ihrer Praxis wissen, sind für viele Kinder schlecht. Der Streß der Eltern wird oft an den Kindern ausgelassen, die Zeit für Kinder fehlt, oft fehlt auch einfach das Geld, um die Entwicklung der Kinder zum Beispiel über Bücher oder Besuche in Museen anzuregen.

Gerade in solchen Situationen, in denen Kinder zu Hause in den Familien schlechtere Chancen haben und benachteiligt werden, sind die Kitas als ein Bildungssystem wichtig, und um diesem Bildungsangebot gerecht zu werden, müssen die Kitas ausgebaut werden. Es muß ein ausreichendes Platzangebot geben, es muß eine gesicherte Qualität geben, und es muß vor allem eine für alle zugängliche Kindertagesbetreuung geben. Der Senat ist bisher nicht willens, den Kindern und Eltern in Hamburg diesen Mindeststandard zu bieten, und das finden wir schlecht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

C Wie sieht es denn in Hamburg zum Beispiel mit dem Platzangebot aus? Gerade für die ersten drei Lebensjahre gibt es nur für knapp 12 Prozent, also fast jedes zehnte Kind dieser Stadt in diesem Alter, ein Betreuungsangebot in der Krippe. Bei den Drei- bis Sechsjährigen sind zwar knapp 90 Prozent der Kinder betreut, aber eine Ganztagsbetreuung gibt es noch nicht einmal für die Hälfte der Kinder. Dabei ist Deutschland nach dem von der Europäischen Union eingesetzten Netzwerk Kindertagesbetreuung verpflichtet, für mindestens 90 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder ein Vollzeitangebot zu machen. Hamburg liegt in Deutschland, also gilt diese Verpflichtung auch für Deutschland; da muß nachgearbeitet werden.

In den Hortbereichen, wo Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren betreut werden, gibt es für 86 Prozent der Kinder keinerlei Angebote. Selbst die offizielle Behörden-Studie, die ISKA-Studie, hat schon festgestellt, daß über 15 000 Plätze in der Kindertagesbetreuung fehlen, und dabei wurden dort nur die Bedarfe von Kindern berufstätiger Eltern oder Kinder in besonders schwierigen Familiensituationen berücksichtigt; es sind also noch wesentlich mehr Plätze notwendig.

Deswegen sagt REGENBOGEN, daß innerhalb der nächsten vier Jahre das Platzangebot von derzeit 56 000 Plätze um 50 Prozent auf 85 000 Plätze erweitert werden muß. Dabei müssen insbesondere die teil- und ganztägigen Betreuungsangebote ausgebaut werden, denn sonst ist das, was Sie immer so gerne proklamieren, daß die Berufstätigkeit der Frauen gefördert werden solle, völliger Quatsch. Das geht nicht, wenn sie ihre Kinder nur drei oder vier Stunden betreuen lassen können, denn da bekommen sie keine Teilzeitjobs, für die es sich lohnen würde zu arbeiten.

D Um die Qualität in den Kitas ist es in Hamburg auch nicht allzugen bestellt. Wenn Sie sich einmal angucken, in wie vielen Gruppen, in denen 20, 22 oder noch mehr Kinder sind, es eine Betreuung durch zwei Fachkräfte gibt, werden Sie feststellen, daß dies in vielen Gruppen nicht der Fall ist. Deswegen wollen wir, daß in solchen Gruppen mindestens zwei pädagogische Fachkräfte eingesetzt werden. Man muß auch einmal berücksichtigen, daß die pädagogischen Fachkräfte Ansprüche auf Urlaub haben, daß sie auch einmal krank werden, daß sie auch Fortbildung machen; diese Zeiten müssen auch berücksichtigt werden.

Wenn wir aber von der Qualität und Quantität her vielleicht irgendwann zufriedengestellt sein könnten, werden wir einen Punkt noch lange nicht erreicht haben, wenn SPD und auch GAL bei ihrer bisherigen Position bleiben. Im letzten Jahr, als die Elternbeiträge in Hamburg verändert wurden, wurden doch etliche Kinder aus finanziellen Gründen aus der Kindertagesbetreuung abgemeldet, weil zum einen die Eltern, vor allen Dingen die Mütter, gesagt haben, es lohnt sich nicht zu arbeiten für das Geld, das ich in Teilzeit verdiene, das wird von den Kindertagesbetreuungskosten aufgefressen, zum anderen diejenigen, die gar kein Einkommen haben und auf Sozialhilfe angewiesen waren oder sind, gesagt haben, es ist uns zuviel, den Mindestbeitrag zu zahlen. Und viele haben es nicht gewagt, zweimal beim Amt einen Antrag zu stellen, von 75 auf 50 DM oder sogar auf Null herunterzugehen, denn das ist eine Hürde, die nicht jede und jeder nehmen mag.

Kindertagesbetreuung ist genauso ein Bildungsangebot wie Schule, und Schule ist glücklicherweise nicht nur in

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Hamburg, sondern in Deutschland ein kostenloses Angebot; deswegen muß auch die Kindertagesbetreuung kostenlos werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Weil Sie ja immer gerne versuchen, den REGENBOGEN irgendwelcher Sachen zu überführen, möchte ich einmal offizielle Stellen zitieren, zum Beispiel Familienministerin Bergmann, SPD. Sie hat sich einen wissenschaftlichen Beirat zugelegt, der vor drei Monaten verkündet hat, daß er der Meinung ist ...

(Dr. Roland Salchow CDU: Daß REGENBOGEN gut ist!)

– Daß REGENBOGEN gut ist, konnte er nicht sagen, denn es ist in Berlin noch nicht angekommen, aber in Hamburg würde er das feststellen, Herr Salchow, aber er hat gemerkt, daß die Forderungen, die REGENBOGEN seit langer Zeit aufstellt, gut sind, denn auch dieser Beirat fordert, daß Eltern, die ihre Kinder in eine Tagesstätte geben, finanziell nicht belastet werden, weil nämlich die Startchancengerechtigkeit für Kinder nicht gleich ist, sondern im Gegenteil viele Kinder aufgrund der finanziellen Situation ihrer Familie von Kindertagesbetreuungsangeboten ausgeschlossen sind und sie gar nicht wahrnehmen können. Deswegen sagt auch dieser Beirat, daß Kindertagesbetreuung kostenlos werden muß; insofern haben wir gute Fürsprecher.

Zur Finanzierung: Hamburg zahlt zur Zeit 565 Millionen DM für die Kindertagesbetreuung. Wir haben, um endlich einmal Größenordnungen für Hamburg zu haben, unsere Anträge durchgerechnet und kommen auf Mehrkosten von – jetzt dürfen Sie alle tief Luft holen – rund 800 Millionen DM jährlich. Ich weiß, daß viele von Ihnen jetzt sagen, das ist doch völlig absurd, das kann man nicht finanzieren. Nur, ich möchte Sie alle daran erinnern, was Sie in Hamburg und auch Ihre Parteien in Berlin verkünden. Alle sagen, wir müssen mehr für Kinder tun und wir müssen auch mehr für die benachteiligten Kinder tun. Wenn wir das wirklich tun wollen, müssen wir in Hamburg anfangen.

Ich glaube, die Zeit dafür war noch nie so günstig wie jetzt. Auf Bundesebene antwortet Frau Bergmann, SPD, auf die Frage, ob der Bund sich an der Kindertagesbetreuung finanziell beteiligen würde: „Das müssen wir prüfen.“ Frau Künast, die immer gut für gute Sprüche ist, sagt irgendwie: „Glückliche Eltern produzieren glückliche Kinder, wir müssen mehr für die Finanzen der Eltern tun.“ Vielleicht können glückliche Grüne in Hamburg, wenn sie denn glücklich sein sollten in dieser Koalition, auch etwas für glückliche Eltern tun und auch ein bißchen mehr für die Angebote, denn eines sollte mittlerweile klar sein, was auch in der Anhörung deutlich geworden ist. Es reicht nicht, den Familien über verschlungene Wege Geld zukommen zu lassen. Die Infrastruktur, die Angebote in Kitas, die Angebote im Schulbereich sind entscheidend dafür, ob sich Menschen für Kinder entscheiden, und da ist hier sehr viel zu tun.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das stimmt nicht!)

Das, Martin Schmidt, mag in deinem Fall nicht stimmen, aber wir hatten verschiedene Experten und Expertinnen hier, die das bestätigt haben; du wirst es auch von anderer Seite hören. Deine Kinder sind vielleicht mit Mitte zwanzig etwas zu alt, aber heute ist es so, daß sich junge Frauen zum Beispiel erst dann für Kinder und für den Beruf entscheiden können, wenn sie die Möglichkeit haben, einen Kindertagesbetreuungsplatz zu haben.

C Es gibt viele Möglichkeiten, dieses Geld mit Hamburger und Berliner Hilfe aufzubringen, aber Sie müssen irgendwann Farbe bekennen. Sie können heute das erste Mal Farbe bekennen und mit uns diesen Antrag beschließen, der den Senat auffordert, im Rahmen der Haushaltsberatungen ein Konzept mit diesen Eckpunkten zu entwickeln, um innerhalb der nächsten vier Jahre eine Kindertagesbetreuung in Hamburg zu ermöglichen, die bedarfsgerecht ist, die qualitativ ist und die vor allen Dingen kostenlos und damit sozial gerecht ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Sudmann, Sie haben recht, daß man in der Familienpolitik Farbe bekennen muß, und die richtungweisende Farbe in dieser Frage ist rotgrün.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn irgend etwas Wahlkampf im Zusammenhang mit der Familienpolitik gewesen ist, dann ist es Ihr Antrag, den man sich auf der Zunge zergehen lassen muß. Wir kommen nachher zu den Ansätzen der CDU, aber zunächst einmal zu Ihrem Antrag.

Sie gehen hin und sagen richtigerweise, Familienpolitik habe eine zentrale Bedeutung in dieser Gesellschaft. Da stimmen wir überein, d'accord.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sind wir da d'accord?)

D Wir sagen, im Rahmen der Familienpolitik ist die Frage der Kindertagesbetreuung von zentraler Bedeutung in diesem Bereich, da sind wir d'accord. Aber dann verfallen Sie in alte vergangene Zeiten, indem Sie unseriös handeln. Sie gehen hin und fordern 800 Millionen DM für einen Bereich und reihen sich damit sozusagen ohne Not in Edmund Stoibers familienpolitisches Paket von 60 Milliarden DM ein, von Angela Merkel gar nicht zu reden, und sagen dann, das können wir auch noch finanzieren, indem wir im ersten Jahr darauf verzichten, den A 380 zu bauen, im zweiten Jahr darauf verzichten, die Messe zu bauen, und im dritten Jahr fangen wir an, die Gewerbesteuer zu erhöhen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Ist eine Zwischenfrage erlaubt? – (Zustimmung)

Zwischenfrage von Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Kollege Böwer, können Sie mir einfach einmal die Summe nennen, die Hamburg allein in diesem Jahr durch die Steuerreform der rotgrünen Bundesregierung verliert? Wie hoch ist denn die Zahl?

Thomas Böwer (fortfahrend): Ich schätze mal roundabout 250 bis 400 Millionen DM.

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Dann haben Sie ungefähr 500 Millionen DM vergessen, Herr Böwer!)

– Es mag sein, daß ich 500 Millionen DM vergessen habe, das war ja eine Schätzung.

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Sie können gut rechnen, Herr Böwer, danke!)

(Thomas Böwer SPD)

- A Aber bleiben wir bei Ihrem Antrag. Sie fordern in diesem Bereich 800 Millionen DM, und was Sie als Finanzierungsvorschlag vorschlagen, hat mit dem Prinzip von Nachhaltigkeit überhaupt nichts zu tun, denn auf Dauer führt dieses in einen Bereich von Verschuldung und heißt im Grunde genommen, die Kosten der heutigen Kindertagesbetreuung in 30 Jahren auf die gleichen Kinder zu verlagern, die dann die entsprechenden Zinsen zahlen müssen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist unseriös und ein Stück Effekthascherei.

Kommen wir zur derzeitigen Situation in Hamburg. Wir haben erstens in den letzten Jahren 20 000 zusätzliche Kindertagesplätze geschaffen. Das ist nicht wenig, das war ein Riesenaufbauprogramm. Zweitens darf man im Zusammenhang mit der Kindertagesbetreuung auch die Verlässliche Halbtagsgrundschule nicht vergessen. Sie haben eine EU-Empfehlung zitiert, die sich willkürlicherweise nur auf den Bereich der Null- bis Fünfjährigen bezieht und den Bereich der Grundschulkinder völlig außen vor läßt.

Diese EU-Empfehlung sagt auch, wir brauchen im Bereich der Null- bis Dreijährigen eine fünfzehnprozentige Krippenversorgung. Das ist uns Sozialdemokraten in der Tat zu wenig, denn Ihrem Konzept stellen wir ein solide durchfinanziertes Konzept gegenüber, das wir die Hamburger Garantie im Zusammenhang mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nennen. Wir werden an diese Stelle ab 2002 ein Ausbauprogramm in Höhe von 150 Millionen DM setzen, das ist schon sehr ehrgeizig in diesem Bereich. Kinder, deren Eltern berufstätig sind, haben dann einen Anspruch auf Kinderbetreuung, egal ob das Kind nun acht Monate oder zwölf Jahre alt ist.

- B Der zweite Bereich, den ich an dieser Stelle nicht vergessen möchte, ist der Ausbau der Ganztagschulen. Beides gehört zusammen, und beides will in dem Punkt verschränkt sein. So weit zu REGENBOGEN.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ach!)

Ich halte Ihnen zugute, daß Sie eine Position beziehen, das ist auch gut.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die rechte Seite dieses Hauses bezieht in der Familienpolitik gar keine Position. Es ist eine völlige Mogelpackung, denn in der Frage der Standards, die Sie auch im REGENBOGEN-Antrag angepackt haben, sagt die CDU, die überzogenen Standards im Bereich der Kindertagesbetreuung müßten herabgesetzt werden. Von daher würde mich schon interessieren, welches die überzogenen Standards in diesem Bereich sind.

Zweitens ist überall dort, wo die CDU Regierungsverantwortung trägt, die Versorgungsquote miserabel: Bayern 1 Prozent beziehungsweise 3 Prozent für Krippe und Hort, Hessen 1 Prozent beziehungsweise 4,9 Prozent und so weiter und so fort.

Deswegen möchte ich von der CDU wissen, wie ihr familienpolitisches Konzept jenseits der 1200 DM aussieht, die uns Stoiber an dieser Stelle verspricht. Ich habe die große Befürchtung, Sie haben in diesem Punkt gar kein Konzept, und das ist schlecht. Soweit zu dieser Debatte. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Bevor ich Herrn Harlinghausen das Wort gebe, sollte ich noch einmal erwähnen, daß Zwischenfragen nicht zu Debattenbeiträgen genutzt werden.

Herr Harlinghausen, Sie haben das Wort.

Rolf Harlinghausen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Böwer, wenn ich Sie so höre, „wir werden“, „wir wollen“, „wir versprechen“, das kennen wir schon seit vielen Jahren, dann frage ich mich, warum Sie das haben soweit kommen lassen, daß Eltern und Kinder aufschreien und unzufrieden sind? Da muß doch irgend etwas nicht stimmen. Darüber sollten Sie nachdenken. Ich wäre gern bereit, das familienpolitische Konzept der CDU mit Ihnen durchzusprechen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Weil Sie das 16 Jahre versäumt haben!)

Ich habe aber nicht viel Vertrauen, daß Sie das schnell verstehen werden, und schon gar nicht, daß Sie das umsetzen werden. Allerdings haben Sie dazu auch gar keine Chance mehr, und das ist gut.

(Beifall bei der CDU)

Es ist hellseherisch und bis zu einem gewissen Grade geradezu sympathisch, wenn die REGENBOGEN-Gruppe mit diesem Antrag für die nächste Legislaturperiode dem dann von Ole von Beust geführten Senat Empfehlungen für die dringend erforderlichen Verbesserungen der Kindertagesbetreuungssituation mit auf den Weg geben möchte.

(Oh-Rufe bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es drückt wohl auch ein gut Teil Hoffnung aus, den selbst der REGENBOGEN in den kommenden Regierungswechsel legt. Auch das ist gut.

Seit langer Zeit plädiert die CDU dafür, die Kindertagesbetreuung zukunftsorientiert zu optimieren. Sie hat dazu – das habe ich schon mehrfach erwähnt – eine Vielzahl von konstruktiven Anträgen eingebracht. REGENBOGEN und CDU stimmen zumindest darin überein, daß der Bereich der Kinderbetreuung in keiner Weise zur Konsolidierung des Haushalts geeignet, aber eine Absicherung von Qualitätsstandards zwingend ist.

Gute Reformen sind immer mit einem Paradigmenwechsel verbunden. Im Zentrum einer Reform sollte aber nicht nur eine theoretische Optimierung, sondern zuletzt auch die Realisierbarkeit stehen. Bei allem Wohlwollen für die geäußerten Zielsetzungen des vorliegenden Antrags, den Ausbau des Halb- und Ganztagesangebots, Verbesserung der Betreuung durch gut ausgebildetes Fachpersonal sowie Entlastung der Familie – wobei mir diese Forderungen sehr bekannt vorkommen –, schlägt beim REGENBOGEN-Antrag leider ein Aspekt durch, der eine Zustimmung leider unmöglich macht. Schon bei den letzten Haushaltsberatungen gab es eine Kette von REGENBOGEN-Anträgen, die hübsch und verlockend aussahen, aber typisch für Politiker sind, die sicher sein können, an einer Umsetzung nicht verantwortlich beteiligt zu sein,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das machen Sie!)

oder auch die Umsetzung gar nicht ernsthaft vorhaben. Spätestens alle vier Jahre ist eine – besonders auch für die SPD – typische Erscheinung zu verzeichnen. Nein, ich meine nicht „Eugen mit dem Spaten“. Es bricht eine operative Hektik aus.

(Rolf Harlinghausen CDU)

A (Dr. Martin Schmidt GAL: Sie reden über sich selbst!)

Anträge werden gestellt und Erklärungen abgegeben, Herr Dr. Schmidt, die ohne Rücksicht auf Kosten das Blaue vom Himmel herunterfordern oder versprechen.

(Manfred Mahr GAL: Wie bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Durchsichtige Last-minute-Politik nenne ich das.

(Zuruf von Wolf-Dieter Scheurell SPD)

– Ich weiß, das tut weh, die Wahrheit ist schwer zu ertragen, Herr Scheurell.

SPD und GAL finden plötzlich trotz der bekannten Haushaltslage – fragen Sie einmal die Finanzsenatorin – über 150 Millionen DM mehr für die Kindertagesbetreuung. Wie Sie das gegenfinanzieren wollen, Herr Böwer, haben Sie bis jetzt auch nur wischiwaschi umschrieben, nachdem aber vorher in den letzten Jahren kräftig und in zweistelliger Millionenhöhe – einige sprechen von bis zu 40 Millionen DM – auf dem gleichen Feld zusammengestrichen wurde und eigentlich von Ihnen alles schon hätte viel früher geregelt werden können. Wer trägt seit Jahrzehnten die politische Verantwortung für die Betreuungsdefizite?

Der REGENBOGEN will sogar 820 Millionen DM zusätzlich ausgeben, wobei dort auch aus unserer Sicht eine etwas abenteuerliche Deckung angeboten wird. Es soll einmal wieder kräftig an der Steuerschraube gedreht und es sollen Investitionen in die wirtschaftliche Standardsicherung gekappt werden, die auch etwas mit der Lebensqualität für die nächste Generation zu tun haben. Ein solches Vorgehen ist nicht seriös, fördert auch nicht die Glaubwürdigkeit der Politik bei den Bürgern und ist kontraproduktiv für das Vertrauen der politischen Aussagen.

B

(Beifall bei der CDU)

Politik – nicht zuletzt im Kinder- und Jugendbereich – muß immer dem Anspruch einer ehrlichen Umsetzbarkeit genügen, Frau Sudmann.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Oh, ja!)

Seriös und glaubwürdig wäre es, am Anfang eine objektive und ideologiefreie Bestandsaufnahme vorzunehmen, alle Bereiche der Politik für junge Menschen auf den Prüfstand zu stellen, unabdingbare Qualitätsstandards und Vereinbarungen darüber zu ermitteln und festzusetzen und nach einem allgemeinen Kassensturz ein Konzept zur Umsetzung von Reformvorhaben unter Einbindung aller Betroffenen zu finden. Eine hohe Akzeptanz wäre die Folge.

Ein wichtiger Punkt ist hierbei sicher auch eine andere Kostenbeitragsstruktur, die sich am Niveau vieler vergleichbarer Großstädte orientiert. Warum soll das, was woanders in bezug auf Qualität und Kosten Normalität ist, ausgerechnet in Hamburg nicht erreichbar sein? Hieran wird die CDU konkret und mit Nachdruck arbeiten, um das zu erreichen.

Damit wäre auch vielen Kindern und deren Eltern, besonders Berufstätigen und/oder Alleinerziehenden, mehr geholfen als mit äußerst durchsichtigen Versprechungen auf paradiesische Zustände bei der Kindertagesbetreuung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Steffen.

Sabine Steffen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Harlinghausen hat eben ein großes Wort gelassen ausgesprochen: Die Ehrlichkeit und Umsetzbarkeit von Konzepten, was die Jugendhilfe betrifft – und damit auch die Kinderbetreuung –, ist ein schöner Anknüpfungspunkt für mich. Es gibt mir die Gelegenheit, die Debatte vielleicht einmal auf die Tatsachen zurückzuführen, die wir bisher haben.

C

(Zuruf von Rolf Harlinghausen CDU)

Was wollen wir? Wir haben uns in dieser Legislatur damit beschäftigt, verlässliche Rahmenbedingungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen, und wir wollen auch einen fairen Familienlastenausgleich. Daran arbeiten wir beziehungsweise haben wir – auch im Bund – schon entscheidende Punkte umgesetzt.

Ich möchte daran anknüpfen, was bisher getan wurde. Gerade Sie, Herr Harlinghausen, hatten in Ihrem Beitrag genannt, wichtig wäre es, daß Familien richtige Rahmenbedingungen vorfinden. Das ist natürlich nicht einfach. REGENBOGEN hat leicht reden, zu sagen, es soll alles kostenlos sein. Das löst aber natürlich nicht das Problem, weil man sich überlegen muß, wie ein Ausgleich tatsächlich gerecht stattfindet. Dann ist natürlich mit Erhöhung von Kindergeld und Steuererleichterung und -entlastung schon einiges getan. Wir haben das in vielfältigen Debatten zu diesem Thema vorher hier in aller Länge und Breite ausgeführt gehabt. Das muß ich hier nicht wiederholen.

Einen erheblichen Beitrag hat Rotgrün in dieser Legislatur zur Beitragsgerechtigkeit geleistet. Dieses Thema haben wir im Jugend- und Sportausschuß und in den Anhörungen schon des öfteren behandelt. Wie ist der Zustand aber vorher gewesen? Das hätte hier eigentlich den Aufschrei der Empörung auslösen müssen. In der Vergangenheit mußte von den Eltern wesentlich mehr für Halbtagsplätze als für Ganztagsplätze gezahlt werden. Dazu höre ich nichts. Dieses Thema ist in dieser Legislatur von Rotgrün angepackt worden, und wir haben es mit dem neuen Teilnahmebeitragsgesetz entscheidend verbessert und verändert.

D

(Rolf Harlinghausen CDU: Wer hat es denn so weit kommen lassen?)

Dazu würde ich gern etwas hören. Das sind doch alles nur falsche Reden, die hier von Ihnen gehalten werden, wenn gesagt wird, es ist alles teurer geworden. So kann man das nicht sehen. Schauen Sie sich doch die Beitragstabellen an.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn wir bessere Rahmenbedingungen wollen und auch Schritte dazu unternommen haben, ist das System der Kita-Card, das wir angepackt und entwickelt haben – dem haben wir uns fast übergreifend, mit einigen Abspaltungen, gemeinsam gewidmet –, auf einem guten Weg und ein wegweisendes Konzept. Da geht es darum, das erste Mal in der Geschichte der Kinderbetreuung in Hamburg tatsächlich Qualitätsstandards festzuschreiben. Vor nicht allzu langer Zeit gab es einen Bericht des Senats, der diesen Punkt aufgegriffen und deutlich gemacht hat. Dafür muß man auch einmal anerkennende Worte finden. Es ist nicht so, daß wir hier als Parlament vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern es wird beteiligt, es werden die Träger beteiligt. Die sagen sogar ausdrücklich, daß sie diesen Prozeß und auch die Idee begrüßen. Wo ist dann hier die Kritik zu hören? Ich nehme das gerne auf. Wir

(Sabine Steffen GAL)

- A haben uns sogar in den Ausschüssen verständigt. Nein, die Träger arbeiten mit. Sie begrüßen dieses Konzept ausdrücklich, und sie sagen auch, sie sind dabei, diese Qualitätsstandards zu entwickeln. Mehr kann man nicht erwarten. Daß man sich jetzt auf einen Prozeß einigt und dieses Ziel weiterverfolgt, ist genau das, was wir wollen.

(Rolf Harlinghausen CDU: Das wissen Sie selbst besser!)

Sie fangen mit Ihren Beiträgen genau an dem Punkt wieder an, über den wir eigentlich hinwegwollten. Was ist denn mit der Ausweitung der Kindertagesbetreuung von 20 000 Plätzen in den vergangenen Jahren? Zu der gegebenen Zeit war das die richtige Maßnahme. Was haben wir zeitnah festgestellt? Es kann nicht um die reine Ausweitung gehen, sondern es muß sich auch nach dem Bedarf richten, und es muß gezielt gesteuert werden. Das sind nicht nur unsere Worte, das sind auch die Worte der Opposition gewesen, die immer dann, wenn es gerne paßt, haushaltsmäßig so etwas aufgreift, und dann, wenn es fachlich nicht paßt, das Geld gerne hinausschmeißen will. So kann das auch nicht gehen. Die bedarfsgerechte Nachfrageorientierung, die wir anstatt der Angebotsausrichtung mit der Kita-Card einführen werden, führt dazu, daß wir diese Fehlsteuerung und Fehlangebote nicht mehr haben.

Ich möchte noch auf den Beitrag von Frau Sudmann eingehen: Versorgungsquoten? Über den Stand sind wir längst hinweg. Dieser Punkt ist uns auch von Trägern immer wieder nahegebracht worden, daß es nicht darum gehen kann, Versorgungsquoten festzulegen. Wir wollen, daß Kinder – egal ob es Krippenkinder, Elementar- oder Hortkinder sind –, die in dem Stadtteil eine Versorgung brauchen, sie auch bekommen. Das soll nicht daran scheitern, daß gesagt wird, in dem Stadtteil ist die Versorgungsquote erfüllt und die Träger können deshalb das Kind nicht aufnehmen. Das ist der Unsinn, den wir mit diesem neuen System überwinden. Also weg von den Versorgungswünschen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zum Schluß. Was ist notwendig? Das habe ich eben schon aufgeführt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Veränderung der Familienstrukturen. Veränderungen der Lebenslagen von Familien verlangen auch eine andere Infrastruktur. Wir sind dabei, dies zu entwickeln, und wir haben schon wesentliche Schritte bewältigt. Man kann nicht nur sagen, Sie arbeiten seit vier Jahren daran, wieso ist noch nichts geschehen. Wesentliche Punkte sind bewältigt, Herr Harlinghausen. Einseitige Patentlösungen, wie wir sie von Ihrer Partei hören, führen in die Irre. Herr Böwer hat das mit dem Punkt Ganztagserschulungsbau schon angedeutet. Natürlich ist das, was man als Gesamtkonzept sehen muß, was Jugendhilfe und Kinderbetreuung insgesamt betrifft, ganz entscheidend. Man darf diesen Aspekt nicht isoliert betrachten. In dem Moment, wo wir einen Ausbau von Ganztagserschulungen haben, in dem Moment – dieses Ziel haben wir uns für die nächste Legislaturperiode gesetzt –, wo es um eine intensivere, anders strukturierte Zusammenarbeit zwischen Institution von Jugendhilfe und Schule geht, wird es Rückwirkungen auf die Kinderbetreuung haben. Das wird auch das Kinderbetreuungssystem verändern müssen. Wir haben damit die Voraussetzungen geschaffen, daß wir zeitnah und flexibel darauf reagieren können. Das bisher Vorgelegte zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann. C

(Dr. Mathias Petersen SPD: Wo ist der Koffer?)

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Ich brauche keinen Koffer, sondern ich werde Ihnen vorstellen, woher das Geld kommt. Herr Harlinghausen sagte, es wäre unseriös. Ich halte es lieber mit Frau Steffen und nenne einige Tatsachen.

Wenn Sie mitgerechnet haben, werden Sie festgestellt haben, daß wir mit unserem Antrag auf ungefähr 1,365 Milliarden DM im Jahr kommen, die wir für die Kindertagesbetreuung brauchen. Das ist Fakt. Jetzt komme ich zu dem Koffer. Dieser Koffer muß nicht von mir allein, sondern muß vom Bund gefüllt werden. Das EU-Netzwerk Kinderbetreuung, das ich vorhin schon einmal angesprochen habe, hat in einem Aktionsprogramm, das in 2003 vollendet werden soll, für alle Mitgliedstaaten beschlossen, daß sie jeweils 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Kindertagesbetreuung – das hat Herr Böwer richtig gesehen – der Null- bis Fünfjährigen zur Verfügung stellen sollen. Sehe ich mir das Bruttoinlandsprodukt von Hamburg an, dann stelle ich fest, daß Hamburg für die Kindertagesbetreuung jährlich 1,4 Milliarden DM zur Verfügung stellen muß. Ich bin dann großzügig und sage, ich bin im ersten Schritt damit zufrieden, wenn wir das für alle Kinder von null bis zwölf Jahren nehmen. Das heißt also, der Koffer, der nicht gefüllt ist, liegt in Ihrer Verantwortung, auch von SPD und GAL auf Hamburger und auch auf Bundesebene. Wenn Frau Steffen sagt, auf Bundesebene haben Rot und Grün einen fairen Familienlastenausgleich hergestellt, dann habe ich das Gefühl, daß sie wirklich die klassische Familie meint, die mit den Doppelverdienerinnen. Gucken Sie sich die Kritik der Alleinerziehendenverbände an, die sagen, wir müssen über die neuen Steuern und die neuen Regelungen wesentlich mehr Geld abgeben als vorher. D

Fazit ist – Sie können das hin- und herrechnen mit den Steuergeschichten und den anderen Sachen –, Sie werden nie eine gerechte Lösung dafür finden, daß alle Eltern für ihre Kinder den gleichen Zugang zur Kindertagesbetreuung haben. Deswegen ist es noch ein Argument mehr, zu sagen, die Kindertagesbetreuung soll kostenlos sein. Ich habe Ihnen schon genügend andere renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genannt, die das unterstützen. Sie wollen das nicht akzeptieren. Aber sagen Sie bitte schön, warum hat der Bund die Verpflichtung nicht erfüllt? Warum ist Hamburg nicht bereit, auch das als wichtige Infrastrukturmaßnahme und als wichtige Kostenausgabe zu sehen? Damit komme ich zu Herrn Böwer, der von nachhaltigen Finanzen spricht und der es nachhaltig findet, wenn wir 1,3 Milliarden DM für die EADS ausgeben. Herr Böwer, wir können uns darüber streiten.

Ich nehme ein anderes Beispiel: die Straßenbahn. Sie würden doch auch sagen, das ist ein nachhaltiges Projekt, und sie finden es toll, wenn Menschen, die heute Kinder sind, auch noch in 20 oder 30 Jahren damit fahren können. Warum soll die Generation, die in 20 oder 30 Jahren in Hamburg lebt, die Straßenbahn nicht auch bezahlen? Sie nutzt sie ja auch. Warum sehen Sie aber bei der Bildung diesen Punkt nicht. Bei der Bildung sagen Sie, das gilt natürlich nur für heute. Die Menschen, die in 20 Jahren leben, sollen nicht die heutige Bildung bezahlen. Das ist Quatsch. Bildung ist in Ihren Augen doch auch ein nachhaltiges Produkt. Deswegen muß für Bildung jetzt Geld ausgegeben werden. Man kann dann die Verschuldungs-

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A debatte noch einmal neu führen, wieweit es sinnvoll oder nicht sinnvoll ist, die öffentlichen Ausgaben zu steigern.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wirklich interessant ist, wenn Frau Steffen sagt, mit der Kita-Card machen wir etwas ganz Tolles,

(Petra Brinkmann SPD: Machen wir ja auch!)

alle sind begeistert und finden das System von Kita-Card gut. Sollte man vielleicht vergessen haben, daß der Senat im November mit der damals relativ neuen Senatorin die Notbremse gezogen hat, weil der Protest gegen die Umsetzung der Kita-Card so groß wurde? Nichts war gut. Im Gegenteil. Alles ist schlecht gelaufen. Deswegen mußten sie das Ganze anhalten und noch um ein Jahr verschieben. Das ist Fakt und nicht das, was Sie beschrieben haben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Harlinghausen, Ihre Partei tritt möglicherweise nach dem 23. September an, in dieser Stadt die Verantwortung zu übernehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Dr. Roland Salchow CDU: So ist es! – Rolf Harlinghausen CDU: Genau!)

Dann müssen Sie sich aber gefallen lassen, daß Sie hier mit 23 aneinander gepaarten Sprechblasen nicht auskommen.

B (Beifall bei der SPD)

Sie haben die Aussage in dem Punkt verweigert, wohin eigentlich in Hamburg Familien- und Kinderpolitik gehen soll. Das einzige, worauf Sie sich eingelassen haben, war zu sagen, da muß man vielleicht einen Kassensturz machen und alle Leute zusammenholen. Der einzige Punkt, an dem Sie konkret geworden sind, war im Bereich des Elternbeitrags. Dann sind Sie wieder schwammig geworden und haben gesagt, „das muß im Vergleich sein mit denen der Großstädte“.

Meinen Sie Frankfurt, wo ein einkommensunabhängiges Kinderbeitragssystem gilt, wo durchschnittlich 300 DM bezahlt werden müssen, unabhängig davon, wieviel Geld man nach Hause bringt? Meinen Sie Bayern, wo der durchschnittliche Beitrag – etwa im Bereich der Krippe – bei etwa 600 DM liegt und der Staat sich weigert, Eltern überhaupt einen Zuschuß zu zahlen, so daß man dort auf 2200 DM Krippenbeitrag kommt? Herr Harlinghausen, ich weiß nicht, ob Sie vielleicht im Senat von Ole von Beust neben Schill den Jugendsenator machen – ich weiß nicht, was schlimmer ist –, aber Sie haben zum Beispiel völlig die Aussage verweigert, ob Sie ausbauen oder wie Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen wollen. Auch in diesem Bereich findet sich in Ihrem Wahlprogramm nichts, nur reine Sprechblasen. Daran müssen Sie sich messen lassen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Sudmann?

(Thomas Böwer: Ja, wenn sie nicht wieder zur Steuerschätzung ist!) C

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Herr Böwer! Was werden Sie als Oppositionspolitiker im nächsten Jahr zur Kindertagesbetreuung fordern?

Thomas Böwer (fortfahrend): Genau das gleiche, was wir jetzt fordern, denn wir sind von unserem Konzept überzeugt. Wir sagen an dieser Stelle, wir werden eine Hamburger Garantie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aussprechen und auch realisieren, genauso wie wir die Verlässliche Halbtagsgrundschule in Hamburg versprochen und durchgeführt haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Genauso wie wir gesagt haben, Hamburg wird eines der ersten Bundesländer sein, das den Rechtsanspruch auf eine vierstündige Kindergartenbetreuung im Zusammenhang mit dem Rechtsanspruch, den es bundesweit gibt, umgesetzt hat.

Genauso wie wir gesagt haben, wir halten die Qualitätsstandards im Bereich der Kindertagesbetreuung. Damit liegen wir im Bundesvergleich an der Spitze. Was wir nicht versprechen, was Sie dann tun, Frau Sudmann, ist, zu sagen, wir erhöhen das.

Herr Harlinghausen, wenn Sie in dieser Stadt in einem zentralen Bereich Verantwortung übernehmen wollen, dann müssen Sie Klartext reden. Ich weiß, das fällt in Ihrer Fraktion schwer, und ich weiß auch, daß Ihr Kandidat an dieser Stelle möglicherweise einige Schwächen hat. Aber das können Sie uns ja gleich erklären. – Danke. D

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Böwer, so viele Worte für so wenig Inhalt. Das kenne ich von Ihnen.

(Oh-Rufe von der SPD und der GAL)

Ich möchte Ihnen nur ein paar Fakten sagen. Ich habe das Gefühl, Sie wollen gar keine Fakten hören, aber erst fordern Sie sie.

Wenn Sie zu dem Kostenniveau, das Eltern aufzubringen haben, so vollmundig Vergleichszahlen liefern, dann sollten Sie dort ehrlich sein. Sie wissen ganz genau, daß in Frankfurt, in Stuttgart, in Leipzig und in München – Sie haben Einzelbeispiele herausgepickt – das Kostenniveau zwei- bis dreimal niedriger ist als in Hamburg. Sie bringen immer Ihren Stormarn-Vergleich. Da haben Sie wahrscheinlich einmal einen Zahlendreher gesehen, den Sie immer wiederholen, weil der Ihnen so gefallen hat.

(Zuruf von der SPD: Davon hat er gar nichts erzählt!)

Aus Ihren Worten spricht die Angst vor dem 23. September. Das sehen wir natürlich mit Genugtuung. Wir werden die gesamte Kinder- und Jugendpolitik auf den Prüfstand stellen.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A – Das kommt mir so vor wie in der Grundschule. Da schreien die Kinder auch auf, wenn ihnen etwas gefällt, und hören dann nicht mehr weiter zu.

Wir werden uns mit den Beteiligten – mit den Organisationen, mit den Verbänden, mit den Trägern, mit den Eltern – zusammensetzen, und zwar vorher.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ja, ja!)

Sie teilen nur mit, was gefälligst nachzuvollziehen ist. Wir werden ein System finden, das zu mehr Beitragsgerechtigkeit, wie es in anderen Städten ist, führen wird.

Wir werden dafür sorgen, daß die Qualitätsstandards sicher sind. Das geht nur in Absprache mit den Betroffenen,

(Zurufe: Toll! Toll!)

das heißt mit denen, die auf Kindertagesbetreuung angewiesen sind.

(Thomas Böwer SPD begibt sich für eine Zwischenfrage ans Mikrofon – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Harlinghausen ...

Rolf Harlinghausen (fortfahrend): Ich mußte Herrn Böwer schon so oft ertragen. Ersparen Sie mir das hier ein paar Minuten.

Ich kann Ihnen versichern, daß wir mit den Fachleuten sprechen werden, die Sie immer erst hören, wenn Sie Ihre Konzepte beschlossen haben. Ich weise nur auf Ihre hochgelobte Kita-Card hin. Dieses Modell, das keine schlechte Idee ist, wurde in der Ausgangslage von uns mitgetragen. Aber, was Sie daraus gemacht haben, hat zu einem Aufschrei in allen Fachbereichen geführt. Sie fragen die Beteiligten immer erst hinterher. Wenn überhaupt, laufen Sie mit der Fragedose herum und nehmen noch irgend etwas auf, weil Sie Angst haben, daß die Beschwerden zu groß werden. Gehen Sie in die Kindertageseinrichtungen und fragen Sie die Eltern, wie sehr sie belastet sind. Abmeldungen werden Ihnen von den Bezirksamtern bestätigt. Ich habe sie Ihnen gezeigt, Herr Böwer, Sie wollten darauf gar nicht eingehen.

Um darauf zurückzukommen, was werden wir tun? Wir werden dann, wenn wir die Verantwortung tragen, nicht 40 Jahre lang darüber reden, sondern wir werden uns mit den Betroffenen zusammensetzen und auf einer soliden finanziellen Grundlage umgehend die Kindertagesbetreuung, die die Eltern und Kinder in dieser Stadt verdient haben, gewährleisten. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse über den Antrag aus der Drucksache 16/6038 abstimmen. Wer stimmt dem Antrag zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Als nächstes rufe ich Tagesordnungspunkt 33 auf: Mitteilung des Senats über Maßnahmen gegen häusliche Gewalt. Es ist die Drucksache 16/6048.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 13./14./15. Dezember 1999
(Drucksache 16/3546) – Maßnahmen gegen
häusliche Gewalt –
– Drucksache 16/6048 –]**

Die GAL möchte diese Drucksache zur federführenden Beratung an den Innenausschuß und zur Mitberatung an den Gleichstellungsausschuß überweisen. Von wem wird das Wort gewünscht? – Frau Ernst, Sie haben es.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit einigen Jahren ist die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen auf der politischen Agenda weiter nach oben gerückt. Der Grund ist eindeutig: Die Mehrheit der Gesellschaft will sich mit dem nach wie vor großen Ausmaß der Gewalt gegen Frauen nicht abfinden. Diese Gewalt soll endlich nicht mehr als private Bagatelle abgetan werden, gegen die angeblich sowieso nichts getan werden kann.

Nicht mehr akzeptabel ist, daß die Opfer durch eine Flucht in ein Frauenhaus ihren Lebensmittelpunkt verlieren und so weitere Nachteile haben. Daher ist der Grundsatz „Das Opfer bleibt, der Täter geht“ formuliert worden, der jetzt umgesetzt wird.

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Aktionsplans zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen nunmehr einen Gesetzentwurf für ein Gewaltschutzgesetz vorgelegt, das voraussichtlich am 1. Januar 2002 in Kraft treten wird. Durch dieses Gesetz wird es Opfern von Gewalt im häuslichen Bereich leichter gemacht, die gemeinsame Wohnung überlassen zu bekommen.

Im Dezember 1999 hat diese Bürgerschaft den Senat aufgefordert, der Gewalt im häuslichen Bereich in Paarbeziehungen entgegenzutreten, und wir haben ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen. Die Ergebnisse liegen nun vor und werden in der vorliegenden Drucksache eindrucksvoll beschrieben.

Erstes wichtiges Ergebnis: Die Gewalt gegen Frauen wird nicht länger bagatellisiert und endlich bei der Polizei zahlenmäßig erfaßt, so daß wir künftig ein genaueres Bild über die Situation in Hamburg bekommen. Das war bisher nicht der Fall. Das Ergebnis der Großen Anfrage der SPD-Fraktion von 1998 zeigte diesen Mangel deutlich auf. Aus der Polizeistatistik in Hamburg ergaben sich keine verlässlichen Angaben darüber – weder in Hamburg noch in der Bundesstatistik. Die Statistik in Hamburg ist geändert worden, und auch die Bundesstatistik wird noch verändert.

Herr von Beust hat uns kürzlich mitgeteilt – auch in der Presse waren ähnliche Äußerungen zu lesen –, daß er die Bekämpfung der Gewalt von Männern gegen Frauen – in der Regel sind es Männer – nicht so wichtig findet.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist Quatsch! – Heino Vahldieck CDU: Das wird durch Wiederholung nicht richtiger! – Jürgen Klimke CDU: Quelle nennen!)

– Quelle: Herr von Beust, in diesem Parlament. Viele haben es gehört.

Nichtwissen über die Situation kann durch Fakten begegnet werden. Ignoranz natürlich nicht, und wir werden sehen, welche Bedeutung dieses Thema für die CDU künftig haben wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein weiterer Punkt ist wichtig. Was passiert, wenn die Gewalt gegen Frauen bei der Polizei bekannt wird? Hier beschreibt die Drucksache, daß im Oktober 1999 eine Stichprobe durchgeführt wurde. Ergebnis ist, was wir auch immer wahrgenommen haben, für einen ganz großen Teil der männlichen Täter bleibt die Gewalt gegen Frauen absolut folgenlos. Die Stichprobe zeigt, daß weniger als die Hälfte

(Britta Ernst SPD)

- A der Fälle von der Polizei als Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft weitergegeben wurde. Doch selbst das führte nicht unbedingt dazu, daß etwas passiert. Eine Überprüfung durch die Generalstaatsanwaltschaft hat ergeben, daß zwei Drittel aller Fälle erneut überprüft und zurücküberwiesen wurden. Diese Fälle wurden ursprünglich „mangels öffentlichen Interesses“ eingestellt. Hier hat eine Nachprüfung ergeben, daß sehr wohl ein öffentliches Interesse bestehen könnte, um diese Gewalt zu verfolgen.

Aber es gibt auch Fälle, in denen eingestellt wurde, weil kein Strafantrag der Frauen vorlag. Auch hier ist in dieser Stichprobe herausgekommen, daß eine ganze Reihe von Fällen erneut überprüft wurde und daß das öffentliche Interesse bejaht werden kann, so daß die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

Das zeigt, daß der Prozentsatz der Täter, für die Gewalt gegen Frauen folgenlos bleibt, in Hamburg zu hoch gewesen ist und verändert werden muß. Opfern blieb es überlassen, den Privatklageweg zu beschreiten. Wir wissen doch erstens, daß die Dunkelziffer sehr hoch ist und daß es gerade bei Gewalt in Paarbeziehungen sehr schwerfällt, diese Schritte zu gehen.

Die oben beschriebenen Verfahren wurden zugunsten der Opfer verändert. Bei Körperverletzung, Beleidigung und Drohung, bei Gewalt im häuslichen Bereich stellt die Polizei ab April 2000 unabhängig vom Verhalten des Opfers Strafanzeige und leitet dadurch ein Ermittlungsverfahren ein, das in jedem Fall der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung vorgelegt wird.

- B Seit April 2000 wird aufgrund der geänderten Dienstanzweisung an die Staatsanwaltschaft auch häufiger aus öffentlichem Interesse von Amts wegen eingeschritten. Dieses ist ein riesiger Schritt für die betroffenen Frauen. Damit wird Gewalt im häuslichen Bereich und in der Paarbeziehung genau so verfolgt wie Gewalt in anderen Bereichen.

Die Frauen haben aber auch in der akuten Gewaltsituation jetzt besseren Schutz. Durch die vom Senat beschlossene Änderung des Polizeigesetzes, des SOG, das der Bürgerschaft vorliegt und bei dem ich davon ausgehe, daß wir es auch beschließen, ist es der Polizei möglich, die Täter in einer Situation der akuten Gewalt sofort aus der Wohnung zu weisen. Mit der sogenannten Wegweisung können die Männer für zehn Tage aus der Wohnung entfernt werden. Durch dieses veränderte Polizeigesetz ist es auch möglich, diese Frist um zehn Tage zu verlängern, wenn innerhalb dieser Zeit vom Zivilgericht noch keine Entscheidung erreicht wurde.

All dies sind entscheidende Verbesserungen für Opfer von Gewalt. Allen wird klar, hier geht es nicht um Kavaliersdelikte. Gewaltausübung, auch im Privaten, hat Folgen. Die Opfer müssen keine Angst haben, daß die Täter nach wenigen Stunden wieder auftauchen und sich die Gewaltspirale weiter dreht. Wir wissen nicht, ob es eintritt, aber wir hoffen, daß bei den Tätern ein Umdenken einsetzen kann, weil sehr schnell auf Gewalt reagiert wird. Die Täter sind es, die sich eine neue Unterkunft suchen müssen, und sie müssen auch ihrem Bekanntenkreis erklären, was mit ihnen passiert ist.

Einen weiteren wichtigen Punkt möchte ich erwähnen. Seit 1999 arbeitet in Hamburg der von der Opferhilfe initiierte Runde Tisch zur Bekämpfung von Männergewalt. Auch dieser Schritt der Zusammenarbeit war überfällig. Endlich arbeiten in Hamburg die Frauenhäuser, die Beratungsein-

richtungen, die Polizei und die Justiz zusammen. Dort wurden auch die Stellungnahme Hamburgs zum Gewaltschutzgesetz genau so wie die veränderten Polizeidienstvorschriften beraten.

(Beifall bei der SPD und bei Heide Simon GAL)

Für die öffentliche Debatte ist ein anderer Punkt sehr wichtig. Die Initiative des Notrufs in Hamburg, die Kampagne „Zweitausend und ein Mann gegen Vergewaltigung“ ist ein sehr guter Anknüpfungspunkt. Viele Männer werden sehr nachdenklich, wenn sie aufgefordert werden, diese Kampagne durch die Unterschrift zu unterstützen. Bürgerschaft und Senat haben die Kampagne finanziell unterstützt und eine Reihe von Abgeordneten – allerdings überwiegend der rotgrünen Regierungsfractionen – haben das unterschrieben. Das wäre auch eine Möglichkeit für die männlichen Abgeordneten der CDU, ihren Worten Taten folgen zu lassen und gegen Gewalt gegen Frauen einzutreten.

(Beifall bei der SPD – Uwe Grund SPD: Genau!)

Ich komme zu einem letzten Punkt. Es geht nicht nur um den konkret verbesserten Umgang bei Gewalt gegen Frauen. Entscheidend ist auch, daß sich die Gesellschaft im Umgang mit Männergewalt anders verhält. Niemand soll mehr wegschauen oder weghören, der mit dieser Gewalt konfrontiert wird. In keinem Freundeskreis soll es unwidersprochen bleiben, wenn bekannt wird, daß es in einer Partnerschaft zu Gewalt kommt. Es sollten auch keine lockeren Sprüche darüber, daß ein Mann seiner Frau mit Schlägen wieder einmal zeigen mußte, wer das Sagen hat, unkommentiert bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Bundesgesetz und das Hamburger Polizeigesetz, die vielen Veränderungen sind ein Durchbruch für konkreten Opferschutz im Bereich der innersten Sicherheit. Darüber sind wir froh.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Veränderungen des SOG mit dem sogenannten Wegweisungsrecht werden auch von der CDU unterstützt. Warum hier andere Aussagen getätigt worden sind, verstehe ich gar nicht.

(Günter Frank und Jürgen Schmidt, beide SPD: Wir auch nicht!)

Das wissen Sie aus den Ausschüssen in den letzten drei Jahren, in denen wir umfangreich über dieses Thema debattiert haben; daher verstehen wir diese Äußerung nun gar nicht.

Zwanzig Tage Entfernung aus einer Wohnung, vielleicht sogar von der Arbeitsstätte der Frau oder vom Kindergartenplatz des Kindes, sind sehr wichtig. Die Opfer brauchen manchmal diesen Schutz. Der bisherige Platzverweis war in vielen Fällen nicht erfolgreich.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Auch diese Punkte sieht die CDU als erheblichen Handlungsbedarf an.

In den letzten drei Jahren ist viel geredet und untersucht worden, aber passiert ist relativ wenig. Insoweit unterstütze ich zwar viele Punkte und Analysen von Frau Ernst,

(Viviane Spethmann CDU)

- A und wir werden heute bestimmt auch noch mehr hören, aber es ist einfach zu wenig passiert.

Die Umsetzung des SOG muß nun hauptsächlich von der Polizei getragen werden. Es wird eine erhebliche Mehrarbeit auf sie zukommen, die wir unterstützen müssen. Sehr positiv ist, daß die Gewerkschaften dieses erkannt haben, sehr viele Schulungen anbieten und sich intensiv mit diesem Thema beschäftigen. Das sind Punkte, die es zu honorieren gilt und bei denen wir uns überlegen müssen, wie wir es schaffen, die Polizei weiter zu sensibilisieren beziehungsweise die bisherige Resignation in diesen Bereichen aufzufangen. Eines müssen wir tatsächlich sehen: Frauen durchleben das Erlebte immer wieder und leiden weiter darunter; sie fürchten, daß der Täter wieder auftaucht, und scheuen sich davor, Anzeigen zu erstatten. Das letzte Beispiel, das wir kürzlich mit einer Verurteilung erleben konnten, ist der Fall Böttcher in Wilhelmsburg. Der Täter war dort bereits stadtbekannt, er hatte seine Ex-Freundin bedroht, und das Ergebnis konnte man dann hinreichend lesen.

Was aber viel nötiger ist, ist nicht nur eine einfache Gesetzesänderung, sondern ein Gesamtkonzept. Den Frauen wird es nichts nützen, daß ein Täter weggewiesen wird, sondern wichtiger ist ein Beratungs- und Begleitangebot; die Frauen müssen begleitet werden. Ich kenne das aus Scheidungsverfahren, bei denen ich als Anwältin dabei bin und bei denen die Mandantinnen einfach nicht mehr wissen, ob sie diese Schritte noch weitergehen wollen oder nicht. Das heißt, sie müssen jemanden haben, der ihnen genau sagt, was passiert. Daher ist es für uns ganz wichtig, daß Frauen- und Kinderschutzhäuser weiter erhalten werden. Sie bilden einen sehr wichtigen Bereich dieses Maßnahmeplans, bei dem wir mit einem Gesamtkonzept weiter vorangehen müssen. Der erste Punkt wird aber sein, die Polizei zu stärken und das neue Gesetz umzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Simon.

Heide Simon GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ab sofort ist alles anders, und das ist das Entscheidende in dieser Stadt. Frau Spethmann, wenn Sie sagen, Sie unterstützen seitens der CDU das, was wir hier vorgelegt haben, dann freuen wir uns selbstverständlich darüber. Wenn Sie aber gleichzeitig sagen, daß Sie seit drei Jahren viele Reden über dieses Thema verfolgen mußten, jedoch sehr wenig Handlungskonzepte und Ansatzmöglichkeiten erkennen konnten, dann weise ich das schlichtweg zurück;

(Dr. Roland Salchow CDU: Mit Empörung zurück!)

das ist eine falsche Darstellung.

Zum Thema Gewalt gegen Frauen sind wir seit langer Zeit dabei, zusammen mit allen beteiligten Institutionen und Trägern Handlungskonzepte zu erarbeiten, und zwar nicht nur bei diesem Thema im häuslichen Bereich, sondern ebenso bei Menschen- und Frauenhandel sowie vielen anderen Themen in der Stadt. Bei dem, was der Senat heute vorgelegt hat, gilt unser Dank auch den beteiligten Senatorinnen, Frau Sager, Herrn Scholz und Frau Peschel-Gutzeit, die jetzt nicht mehr anwesend ist. Das ist sozusagen die Folge und das Resultat der langwierigen Verhandlungen und Handlungskonzepte, die wir in diesem Bereich bearbeitet haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Roland Salchow CDU: Herrn Scholz haben Sie nicht gelobt!)

– Soviel ich weiß, habe ich Scholz gesagt. Ich habe Herrn Scholz erwähnt, und auch sein Vorgänger hat natürlich einen entsprechenden Anteil daran.

Was bleibt weiterhin zu tun? Wir wissen, daß die betroffenen Frauen – Frau Spethmann, das haben Sie eben zu Recht angesprochen – erst einmal unter Schock stehen. Wir wissen auch, daß die Zwanzig-Tage-Frist, die wir jetzt durchgesetzt haben, überaus positiv ist, aber unter Umständen für die Frauen nicht ausreicht, sich zu entscheiden. Das heißt, sie müssen überlegen, wie es in ihrer Lebens- und Familiensituation weitergeht. Sie sind oftmals auf sich allein gestellt, auf Sozialhilfe angewiesen, und das ergibt einen Umbruch in der Lebenssituation. Daß Beratung und Begleitung für die Frauen gleichzeitig stattfinden, dafür haben wir in der Stadt eine Menge getan. Die entsprechenden Beratungsstellen, die eine sehr wichtige und sinnvolle Arbeit leisten, werden auch weiterhin finanziert. Dazu gehören der Notruf, der bereits angesprochen wurde, die Frauenhäuser, wie auch alle anderen Frauenberatungsstellen in der Stadt, die in diesem Umfeld tätig sind.

Die Erfahrungen – wie in Berlin und in Kiel – haben gezeigt, daß sich Frauen oft scheuen, nach solchen gewalttätigen Vorfällen in die Beratungsstellen zu gehen. Ich glaube, wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, ob wir nicht aufsuchende Beratungsarbeit zu Hause bei den Frauen leisten. Ich spiele auf einen Modellversuch an, den es in Berlin gibt, bei dem ausprobiert wird, die Beratung für eine gewisse Zeit vor Ort in die Wohnungen zu verlagern – weil sich die Frauen so wenig öffnen und in die Beratungsstellen gehen – und sie dort sehr schnell aufzuklären. Die Polizei, Frau Spethmann, hat natürlich eine ganz wichtige Funktion und muß, wenn sie zu Familienstreitigkeiten gewalttätiger Art gerufen wird, vor Ort mit der Situation sehr sensibel umgehen. Auch da sind wir auf dem guten Wege, Erfahrungen von Berlin und Kiel mit einfließen zu lassen und den Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort eintreffen, Handlungskonzepte mitzugeben, damit sie relativ objektiv und unbefangen das Geschehen und das Täter-Opfer-Verhältnis beurteilen können.

Das Wegweisungsrecht ist eine ganz entscheidende und wichtige Neuerung, reicht aber mit Sicherheit nicht aus – davon bin ich zumindest überzeugt –, denn es muß uns gelingen, den Mann dauerhaft von der Wohnung fernzuhalten, der vorher oder immer wieder gewalttätig war und wird. Wir müssen aber in einer gewissen Art und Weise kontrollieren, daß die Gewalttätigkeiten nicht weitergehen.

Die Erfahrungen zeigen, daß Frauen und Kinder sich oftmals sehr schlecht gegen diese Belästigungen und Bedrohungen wehren können, auch wenn sie in der Wohnung bleiben können. Wir müßten darüber nachdenken, dieses Wegweisungsrecht, ähnlich wie in Österreich, mit einem Rückkehrverbot zu koppeln. Es gibt juristische Hindernisse, weil bei uns für das eine der Bund und für das andere das Land Hamburg zuständig ist, aber wir sind auf einem guten Weg. Die Bundesjustizministerin in der Berliner Koalition wird beziehungsweise hat schon einen entsprechenden Regierungsentwurf vorgelegt.

Ich komme zum Thema des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt, den wir in Hamburg eingeleitet haben. Dieser Runde Tisch – das hatte bereits Frau Spethmann angesprochen, und sie fand es sehr wichtig, so wie ich sie verstanden habe – wird ein koordiniertes Handlungskonzept

C

D

(Heide Simon GAL)

- A für Hamburg vorlegen. Dort sitzen alle Institutionen und betroffenen Träger an einem Tisch, und es wird um ein Handlungskonzept für die Polizistinnen und Polizisten vor Ort gehen.

Ein weiterer Punkt ist der Täter-Opfer-Ausgleich. Sie wissen, daß das Senatsamt für die Gleichstellung 1997 ein Gutachten zum Täter-Opfer-Ausgleich, verbunden mit Mediation, in Auftrag gegeben hat. Ziel war es, neue Wege der Konfliktregelung und Gewaltprävention im deutschen Strafrecht zu finden und vorzuschlagen. Genau auf der Grundlage dieses Gutachtens findet jetzt mit der Justizbehörde ein Modellversuch zum Täter-Opfer-Ausgleich bei von Gewalt betroffenen Paarbeziehungen in Hamburg statt, die in einem sogenannten Ko-Schlichtungsverfahren reguliert werden sollen. Dieser Versuch läuft seit Januar 2001. Wir werden diese Ergebnisse hier im Hause sehr genau zu bewerten haben, weil Ko-Schlichtung nicht immer das geeignete Instrument sein muß, besonders wenn es in Paarbeziehungen um Fälle extremer Gewalt geht, um Fälle sexualisierter Gewalt oder um Körperverletzung. Dann sind die Frauen in der Regel stark traumatisiert und können im Rahmen der Ko-Schlichtung des Verfahrens keine Einigung mit dem gewalttätigen Partner erzielen; das zeigen Erfahrungen. Bedauerlicherweise muß ich deutlich sagen, daß das auch die Kritik von Einrichtungen in der Stadt zeigt. Ich finde, daß wir diese Kritik ernst nehmen müssen und genau auswerten, ob dieses Verfahren das geeignete Instrument für Hamburg sein wird, da wir es dann unter Umständen zu einem Regelverfahren durch die Justizbehörde machen würden.

- B Die Frauenhäuser und Beratungsstellen, das ist schon angesprochen worden, sind weiterhin sehr wichtig für uns. Wir haben in der rotgrünen Koalition dafür Sorge getragen, daß der Notruf, die Frauenhäuser und die Beratungsstellen von uns weiterhin finanziell gut ausgestattet werden, um diese Arbeit mit den Frauen und den betroffenen Kindern weiter fortführen zu können. Solange wir Gewalt in Paarbeziehungen und gegen Frauen in Hamburg nicht endgültig verhindern können, sind diese Einrichtungen zwingend notwendig.

Unabhängig von diesem für uns sehr wichtigen und entscheidenden Schritt in Hamburg, das Wegweisungsrecht eingeführt zu haben, müssen wir weiter daran arbeiten, daß Gewalt gegen Frauen insgesamt gesellschaftlich geächtet wird, weil es kein Kavaliersdelikt, sondern eine Menschenrechtsverletzung ist. Es ist kein Problem der betroffenen Frauen, kein Einzelschicksal, sondern ein gesellschaftliches Problem und damit auch ein rechtsstaatliches.

Wir haben eine Menge für die Verbesserung der betroffenen Frauen getan, für den Täter-Opfer-Ausgleich und für den Schutz von Opfern von Gewalttaten. Die strukturellen Änderungen, die wir insgesamt langfristig herbeiführen müssen, erfordern, wie ich einleitend sagte, ein abgestimmtes Handlungskonzept. Wir beschreiten hier in Hamburg unter Rotgrün einen neuen Weg, auf den wir sehr stolz sein können und der sehr erfolversprechend zu sein scheint, und zwar nicht für uns, sondern für die betroffenen Frauen und die Opfer, denen diese neue Handlungskonzeption eine gewaltlose Zukunftsperspektive bieten kann.

Wir wollen gemeinsam an diesem Konzept weiter arbeiten. Es ist ein Konzept, das die Gewalt gegen Frauen und Kinder ächtet. Ich bitte Sie alle hier im Hause um die nötige Unterstützung – vor allem an die Reihen der CDU gerich-

tet –, wenn es im Wahlkampf um das Thema Innere Sicherheit geht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir begrüßen es natürlich, daß wir heute schon in einem Punkt weiter sind, als es noch in der Drucksache steht, daß wir nämlich bald eine Änderung des SOG zum Wegweisungsrecht im Parlament verabschieden werden. Das ist tatsächlich gut.

Hamburg war dabei nicht besonders schnell. In anderen Bundesländern gibt es das schon wesentlich länger. Trotzdem ist Hamburg der Aufforderung der Bundesregierung gefolgt und hat das Landespolizeigesetz im Vorgriff auf das Bundesgesetz so geändert, daß die Polizei einem Gewalttäter das Betreten der Wohnung verbieten kann. Das ist absolut zu begrüßen.

Ferner ist zu begrüßen, daß sich der Senat in Person von Herrn Scholz endlich zu einer eindeutigen Aussage entschlossen hat, daß aufgrund dieser Gesetzesänderung keine Frauenhausplätze gestrichen werden. Das Herumgeeiere des Senats noch im April zu dieser Frage war für mich schlichtweg unerträglich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU und bei *Andrea Franken GAL*)

Schlecht ist es allerdings, das muß man auch sagen, daß es offensichtlich noch immer keine Überlegungen dazu gibt, wie die Männerarbeit verändert werden soll. Denn Opferschutz ist auch Täterarbeit. Blickt man nach Mecklenburg-Vorpommern, so soll dort beispielsweise flächendeckend ein Beratungsangebot für Gewalttäter eingeführt werden. Ich denke, hier hat Hamburg noch einiges zu tun.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Auch wenn wir hier die Senatsmitteilung debattieren und nicht die Änderung des SOG, kann ich trotzdem nicht umhin, noch einmal zu betonen, wie widerwärtig ich es finde, die Gesetzesänderung bezüglich des Wegweisungsrechtes mit der Einrichtung einer Beschwerdeinstanz bei der Ingewahrsamnahme zur präventiven Gefahrenabwehr zu verknüpfen. Die offensive richterliche Beeinflussung in Richtung repressiver Rechtsprechung ist höchst undemokratisch und die Verquickung der Gesetzesänderungen miteinander höchst unmoralisch. Das ist leider sehr bedauerlich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Scholz.

Senator Olaf Scholz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen hier über eine Drucksache, die sich mit häuslicher Gewalt beschäftigt. Ich glaube, es ist in dieser Diskussion ganz wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß es nicht die Häuser und Wohnungen sind, die die Gewalt ausüben, sondern Menschen, und zwar meistens Männer, die Frauen und Kinder prügeln. Deshalb ist es wichtig, daß sich Parlament und Landesregierung mit den Möglichkeiten auseinandersetzen, die man hat, etwas dagegen zu unternehmen.

(Senator Olaf Scholz)

- A Ich finde, daß die Drucksache auch eine ganze Reihe von Erkenntnissen erzielt hat, die hier wiedergegeben und in der Debatte bereits besprochen wurden; deshalb will ich es nicht wiederholen. Es ist aber auch wichtig zu sagen, daß die Erkenntnisse, die dabei erzielt wurden, bereits zu Umsetzungsschritten geführt haben, wenn es etwa darum geht, daß Strafanzeigen geschrieben werden, die zwar statistische Folgen haben, aber vor allem auch deutlich machen, daß hier etwas geschieht, was von der Gesellschaft nicht hingenommen werden kann. Es ist wichtig, wenn daraus eine Konsequenz erfolgt ist, die zu einer Gesetzesänderung führt, wie etwa beim SOG und der Verweismöglichkeit, die bereits besprochen worden ist.

Ferner ist es wichtig, daß sich die Erkenntnisse in eine bundesweite Aktivität einbetten, nämlich in das Gewaltschutzgesetz, das der Deutsche Bundestag zu befassen und abschließend zu beraten hat. Das führt dazu, daß wir ein Gesamtkonzept haben, das Männergewalt in Häusern und Wohnungen verändern kann. Das ist das, was mir wichtig ist.

Es ist sicher sehr oft so gewesen, daß man die Wirkung von Gesetzen, auch von solchen, die abschreckend wirken sollen, unterschätzt hat. Es ist natürlich ein bedenklicher Vorgang, wenn Dinge, die zu Hause stattfinden, für privat gehalten werden und nicht für den Gegenstand öffentlicher Maßnahmen und öffentlichen Interesses. Darum ist es auch nicht nur eine sprachliche Analogie, zu sagen: Es ist richtig, daß die Staatsanwaltschaft mit zunehmendem Maße öffentliches Interesse annimmt und von sich aus verfolgend tätig wird, weil es in der Tat nicht hingenommen werden kann, was in den Wohnungen und Häusern geschieht.

(Beifall bei der SPD und GAL)

- B Wir sind als Gesellschaft dafür verantwortlich, daß wir normverdeutlichend tätig sind. Wir zeigen mit den Dingen, die gesetzgeberisch unternommen werden, daß wir dieses Verhalten für ganz falsch halten, für eines, das die Gesellschaft ächtet. Wir wollen auch die Grundauffassung, die Moral der Gesellschaft verändern. Dies hier ist keine Privatsache, sondern eine Angelegenheit des Staates, des Rechts und der Ordnung. Wenn man so will, gelten Law and order auch in diesem Bereich. Ich finde es wichtig, daß wir das mit den Maßnahmen, die hier erfolgt sind, voranbringen.

(Beifall bei der SPD und GAL)

Was mir auch wichtig wäre, ist – das soll die Schlußbemerkung sein –, daß auch alle die Sache tatsächlich wichtig nehmen. Da gibt es einige Zweifel. Ich will sagen, daß ich es durchaus als bedrückend empfunden habe, bei einigen Nachfragen mokierend zur Kenntnis zu nehmen, daß es wahrscheinlich nicht ganz geschickt gewesen sei, daß die Polizei nun mehr Anzeigen schreibe, weil man das später wieder registrieren kann. Das drückt aus, daß man noch nicht das richtige Verhältnis zum Thema hat. Das gleiche gilt, wenn einem mit leicht zitterndem Lächeln gesagt wird, ob es wohl richtig sei, sich jetzt mit solchen Themen zu beschäftigen, oder das interessiere ja niemanden, wie es hier im Hause von einem bedeutenden Politiker gesagt wurde. Das sind Dinge, die nicht gehen.

(Beifall bei der SPD und GAL)

Ich glaube, diese gesellschaftliche Haltung muß sich auch ändern.

Wenn uns hier, wie auch in der gesamten Gesellschaft, die Gewalt, die in den Wohnungen und Häusern geschieht,

genauso aufregt wie alle andere schreckliche Gewalt in unserer Gesellschaft, dann sind wir erst da angelangt, wo wir hinkommen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer stimmt der Überweisung der Drucksache 16/6048 federführend an den Innenausschuß und mitberatend an den Gleichstellungsausschuß zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 57 auf, Drucksache 16/6120, Antrag der CDU-Fraktion zum Thema: Bessere Berücksichtigung mittelständischer Unternehmen bei der Auftragsvergabe durch öffentliche Unternehmen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Bessere Berücksichtigung mittelständischer
Unternehmen bei der Auftragsvergabe durch
öffentliche Unternehmen – Drucksache 16/6120 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Dr. Freytag hat es.

Dr. Michael Freytag CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mittelstand und Handwerk sind das Rückgrat der hamburgischen Wirtschaft. Sie stellen die meisten Unternehmen und Arbeitsplätze, sie haben den größten Anteil an der Bruttowertschöpfung der Unternehmen und stellen immerhin die Hälfte der Bruttoinvestitionen.

Die Stadt Hamburg begeht leider den Fehler, diese wichtigen Bereiche der Wirtschaft nicht immer adäquat zu behandeln, und zwar in zwei wesentlichen Bereichen. Erstens: Die Stadt Hamburg gründet immer mehr staatliche Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen – mittlerweile 400 –; in den letzten zehn Jahren haben sich diese Beteiligungen glatt verdoppelt. Die Verlustbringer dieser Staatsunternehmen belasten insgesamt mit einem dreistelligen Millionenbetrag den Haushalt massiv. Öffentliche Unternehmen machen ohne eigenes Risiko, unter dem Schutz der Stadt, der Privatwirtschaft, die dieses Privileg nicht hat, Konkurrenz.

Zweitens: Im Hamburger Handwerk häufen sich in letzter Zeit die Klagen über unkorrekte oder unterbliebene Vergaben öffentlicher Aufträge. Privatwirtschaftliche Betriebe geraten aber in Gefahr, wenn seitens der hamburgischen Verwaltung oder der öffentlichen Unternehmen eine mittelstandsfeindliche Vergabep Praxis vorherrscht. Sollte die öffentliche Verwaltung gegen Regelungen des Vergaberechts verstoßen, handelt sie rechtswidrig und macht sich unter Umständen schadensersatzpflichtig.

Wenn allerdings öffentliche Unternehmen, die in Hamburg einen immer größeren Umfang annehmen, gegen das Vergaberecht verstoßen, bleibt dies rechtlich ohne Folgen. Hier ist eine Grauzone entstanden, die auch zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit bei vielen Betrieben in Hamburg geführt hat. Hier wollen wir mit unserem Antrag ansetzen.

Die öffentlichen Unternehmen sind gemäß ihrem öffentlichen Auftrag gefordert, bei Auftragsvergaben mittelständische Belange angemessen zu berücksichtigen. Das Hamburger Mittelstandsförderungsgesetz formuliert ganz klar; dort heißt es in Paragraph 15:

(Dr. Michael Freytag CDU)

- A „Die Verdingungsunterlagen für Ausschreibungen und freihändige Vergaben sollen so gestaltet werden, daß kleine und mittlere Unternehmen am Wettbewerb teilnehmen und beim Zuschlag berücksichtigt werden.“

Da sich die Rahmenbedingungen der staatlichen Aufgabenwahrnehmung geändert haben, muß dieser Grundsatz aus unserer Sicht auch auf die öffentlichen Unternehmen der Stadt in strengerer Form zur Übertragung gebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Worum geht es im einzelnen? Das Vergaberecht in Deutschland ist im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem sogenannten Kartellgesetz, und in den Verdingungsordnungen, VOB für Bauleistungen, VOL für sonstige Leistungen und VOF für freiberufliche Leistungen, geregelt. Ziel des Vergaberechts ist es, für ein möglichst wirtschaftliches Beschaffungswesen der öffentlichen Hand zu sorgen. Der Gesetzgeber hat in dem vergaberechtlichen Regelwerk bewußt auf eine angemessene Berücksichtigung gerade mittelständischer Unternehmen Wert gelegt. Dies aus gutem Grund, weil diese das Rückgrat der Wirtschaft bilden.

Anders als die meisten Großunternehmen sind viele mittelständische Betriebe unmittelbar auf die öffentlichen Aufträge angewiesen. Die Nichtbeachtung oder die Verletzung von Regelwerken kann schnell zum Ruin der Betriebe führen. Der Weg, viele kleine oder mittlere Betriebe auch an größeren Auftragsvolumina zu beteiligen, ist die Aufteilung von Aufträgen in Fach- und Teil-Lose. Dieses ist auch in Paragraph 97 Absatz 3 des Kartellgesetzes und in den Normen der VOB und VOL ausdrücklich vorgesehen. Eine strikte Anwendung dieser Verdingungsordnungen führt also dazu, daß sich mittelständische Betriebe um Aufträge bewerben können, die in Teil-Losen unterteilt werden müssen.

B

Während die öffentliche Verwaltung nach Paragraph 55 Landeshaushaltsordnung an diese Verdingungsordnung gebunden ist, gilt dies für öffentliche Unternehmen nur dann, wenn das Auftragsvolumen über den Schwellenwerten des europäischen Vergaberechts liegt. Das sind bei Bauaufträgen 5 Millionen Euro und 200 000 Euro bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen.

Zwar gibt es für öffentliche Unternehmen der Stadt die Maßgabe eines Senatsbeschlusses von 1995, wonach Aufträge für Lieferungen und Leistungen grundsätzlich auch dann unter Beachtung der Verdingungsordnungen verteilt werden sollen, wenn dies nicht zwingend vorgeschrieben ist. Dieser Grundsatz wird jedoch im gleichen Beschluß wieder eingeschränkt, indem das Vergaberecht nur dann gelten soll, soweit die öffentlichen Unternehmen dieses für wirtschaftlich vertretbar halten. Genau da liegt die Crux. Den jeweiligen öffentlichen Unternehmen wird hier die zweifelhafte Freiheit gegeben, selbst zu entscheiden, ob die Anwendung des Vergaberechts aus ihrer Sicht wirtschaftlich ist oder nicht. Dabei enthält das Vergaberecht selbst doch gerade die gesetzlichen Konkretisierungen für das Wirtschaftlichkeitsprinzip. Erst im Rahmen der Anwendung von Gesetz und Verdingungsordnung wird die Wirtschaftlichkeit geprüft, und zwar an Hand der dort enthaltenen Regelungen. Die Entscheidung muß also lauten: ob eine Auftragsvergabe insgesamt wirtschaftlich ist, nicht ob die Anwendung des Vergaberechts wirtschaftlich ist.

Die Frage der Anwendbarkeit des Vergaberechts darf schon gar nicht den öffentlichen Unternehmen im Einzel-

fall selbst überlassen werden. Dieses führt dann wiederum genau zu der Situation, daß die Ausnahmemöglichkeit praktisch die Regel und nicht die Ausnahme bildet, also weil es angeblich nicht wirtschaftlich ist, die mittelständischen Betriebe nicht beteiligt werden. Daß aber gerade auch freihändige Vergaben, wie sie vorherrschen, ohne Ausschreibung nicht ungedingt immer zum besseren Ergebnis führen, ist längst nachgewiesen und gehört zu den Erkenntnissen der Wirtschafts-, Rechts- und Organisationswissenschaften.

C

Wir fordern daher in unserem Antrag, daß die öffentlichen Unternehmen verpflichtend an die Verdingungsordnungen VOB, VOL und VOF auch unterhalb der EU-Schwellenwerte gebunden sind. Wir fordern den Senat in seiner Eigenschaft als Gesellschafter der Staatsunternehmen auf, darauf hinzuwirken, daß die mittelstandsfördernden Grundwerte des Vergaberechts, insbesondere der Aufteilung in Teil- und Fach-Lose, in den öffentlichen Unternehmen konsequent eingehalten werden.

Mit unserem Vorschlag werden somit zwei wirtschaftspolitische Kernanliegen miteinander verbunden: Die konsequente, kostensparende und transparente Ausschreibung von Leistungen und die bessere Berücksichtigung von mittelständischen Betrieben. Damit wäre Hamburg, nach Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg, ein weiteres Bundesland, das den Anwendungsbereich der Verdingungsordnungen auf privatwirtschaftlich organisierte öffentliche Unternehmen ausdehnt. Es kommt also nicht auf die politische Couleur an, wie wir an diesen Beispielen sehen, sondern auf die Einsicht, den Mittelstand zu fördern. Mittelstandspolitik, meine Damen und Herren, ist Kern der Wirtschafts- und Finanzpolitik, denn Mittelstandspolitik ist auch immer Beschäftigungspolitik, und dafür sind nur die gefüllten Auftragsbücher der mittelständischen Betriebe relevant, und dies wollen wir fördern.

D

(Beifall bei der CDU – Jürgen Mehlfeldt CDU: Bravo!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute gibt es also einen erneuten Vorstoß von Seiten der CDU mit der Kernforderung, bei der Vergabe von Aufträgen durch öffentliche Unternehmen ohne Ausnahme die Verdingungsordnung anzuwenden. Die letzte Debatte zu diesem Thema haben wir 1999 anlässlich Ihrer Großen Anfrage geführt. Natürlich verfolgen wir auch, mit welcher Vehemenz von Seiten der Handwerkskammer immer wieder die Forderung nach strikter Anwendung von VOB und VOL auch durch öffentliche Unternehmen gefordert wird.

(Dr. Michael Freytag CDU: Sie wissen ja auch, wie es geht!)

Aber auch 1999 herrschte bei der Debatte in der Bürgerschaft ein wenig Ratlosigkeit.

(Bernd Reinert CDU: Bei Ihnen ja, bei uns nicht!)

– Ja, bei uns, über Ihre Initiative. Immer wieder wird behauptet, daß sich aus Sicht des Handwerks die Vergabepaxis zu seinen Ungunsten verschlechtert hat. Senatsmitglieder, die SPD-Bürgerschaftsfraktion, unser Arbeitskreis „Wirtschaft“, der Abgeordnete Schmidt der SPD-Fraktion bieten immer wieder Gespräche an, damit wir anhand von konkreten Verstößen gegen das Vergaberecht

(Britta Ernst SPD)

- A dem Mittelstand helfen und eine falsche Praxis beenden können.

(Antje Blumenthal CDU: Dann machen Sie es man!)

Das Problem ist aber, daß es diese vielen Fälle, von denen immer wieder die Rede ist, gar nicht gibt und daß das Regelwerk in Hamburg eingehalten wird.

Ich selbst habe mich des Themas vor kurzem in zwei Kleinen Anfragen noch einmal angenommen und den Senat zur Nachprüfung von Auftragsvergaben aufgefordert, um nach Verstößen zu fragen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Und, ist alles in Ordnung?)

Im Jahr 2000 hat es 15 nachgeprüfte Verfahren vor der Vergabekammer gegeben. In keinem Fall ist den Antragstellern gefolgt worden. Das sind die Fakten. Nun landen dort vielleicht nicht alle Fälle, und wir wissen, daß Wirtschaft auch mit Psychologie zu tun hat. Der Senat hat – und das halte ich für eine gute Initiative – auf Staatsratsebene eine Gesprächsrunde mit den Kammern eingerichtet, damit dort über konkrete Fälle gesprochen werden kann und schnell Abhilfe gefunden wird. Aber auch aus dieser Gesprächsrunde ergeben sich keine massiven konkreten Hinweise, daß sich die Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand wachsend gegen den Mittelstand richtet. Trotzdem versuchen Sie immer wieder, hier einen grundsätzlichen Streit vom Zaun zu brechen.

Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß sich das Ganze in einem Spannungsfeld zwischen dem wirtschaftlichen Handeln der öffentlichen Unternehmen und dem Schutz der vielen kleinen und mittleren Unternehmen bewegt. Der Senat handelt hier aber verantwortungsbewußt. Ihr inszenierter Streit geht doch an den Realitäten vorbei. Öffentliche Unternehmen wenden in Hamburg die Verdingungsordnung an. Dazu sind sie vom Senat sogar verpflichtet worden, sogar für Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte, so daß Ihr Vorwurf doch ins Leere läuft.

- B Dann gibt es natürlich Ausnahmen, die aber auch dem Regelwerk entsprechen. Öffentliche Unternehmen sollen wirtschaftlich handeln, und Sie sind doch die ersten, die mitprotestierten, wenn es hier zur Mittelverschwendung zu Lasten von Steuerzahlern käme.

(Zuruf von der CDU: Das sieht die Handwerkskammer aber anders!)

Dann gibt es natürlich Ausnahmen, die aber auch dem Regelwerk entsprechen. Öffentliche Unternehmen sollen wirtschaftlich handeln, und Sie sind doch die ersten, die mitprotestierten, wenn es hier zur Mittelverschwendung zu Lasten von Steuerzahlern käme.

(Bernd Reinert CDU: Sie haben eben nicht zugehört!)

Deshalb gibt es ja öffentliche Aufgaben, auch in Unternehmensformen, weil in dieser Form wirtschaftlich und effizient gehandelt werden soll.

Wir haben in Hamburg einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor, und es ist uns gerade vor kurzem durch eine Untersuchung der Uni Bremen bestätigt worden, daß wir im Städtevergleich hervorragend dastehen.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Mehlfeldt CDU: Mit 400 eigenen Betrieben! – Dr. Michael Freytag CDU: Sie haben, wie bereits erwähnt, nicht zugehört!)

Die Ergebnisse der HGV zeigen das recht deutlich. Der Verlustausgleich konnte gesenkt werden, weil die öffentlichen Unternehmen wirtschaftlicher arbeiten.

(Dr. Michael Freytag CDU: Weil es Wettbewerb gibt!)

Auch der Verlust der Hochbahn konnte verringert werden. Auch das sind alles konkrete Erfolge, an denen Sie doch gar nicht vorbeikommen können.

C

Es gibt Einzelfälle, in denen VOB und VOL nicht angewandt werden. Im übrigen ist das Ziel dieser Regeln auch ein Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen vor dem Staat als monopolistischen Auftraggeber. Aber in dem Moment, wo ein Unternehmen sich am Markt bewegt – und das kann eben auch ein Unternehmen im öffentlichen Eigentum sein –, gibt es Ausnahmen, die auch angewandt werden.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das ist Wettbewerbsverzerrung!)

Konkret geht es immer um zwei Punkte. Lassen Sie uns auch darüber reden. Die Frage ist, ob Generalunternehmer eingesetzt werden können und ob bei Ausschreibungen nachverhandelt werden kann. Das sind übrigens Praktiken, die jedes private Unternehmen anwendet und ohne die keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hergestellt wird. Erkundigen Sie sich doch einmal über die Praxis eines öffentlichen Unternehmens im wirklichen Leben bei Ihrem Abgeordneten Herrn Ehlers, der Geschäftsführer der Sprinkenhof AG ist. Er wird Ihnen bestätigen, daß es Fälle gibt, wo der Einsatz von Generalunternehmern billiger ist. Das ist auch nötig, weil in vielen Bereichen gar nicht das Personal vorhanden ist, um große Bauvorhaben wirklich wirksam zu kontrollieren. Er wird Ihnen auch bestätigen, daß auch öffentliche Unternehmen in die Situation kommen, nachzuverhandeln, um nicht falschen Marktangeboten aufzusitzen. Nutzen Sie doch den Sachverstand, den es auch in Ihrer Fraktion gibt.

(Beifall bei Lutz Kretschmann SPD und Anja Hajduk GAL)

D

Ein gutes Beispiel, weil wir ja über Konkretes reden wollen, ist die Fertigstellung des neuen Polizeipräsidiums, bei dem auch ein Ihnen gut bekannter Unternehmer als Generalunternehmer tätig war. Es wurde termingerecht fertiggestellt. Die Baukosten blieben sogar 15 Millionen unter den veranschlagten Kosten, und das bei einem Volumen von über 250 Millionen. Das ist schon eine beachtliche Leistung. In der Folge muß die Hamburger Polizei weniger Miete zahlen, und der Hamburger Haushalt und die Steuerzahler profitieren.

Lassen Sie den ideologischen Grundsatzstreit. Der ist nicht durch reales Handeln gerechtfertigt. Wenn es zu Unstimmigkeiten kommt, wenn kleinere und mittlere Unternehmen sich ausgebootet fühlen, gibt es in Hamburg viele offene Türen, und alle sind bereit, hier auch zu helfen.

(Jürgen Mehlfeldt CDU: Dazu sagen wir gleich etwas!)

Die Schärfe, mit der die Handwerkskammer seit Monaten dieses Thema aufgreift, hat vielleicht auch etwas mit Wahlkampf zu tun.

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

Ich kann Ihnen nur sagen, die Situation kleiner und mittlerer Unternehmen ist auch der SPD-Fraktion ein hohes Anliegen,

(Jürgen Mehlfeldt CDU: Denken Sie an die Betriebe!)

aber das richtige Augenmaß geht uns nicht verloren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Axel Bühler GAL)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ernst hat das Thema sehr eingehend und an diesen verschiedenen Beispielen auch sehr gut verdeutlicht, daß das alles andere als eine einfache Entscheidung ist, sondern daß das ein Balanceakt ist. Jeder Parlamentarier hier im Hause

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Und Parlamentarierin!)

– danke – und jede Parlamentarierin, auch die Opposition, müßte eigentlich dieses Balancegefühl spüren: wie eindeutig kann ich mich da eigentlich positionieren, habe ich nicht auch eine andere Verantwortlichkeit.

(*Jürgen Mehlfeldt CDU:* Aber wenn seit 1999 nichts passiert und wir es schon debattiert haben!)

Ich will einmal darstellen, worum es geht. Sie haben völlig recht – und da haben Sie auch die uneingeschränkte Unterstützung des Hauses –, daß eine mittelstandsfreundliche Politik in Hamburg richtig und wichtig ist, und wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir das auch machen.

(*Dr. Michael Freytag CDU:* Es muß nur gemacht werden!)

Sie selber führen es auch in Ihrem Antrag aus mit den einführenden Worten, daß es zur Klarstellung gegenüber den öffentlichen Unternehmen noch einmal eine Deutlichmachung gibt, daß die Anwendung von VOL und VOB vorzusehen ist und Ausnahmen nicht der Fall sein sollen.

B (*Jürgen Mehlfeldt CDU:* Wer entscheidet die Ausnahmen!)

– Das entscheidet jemand, der bei den öffentlichen Unternehmen indirekt politisch ...

(*Jürgen Mehlfeldt CDU:* Ausnahmen sind heute die Regel, Frau Hajduk!)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden, Herr Mehlfeldt. Ich will doch nur auf die andere Rolle zu sprechen kommen. Ich weiß, daß Sie davon betroffen sind. Ich nehme nur folgendes zur Kenntnis.

Wir, die wir die Entscheidung treffen, sind auch dem Einsatz öffentlicher Gelder verpflichtet. Das können Sie hier nicht wegre-den. Der Parlamentarier ist nicht dem Einsatz einzig und allein einer Mittelförderung verpflichtet, genauso wenig wie er nicht nur den Zielen der öffentlichen Unternehmen verpflichtet sein muß.

(*Jürgen Mehlfeldt CDU:* Den Ausbildungsplätzen gegenüber sind Sie genauso verantwortlich!)

– Genau. Ich sage ja, eine Balance. Sie legen aber einen Antrag vor, der keinen Bewegungsspielraum an einer bestimmten Stelle läßt.

(*Bernd Reinert CDU:* Kein Platz für Filz!)

– Jetzt machen Sie doch nicht gleich wieder das Faß auf.

Ich will es noch einmal andersherum erklären. Ich finde es in gewisser Weise auch witzig. Einerseits sagen Sie, alle öffentlichen Unternehmen gehören vollständig privatisiert. Okay, dann können wir Ihren Antrag gleich in den Müll schmeißen, wenn nämlich alle privatisiert sind, was machen Sie dann? Dann halten sich die privaten Unternehmen alle an VOL und VOB? Das wird es doch erst recht

nicht sein. Jetzt müssen Sie sich einmal entscheiden, über welche Materie wir hier sprechen. Wir reden über die öffentlichen Unternehmen, und wir stehen dazu – vielleicht im Unterschied zu Ihnen –, daß es öffentliche Unternehmen sind. Wenn Sie jetzt sagen, für die öffentlichen Unternehmen soll dann aber weitgehend gar kein Ausweg mehr sein, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzugehen, dann halte ich das für ein einseitiges Verständnis, öffentliche Unternehmen zu führen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mehlfeldt? – (Zustimmung)

Zwischenfrage von Jürgen Mehlfeldt CDU:* Frau Hajduk, ich weiß, daß Sie das sehr ernst nehmen, was ich jetzt fragen werde. Sie sind ja mit in der Regierung, und Sie sprechen ...

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie haben angekündigt, eine Frage stellen zu wollen.

Jürgen Mehlfeldt (fortfahrend): Die Frage lautet: Frau Hajduk, würden Sie es durchsetzen, wenn die einzelnen Betriebe es schwer haben, in ihrer eigenen Sache zu ermitteln und zu recherchieren, daß die Kammern eine Einspruchsmöglichkeit im Sinne einer Gerichtsbarkeit bekommen, das zu überprüfen?

Anja Hajduk (fortfahrend): Ich will folgendermaßen darauf eingehen, Herr Mehlfeldt. Ich nehme erst einmal die Darstellung ernst. Ich kann es gar nicht spontan versprechen, aber ich kann Ihnen folgendes sagen, und da nehme ich auch die Einwürfe von Frau Ernst ernst, um das einmal so zu doppelten: Wenn es so ist – und da scheint es auch einen Wahrnehmungstreit zu geben –, daß es massive Probleme in Einzelfällen gibt, dann gehe ich erst einmal davon aus, daß es dafür Gesprächsmöglichkeiten gibt.

Wenn sich Fälle herausstellen – und da will ich mich auch gerne mit dem Koalitionspartner auseinandersetzen, aber ich habe eigentlich das Vertrauen, daß Frau Ernst hier keine leichtfertigen Worte gebraucht hat, denn sie hat das auch sehr ausführlich gemacht –, daß es im Unterschied zu dem, was Sie hier nahelegen, so ist, daß nämlich die Kammern in den Staatsräterunden oder in den Kontakten mit der Verwaltung schon über viele Probleme gesprochen haben, dann müßten wir von den Regierungsfractionen sagen, da ist ein großer Handlungsbedarf. Sie können sicher sein, daß wir mit Ihnen sprechen werden, vielleicht auch in Ihrer anderen Funktion. Aber daß Sie in diesem Antrag und in dieser Engfassung eigentlich eine einzige Art von Geschäftsführung bei den öffentlichen Unternehmen erzwingen, da habe ich wirklich Bedenken. Das ist mir in gewisser Weise auch zu bürokratisch. Ich gestehe aber zu, daß Ihre Linie da eine andere wäre. Sie würden die öffentlichen Unternehmen in einer anderen Weise an die Kandare nehmen wollen, aber das wollen wir aus wirtschaftlichen Aspekten nicht.

Ich will nur noch zum Abschluß sagen, Herr Mehlfeldt, bitte bedenken Sie aber auch einmal umgekehrt, ob es wirklich zusammenpaßt, daß Sie öffentliche Unternehmen als Konstrukt angreifen, Sie die Privatisierung wollen und sich auf

(Anja Hajduk GAL)

- A der anderen Seite hier soweit aus dem Fenster lehnen und öffentliche Unternehmen, die sicherlich in einem höheren Maße als private Unternehmen verpflichtet sind, den Mittelstand zu berücksichtigen, so zu verteufeln und einer gesamten Privatisierungslogik das Wort zu reden. Das paßt auch nicht zusammen.

(Beifall bei der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Das ist doch logisch! – Jürgen Mehlfeldt CDU: Doch, wir wollen so weit gehen, das paßt!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben die Diskussion schon häufig gehabt. Der Antrag der CDU ist einfach gestrickt und richtig.

(Beifall bei der CDU)

Er ist richtig, weil es einen öffentlichen Sektor gibt, der sich an die Gesetze zu halten hat, die dafür geschaffen worden sind und dementsprechend auch zu überprüfen sind.

Frau Ernst, Sie widersprechen sich, wenn Sie auf der einen Seite sagen, das sei doch gar kein Problem, das trete doch nirgends als Schwierigkeit auf und wenn, dann sind wir in einem System, in dem man fragen kann, ob man das nicht irgendwie lösen könne. Das sind eigentlich uralte monarchistische Zeiten. Wir wollen jetzt gesetzliche Voraussetzungen schaffen. Auf der anderen Seite sagen Sie, es gebe Mittelverschwendungen, wenn man diese Gesetze anwende. Ich muß ehrlich sagen, dann sollten Sie die Gesetze verändern. Der Antrag der CDU ist aber richtig.

- B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Frau Hajduk, wir müssen einfach so reagieren, wie wir mit unserem Antrag reagiert haben, weil wir uns nicht anders gegen diese Wettbewerbsverzerrung wehren können. Die Zahl der öffentlichen Unternehmen wächst unaufhaltsam von Jahr zu Jahr. Wir haben jetzt 400 indirekte und direkte Unternehmensbeteiligungen, und die massive Kritik von der Europäischen Kommission, von der Bundesregierung, von den Wirtschaftsministern der Bundesländer an dieser Beteiligungspolitik wird hier ignoriert, beiseite geschoben, bei uns in Hamburg ist alles ganz anders.

Die Monopolkommission vom Bundestag und Bundesregierung hat in einem Hauptgutachten festgestellt, daß öffentliche Unternehmen praktisch keinem Konkursrisiko unterliegen, steuerlich vielfach bessergestellt sind und sich oftmals deutlich günstiger refinanzieren können als private Unternehmen.

(Anja Hajduk GAL: Auf wessen Kosten?)

Wegen ihrer Nähe zum Staat und zu Behörden ist ein bevorzugter Zugang zu öffentlichen Aufträgen nicht auszuschließen. Mit diesem dichten Netz von volkseigenen Betrieben verstößt der rotgrüne Senat gegen elementare, ordnungs- und wettbewerbspolitische Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft. Das Ergebnis: Handwerk und Mittelstand leiden unter den öffentlichen Unternehmen in doppelter Hinsicht. Der öffentliche Unternehmer steht

ihnen in unfairer Konkurrenz als Wettbewerber und zugleich als Auftraggeber gegenüber. Oft noch mit der Nachfragemacht versehen, werden die mittelständischen Unternehmen von ihnen bei der Vergabe von Aufträgen vertraglich geknebelt oder gänzlich beiseite geschoben. Genau hier setzt doch unser Antrag an. Wenn sich Hamburg schon eine Heerschar von öffentlichen Unternehmen leistet, dann muß der Senat sicherstellen, daß Handwerk und Mittelstand bei der Auftragsvergabe nicht noch zusätzlich benachteiligt werden.

(Beifall bei der CDU)

Doch offensichtlich nimmt der Senat dies zumindest billigend in Kauf. Mit schwammigen Formulierungen – und das hat Herr Dr. Freytag wunderbar ausgeführt – in den Statuten der öffentlichen Unternehmen, unter der Umgehung von VOB, VOL und VOF durch diese Unternehmen,

(Farid Müller GAL: Beweisen!)

werden absichtlich Tür und Tor bei der Vergabe geöffnet. In den Aufsichtsräten dieser Unternehmen haben die Senatsvertreter auch nicht auf die Einhaltung der Vergabungsordnung gedrängt, sondern auch deren Umgehung dort gebilligt. Aber solange öffentliche Unternehmen die Sicherheit der öffentlichen Hand genießen und mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wirtschaften, haben sie die Pflicht – und das haben Sie vorhin auch erwähnt, Frau Hajduk –, sich am Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger zu orientieren, und dazu zählen Handwerk und Mittelstand, die als Rückgrat dieser Stadt die Mehrheit der Arbeits- und Ausbildungsplätze stellen und einen Großteil des Steueraufkommens erwirtschaften.

Der Rechnungshof hat in seinem diesjährigen Bericht die Vergabepaxis des Senates durchleuchtet und eindeutig an mehreren Beispielen auf eine Ursache hingewiesen, nämlich die Unkenntnis und Fahrlässigkeit von Mitarbeitern, die mit der Vergabe von Aufträgen betraut sind, bei VOB, VOL und VOF. Die Mitarbeiter in den Behörden und öffentlichen Unternehmen müssen im Umgang mit der Vergabeordnung geschult und aufgeklärt werden. Diese Unterweisung der zuständigen Behördenvertreter und öffentlichen Unternehmen muß unter allerhöchster Anleitung stattfinden, unter Anleitung der Staatsräterunde. Die Vergabepaxis muß geändert werden unter Ausnutzung aller gesetzlichen Möglichkeiten zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft in Hamburg. Es muß in dieser Hinsicht ein Wir-Gefühl geschaffen werden. Wir – und das sind in diesem Fall die Behördenvertreter – tragen alle dazu bei, in Hamburg die Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

(Anja Hajduk GAL: Das tun wir aber noch mehr als die private Wirtschaft allein!)

Mit unserem Antrag wollen wir die Festlegung der öffentlichen Unternehmen auf die strikte Anwendung VOB, VOL, VOF erreichen, und zwar ohne Wenn und Aber. Nach der grundsätzlichen Zustimmung zu unseren Forderungen durch den Kollegen Horst Schmidt im Rahmen einer Veranstaltung des Gesamtverbandes des Hamburger Handwerks am 29. Mai in der Handwerkskammer erwarte ich heute auch von Seiten der SPD die Zustimmung zu unserem Antrag.

(Volker Okun CDU: Das ist sehr interessant!)

Oder, Herr Schmidt, waren Ihre Äußerungen nur der Versuch, im Kreise aufgebrachter Spitzenvertreter des Hamburger Handwerks sich Ihrer Haut zu retten?

(Barbara Ahrons CDU)

A (Heino Vahldieck CDU: Das könnte sein, ja!)

Heute können Sie zeigen, daß Sie nicht nur reden, sondern für das Handwerk dieser Stadt auch handeln können.

Meine Damen und Herren! Stimmen Sie unserem Antrag zu. Sie fördern damit Handwerk und Mittelstand, sie fördern damit Ausbildungs- und Arbeitsplätze in unserer schönen Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort dem Abgeordneten Horst Schmidt.

Horst Schmidt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, Sie haben eine Veranstaltung des Hamburger Handwerks angesprochen, bei der ich anwesend war.

(Heino Vahldieck CDU: Körperlich!)

Ich habe zu der Thematik dort einige Worte gesagt. Das war aber etwas anders, als Sie das jetzt dargestellt haben.

(Barbara Ahrons CDU: Wieso, Sie beweisen das doch noch nicht einmal!)

Es gibt durchaus grundsätzliche Punkte, über die man sich in den Ausschüssen unterhalten und für die man kämpfen sollte. Das werde ich wohl auch dort so gesagt haben, wenn Sie mich darauf festnageln.

(Barbara Ahrons CDU: Das tue ich!)

Es ist so. Aber es sind auch andere Dinge besprochen worden, die nicht so angenehm waren, weil es im Grunde genommen eine reine Arbeitgeberveranstaltung war und ich dort als Arbeitnehmervertreter anwesend war.

B (Volker Okun CDU: In welcher Eigenschaft reden Sie denn jetzt?)

Ich mußte auch darauf hinweisen, daß eine reine Arbeitgebervereinigung Dinge an den Tag brachte, die eigentlich auch mit ...

(Heino Vahldieck CDU: Waren Sie als Abgeordneter da, Herr Schmidt?)

– Entschuldigung, ich wollte jetzt eigentlich zu dem Thema kommen, das angemeldet worden ist. Es ist so, daß ich in früheren Redebeiträgen, die auch weiterhin Gültigkeit haben, zum selbigen Thema feststellen mußte, daß nur ein kleiner Teil des öffentlichen Auftragsvolumens, einschließlich der öffentlichen Unternehmen, an Generalunternehmen vergeben wird. Der von der CDU monierte Punkt, daß sich die Fälle häufen, wo öffentliche Unternehmen von der generellen Empfehlung einer Ausschreibung nach VOB, VOL und VOF abweichen, wird auch von den Arbeitgeberverbänden ständig behauptet. Komisch ist daran nur, daß dabei meist keine Liste konkreter Fälle aufgeführt wird. Wir bekommen nicht zu wissen, worum es eigentlich geht. Wann werden Roß und Reiter genannt? In den Fällen, wo es den konkreten Verdacht einer Benachteiligung des Handwerks gab, sind wir diesem bisher stets nachgegangen. Zudem haben wir die Förderung der Bildung von Bietergemeinschaften im Handwerk thematisiert, um es dem Handwerk selbst zu ermöglichen, auch als Generalanbieter aufzutreten. Das Handwerk tut es nicht. Interessanter als die im vorliegenden Antrag vorgebrachte Einzelforderung finde ich aber den gemeinsamen Forderungskatalog von Handwerkskammervollversammlung und den Hamburger Gewerkschaften zum Thema Vergabe. Hierbei wird

mehr Transparenz im Vergaberecht durch ein eigenes Vergabegesetz gefordert und ein Schwerpunkt auf Möglichkeiten zur besseren Kontrolle der Tariftreue gelegt, denn der Schaden, der dem Hamburger Handwerk durch Lohn-dumping zugefügt wird, ist immens und führt auch zu großen Verlusten an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Vieles in diesem Forderungskatalog, den die Vollversammlung der Handwerkskammer mit den Gewerkschaften aufgestellt hat, ist unterstützenswert. Wir sind dabei, einen Vorschlag zur Umsetzung einiger dort genannter Punkte zu erarbeiten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Darum stimmen Sie jetzt zu!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt sodann der Abgeordnete Mehlfeldt.

Jürgen Mehlfeldt CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen, daß sich der Staat an seine eigenen Vorschriften hält. Hier und heute geht es um die Vorschriften, die sich der Staat aus gutem Grund gegeben hat, um Güter- und Dienstleistungen einzukaufen. So unterwerfen sich auch Hamburger Behörden der Auflage, größere Aufträge so zu teilen, daß sich mittelständische Betriebe im Wettbewerb daran beteiligen können. Dies sichert für den Staat als Käufer günstige Preise, wie vielfach eindrucksvoll belegt wurde.

Ein Beispiel ist durch den Rechnungshof im Hamburger Stadtteil Allermöhe bewiesen worden. Ein in kleinen Baulosen vergebener Schulneubau war in der Endabrechnung um 13,5 Prozent günstiger als eine baugleiche Schule, welche im Großpaket vergeben wurde. Die Vorschriften des Staates zum Einkauf von Gütern bewähren sich also. Ihre Einhaltung liegt nicht nur im Interesse der mittelständisch geprägten Wirtschaft, sondern auch im Interesse des Staates und seiner Unternehmen als Auftraggeber. Das ist auch in Brüssel erkannt worden. Die einschlägigen Richtlinien der Europäischen Union harmonisieren mit diesen Vorschriften. Bei der Umsetzung ins deutsche Recht wurde klargestellt, daß jede staatliche Tätigkeit, unabhängig von der Rechtsform, in der sie betrieben wird, sich den Verpflichtungen der Einkaufsregeln unterwerfen muß.

Nun werden Sie einwenden, ja, was will der Mann denn dann? Dann ist doch alles klar. Genau das ist aber nicht der Fall, denn nun wird die Situation schizophoren. In Hamburg ist ein öffentliches Unternehmen, wie zum Beispiel der Landesbetrieb Krankenhäuser oder die SAGA, das einen Gebäudereinigungsauftrag mit einem Volumen von 250 000 Euro vergeben will, gezwungen, die Spielregeln des Staates anzuwenden und die Aufträge mittelstandsgerecht und damit kostensparend für das Unternehmen zu plazieren. Das gleiche Unternehmen ist aber in Hamburg nicht diesen staatlichen Vorschriften unterworfen, wenn derselbe Auftrag nur über circa 190 000 Euro lautet. Wer soll das verstehen? Ich sehe auch in Ihren Augen, daß Sie das nicht gewußt haben. Sonst würden Sie nicht so stauen. Warum akzeptieren wir ein derartig schizophres geteiltes Vergaberecht?

Nein, meine Damen und Herren, wir haben es hier und heute in der Hand, in diesem wichtigen Sektor für Rechtsklarheit und Gerechtigkeit zu sorgen, indem wir diesem wichtigen Antrag zustimmen – hier ist er, Sie haben ihn hoffentlich gelesen –

(Petra Brinkmann SPD: Ja, immer! Auswendig gelernt!)

C

D

(Jürgen Mehlfeldt CDU)

- A und die Spielregeln, die sich bewährt haben und oberhalb der EU-Schwellenwerte ohnehin auch für öffentliche Unternehmen gelten, durchgängig und ohne Ausnahme einführen. Öffentliche Unternehmen müssen ohne Ausnahme die gleichen Vorschriften einhalten wie staatliche Dienststellen. Entsprechende Regelungen sind bereits in Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg eingeführt worden und haben sich bewährt. Nichts anderes wollen wir hier. Dort haben die Parlamentarier begriffen, daß es sich nach wie vor um Staatstätigkeit handelt, auch wenn sich ein Unternehmen in der Rechtsform einer AG oder GmbH am Markt bewegt, solange es vom Staat beherrscht wird und damit eigentlich den Steuerzahlern gehört. Gleiches Recht und gleiche Pflichten für den Staat und seine Ableger. Bei einer ordnungsgemäßen Vergabep Praxis an unsere mittelständischen Unternehmen durch eine gerechtere Auftragsvergabe werden diese automatisch bessere Chancen bekommen. Das ist es, was wir und auch die Hamburger Handwerksbetriebe wollen.

Bei einer kürzlich von der Handwerkskammer Hamburg durchgeführten Umfrage hat sich ergeben, daß 90 Prozent der Handwerksbetriebe die bedingungslose Einhaltung von VOB und VOL durch die öffentlichen Unternehmen fordern. Unterstützen Sie uns in diesem wichtigen Anliegen, indem Sie diesem Antrag zustimmen, denn das ist gut für die Betriebe, das ist gut für Mitarbeiter, das ist gut für unsere schöne Stadt. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag aus der Drucksache 16/6120 abstimmen.

- B Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Jürgen Mehlfeldt CDU: Das werde ich morgen in der Handwerkskammer erzählen!)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 35 auf, Drucksache 16/6081: Mitteilung des Senates: Konzept, Umsetzungskriterien und Finanzierung bei der Durchführung der ambulanten akupunkturgestützten Suchtbehandlung.

[Senatsmitteilung:

Konzept, Umsetzungskriterien und Finanzierung bei der Durchführung der ambulanten akupunkturgestützten Suchtbehandlung – Drucksache 16/6081 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Zamory bekommt es.

Peter Zamory GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Akupunktur ist eine 5000 Jahre alte Erfahrungsmedizin, wie man sagen muß, daß die Medizin insgesamt keine exakte Wissenschaft, sondern eine Erfahrungswissenschaft ist. Aber bei der Akupunktur ist es in den letzten 20 Jahren durchaus gelungen, ihre Wirkungsweise und ihren Mechanismus zu erforschen und wissenschaftlich zu belegen. Das hat dazu geführt, daß es in den USA Gerichtsverfahren für Drogenabhängige gibt, die erstmals straffällig geworden sind – nicht Gewaltstraftaten, aber gegen das dortige Betäubungsmittelrecht verstoßen haben –, die die Möglichkeit haben, zu wählen, ins Gefängnis zu gehen oder innerhalb von drei Monaten mit Hilfe einer regelmäßig durchgeführten Akupunktur clean zu werden.

Dieses Prinzip, das eine richtige Bewegung ausgelöst hat, wird als strenge Liebe, tough love, beschrieben, und dazu gehört ein weiterer Spruch: Im Urin liegt die Wahrheit. Das heißt, sie müssen alle vierzehn Tage vor dem sie verurteilenden Richter mit einer Urinprobe nachweisen, daß sie clean sind.

In Deutschland haben wir nun – Gott sei Dank, würde ich sagen – mehr Möglichkeiten, Therapie vor Strafe wirksam werden zu lassen, aber Suchtakupunktur ist ein sinnvoller Mosaikstein in der Hilfe zur Überwindung von beispielsweise Alkoholsucht, Kokainsucht und Heroinsucht. Auch das Crack-Problem ist bei Süchtigen durch die Anwendung dieser Form von Akupunktur zu lindern und zu bekämpfen.

Es ist das Verdienst der NADA, der Nationalen Akupunktur-Entgiftungs-Assoziation – so die deutsche Übersetzung –, und deren deutscher Sektion, diese Methode nach Deutschland gebracht und inzwischen viele Ärzte und medizinische Hilfskräfte diesbezüglich ausgebildet zu haben. Der Nutzen liegt auf der Hand. Es ist eine günstige und wenig zeit- und personalaufwendige Methode, um die Entgiftung voranzubringen, den Suchtdruck bei Betroffenen zu senken, den Beikonsum zu reduzieren und um Probleme bei der Entgiftung wie Schwitzen oder Schlafstörungen, Entzugserscheinungen insgesamt abzumildern.

Es ist das große Verdienst des Hamburger Senats, insbesondere der Sozialbehörde, zumindest den über das Landessozialamt Versicherten die Möglichkeit zu geben, sich von qualifizierten Kräften akupunktieren zu lassen. Die Behandlung wird mit 50 DM pro Sitzung dotiert, und es werden 25 Sitzungen, manchmal auch mehr, für Menschen bewilligt, die auf diese Art und Weise entgiften können oder auch langsam aus dem Methadon-Programm aussteigen wollen.

In keinem anderen Bundesland ist das so gehandhabt worden. Hinzu kommt, daß in den Hamburger Gefängnissen 20 Suchtakupunkturplätze bereitgestellt wurden. Das heißt, daß Hamburg in diesem Fall wirklich wichtige Pionierarbeit geleistet hat.

Das Problem ist, daß die Finanzierung durch die Krankenkassen bis heute nicht gesichert und akzeptiert ist. Der Bundesausschuß der Krankenkassen und die Bundesärztekammer haben zwar jetzt einen Modellversuch aufgelegt, um noch einmal die Wirksamkeit von Akupunktur zu untersuchen, jedoch leider nur für die Schmerzakupunktur und nicht für die Suchtakupunktur. Trotz der intensiven Bemühungen der Gesundheitssenatorin ist es leider nicht gelungen, auch dieses in dem Modellversuch zu verankern. In Hamburg führen niedergelassene Ärzte und Institutionen wie „Hummel“, die Marthastiftung, die Akupunkturambulanz, „Palette“-Akupunktur-Projekt in der Amandastraße wie auch die Fachklinik Bokholt Suchtakupunktur durch. Es ist eine Methode, die im Umkreis von Hamburg durchaus intensiv eingesetzt wird und deutlich dazu beigetragen hat, daß stationäre Entgiftungsplätze nicht in dem Maße wie bisher in Anspruch genommen werden mußten.

Die Krankenkassen dürfen selbstverständlich nicht aus ihrer Pflicht entlassen werden, diese sinnvolle Methode zu finanzieren. Auch wenn sie nicht bereit sind, speziell die Suchtakupunktur zu überprüfen, so ist es bei dem Besuch der neuen Drogenbeauftragten, Frau Caspers-Merk, hier in Hamburg gelungen, die Zusage zu bekommen, daß weitere Akupunkturvorhaben auch mit Bundesmitteln wissenschaftlich begleitet werden sollen.

(Peter Zamory GAL)

- A Insofern bin ich vorsichtig optimistisch, daß es in der nächsten Zukunft möglich sein wird, neue Projekte, die Akupunktur umsetzen, zum Teil aus Hamburgs Steuermitteln als auch aus Bundesmitteln zu finanzieren. Dies ist jedenfalls ein sinnvoller Ansatz, dem Hilfesystem einen weiteren Mosaikstein hinzuzufügen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wesentliche wurde von Herrn Zamory bereits gesagt. Ich möchte es deswegen für unsere Fraktion nur noch einmal kurz auf den Punkt bringen.

Wenn wir Sucht als Krankheit begreifen, wenn Akupunktur ein Bestandteil von Therapiemaßnahmen ist, der andere Therapien unterstützt, stärkt und den Erfolg fördert, wenn weiter insbesondere Kokain- und Crack süchtige durch Akupunktur so weit gebracht werden können, daß sie überhaupt erst einer Therapie zugänglich sind, dann ist Akupunktur ein Bestandteil dessen, was zur Heilung beiträgt, und muß nach unserer Ansicht von den Krankenkassen getragen werden.

Leider sind die Beschlüsse des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen nicht so, daß das auch tatsächlich geschieht. Die Krankenkassen lehnen eine diesbezügliche Kostenübernahme ab. Ich halte Akupunktur aber nicht nur für eine kostengünstige Variante, sondern kann diesen Beschluß auch inhaltlich nicht nachvollziehen.

- B Es freut mich aber um so mehr, daß sich der Senat in dieser Sache für diese Therapieform einsetzt, sie sogar als Maßnahme im Sinne des Fünften Sozialgesetzbuches begreift, also als Therapie im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung. Diese sachgerechte Wertung ist auch Grundlage der in Hamburg durchgeführten Verhandlungen und Gespräche mit den Krankenkassen sowie Grundlage der durchgeführten ambulanten Akupunkturtherapien in der „Palette“ und der „Hummel“ – wie von Herrn Zamory schon angesprochen – sowie bei den Drogenambulanzen.

Wir können den Senat bei seinen Bestrebungen, Akupunktur auch zukünftig zu fördern und als durch die Kassen bezahlte Therapieform durchzusetzen, nur unterstützen. Wir sollten aber auch eine kleine Anregung mit auf den Weg geben. Die Drucksache schließt im Zusammenhang mit der durch das Bundesforschungsministerium avisierten Förderung der Evaluation der Akupunkturforschung mit den Worten:

„Die BAGS werde sich entsprechend für eine Förderung von Hamburger Projekten gegenüber dem Bundesministerium für Bildung und Forschung einsetzen und ihrerseits die Möglichkeiten einer komplementären Förderung prüfen.“

Ich könnte mir vorstellen, daß hier ein Komma steht und dann fortgefahren wird: „... um ergänzende Mittel sachgemäß zur Verfügung zu stellen.“ Hier sollte es nicht mehr um das Ob der Förderung, sondern im wesentlichen nur noch um das Wie gehen, so daß wir in diesem Sinne, wie schon lange beabsichtigt, vorgehen können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU will auch die Akupunktur als begleitende Maßnahme im Bereich Drogen und Sucht, und zwar insbesondere deshalb, weil anders als in der Substitution nicht eine Droge durch ein anderes Medikament ersetzt wird. Es ist aber auch richtig – das wurde gesagt –, daß Suchtakupunktur noch nicht als Kassenleistung zugelassen ist. Deshalb haben wir als CDU hier wiederholt Anträge gestellt, daß Hamburg ein Modellvorhaben zum Thema Akupunktur bei Alkoholsucht und Abhängigkeit von illegalen Drogen durchführt. Diese Anträge sind alle von Ihnen abgelehnt worden. Das Geld für diese Anträge wäre allerdings innerhalb des Suchthilfeeinsatzes durch die Verwendung von Haushaltsresten und Umschichtung vorhanden.

Soweit zur grundsätzlichen Position. Ich will noch kurz auf vier Punkte aus der Drucksache eingehen. Es ist falsch, daß die BAGS seit Einführung der Akupunktur im Hamburger Suchthilfesystem aktiv war. Das Gegenteil ist richtig. Träger haben Akupunktur selbst initiiert und jahrelang unter Ignoranz der Behörde durchgeführt. Das gilt allerdings für Ihre Vorgängerin, nicht für Sie, Frau Roth; Sie haben da eine andere Position eingenommen.

Es ist falsch gewesen, daß die grüne Bundesministerin Fischer nicht von ihren rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht hat und diesen Beschluß des Bundesausschusses zurückgewiesen hat. Es ist bedauerlich, daß kein Hamburger Einfluß erfolgreich geltend gemacht werden konnte.

Es ist falsch, daß der Senat die Akupunktur nicht über Zuwendungen fördern will, andererseits aber immer die innovative Vorreiterrolle in der Drogenpolitik betont und unter anderem 30 Millionen DM für den Heroin-Modellversuch zur Verfügung stellen möchte.

Ferner ist falsch, daß lediglich nichtkrankenversicherte Sozialhilfeempfänger die Leistung erhalten, andere aber nicht; normal Versicherte und auch normal krankenversicherte Sozialhilfeempfänger kriegen diese Leistung nicht bezahlt. Das ist eine nicht hinnehmbare Gerechtigkeitslücke, die der Senat zuläßt.

(Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Schließlich sind wir enttäuscht über diese Drucksache, denn sie bleibt völlig schwammig. Es fehlen konkrete Maßnahmen. Statt dessen formulieren Sie Appelle an Krankenkassen, die Forschung und die Berliner Ministerien. Wir brauchen die konkrete Unterstützung für die in Hamburg bereits bestehende Suchtakupunktur. Wir werden neue Modellvorhaben als innovative Schritte einer modernen Drogenpolitik im Bereich der Suchtakupunktur durchführen.

(Beifall bei der CDU und REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, daß der Senat mit seiner Politik im Zusammenhang mit der Akupunktur weitere Fortschritte gemacht hat. Wir haben, im Bundesgebiet einmalig – Herr Zamory, Sie haben es gesagt –, bezogen auf die Entscheidung der Sozialbehörde, Menschen, die in Drogenabhängigkeit sind und denen durch Akupunktur ge-

(Senatorin Karin Roth)

- A helfen werden kann, die Möglichkeit gegeben, Akupunktur durchführen zu lassen. Das bedeutet auch, daß diese Menschen hinsichtlich der Therapiemöglichkeiten unterstützt wurden.

Wir haben das vor dem Hintergrund getan, daß die Krankenkassen einverstanden waren, dies im Einzelfall auch für ihren Bereich zu prüfen. Deshalb haben wir gemeinsam mit den Krankenkassen die Möglichkeit geschaffen, sowohl bezogen auf die Krankenkassenversicherten als auch auf die Sozialhilfeempfänger, die Behandlung mit Akupunktur in Hamburg durchzuführen.

Allerdings, und das war das Problem, war es den Krankenkassen nach dem Beschluß des Bundesausschusses für Ärzte und Krankenkassen nicht mehr möglich, diese Einzelfallprüfung durchführen zu können. Sie hatten deshalb nicht mehr die Gelegenheit und die Möglichkeit, die Akupunktur zu bezahlen. Insofern gab es hier keine Gerechtigkeitslücke, sondern es gibt sie erst, seitdem der Bundesausschuß diesen Beschluß gefaßt hat.

Nachdem der Bundesausschuß diesen Beschluß gefaßt hat, haben wir deshalb beschlossen, besondere Modellversuche durchzuführen, um genau nachzuweisen, was bei den Krankenkassen in Frage gestellt worden ist, daß nämlich Akupunktur sowohl bei illegalen Drogen als auch bei legalen – nämlich Alkohol – durchaus eine wirksame Therapieform ist.

- B In der Gesundheitsministerkonferenz im Juni letzten Jahres wurde auf Antrag Hamburgs beschlossen, eine verstärkte Akupunkturförderung insbesondere bei Suchtpatienten zu betreiben. Es wurde ferner beschlossen, die Selbstverwaltung – insbesondere bei Heilberufen – aufzufordern zu versuchen, bestimmte verbindliche Standards festzulegen. Insofern kann man sagen, daß Hamburg eine Vorreiterrolle gespielt hat, sowohl in der politischen Debatte auf Bundesebene als auch ganz konkret durch Finanzierung von Projekten, auch unter Einbeziehung eigener finanzieller Mittel im Rahmen des Haushalts.

Wir sind davon überzeugt, daß die Ohr-Akupunktur ein Mittel der Therapieform ist – kein Allheilmittel –, um den Menschen zu helfen. Deshalb wollen wir auch diese Methoden noch stärker durch Modellversuche ausprobieren und durch Evaluation erreichen, daß die Krankenkassen diese Therapieform mitfinanzieren.

Unsere fachpolitische Zielsetzung ist deshalb unverändert, daß wir der Meinung sind, daß Suchtpatienten auch mit Akupunktur behandelt werden sollten, und zwar auch im Bereich der hausärztlichen Anbindung. Deshalb legen wir Wert darauf, daß wir diese Projekte – Herr Zamory hat sie im einzelnen genannt, angefangen bei der „Palette“ über das Projekt „Hummel“ oder auch die Drogenambulanzen, überall wird Akupunktur angeboten und durchgeführt – weiter unterstützen und dazu kommen, daß Akupunktur politisch so bewertet wird, daß wir es anschließend finanzieren können, und zwar durch die Krankenkassen und durch den Sozialhilfeträger.

Dafür gibt es noch eine ganze Menge zu tun, es ist ein dickes Brett, das gebohrt werden muß. Wir sind dabei, das mit Unterstützung der Bundesregierung in Angriff zu nehmen. Die Bundesregierung hat zugesagt, uns bei diesen Modellversuchen die Hand zu reichen und uns zu unterstützen.

Herr Schäfer, es ist klar, wenn die Bundesregierung etwas finanziert, werden wir auch versuchen, die finanziellen Mit-

tel zur Verfügung zu stellen, damit diese Projekte endlich auch durchgeführt werden können; das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, daß die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages auf, Nummer 50, Drucksache 16/6033, Antrag der CDU-Fraktion zu Fluglärmdaten am Flughafen Fuhlsbüttel.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Fluglärmdaten am Flughafen Fuhlsbüttel
– Drucksache 16/6033 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 16/6191 ein gemeinsamer Antrag der SPD- und der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:
Stadtverträglicher Flughafen: Aktuelle Informationen
über Fluglärmenschutz im Internet
– Drucksache 16/6191 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Röder hat es.

Helga Christel Röder CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen sie mich den Ist-Zustand am Hamburger Flughafen und drum herum beschreiben. Wir haben ungefähr 100 000 von Fluglärm betroffene Menschen in Hamburg. Dieser Fluglärm wird von 13 stationären Meßstellen erfaßt.

Die Bürgerinnen und Bürger haben aber keinerlei Möglichkeit, diese Meßergebnisse zeitnah zu erfahren. Sie können natürlich den Lärmschutzbericht des Umweltsenators erwarten, aber wir wissen, daß das erfahrungsgemäß etwas länger dauert. Deshalb lassen Sie mich die Lösung vorschlagen, die wir als CDU an Sie herantragen.

Es gibt die Möglichkeit, das Problem zum augenblicklichen technisch sehr mobilen Zeitpunkt durch eine simple technische Maßnahme zu lösen. Wir fordern in unserem Antrag, daß die erfaßten Daten direkt in das Internet übertragen und von den durch Fluglärm Betroffenen abgerufen werden können. Das hat folgende Vorteile.

Erstens: Der Fluglärm wird nachvollziehbar und transparenter für die betroffenen Bürger. Das hat mehr Verständnis für die Lärmproblematik zur Folge, und der Bürger kann sehen, ob es für seine Beschwerde überhaupt Anlaß gab. Der Lärmschutzbeauftragte wird dann von diesen direkten Maßnahmen entlastet, und man hat die Möglichkeit, sich zeitnah zu informieren.

Das ist deshalb wichtig, weil die Fluglärmbelastungen, wie Sie selbst wissen, nicht etwa zu der Zeit stattfinden, wo der Lärmschutzbeauftragte erreichbar wäre, nämlich zur normalen Bürozeit von 8 Uhr bis 16.30 Uhr, sondern wir wissen, daß die Fluglärmereignisse in Hamburg in den Tagesrandzeiten, am Wochenende und an den Feiertagen stattfinden, wenn das Büro des Lärmschutzbeauftragten nicht direkt erreichbar ist. Der Bürger, der vom Fluglärm betroffen ist, muß die Möglichkeit haben, auf diese Ereignisse direkt zuzugreifen, sie anzuschauen und zu sehen, ob er eine weitere Maßnahme ergreift, indem er eine schriftliche Beschwerde beispielsweise an den Lärmschutzbeauftragten oder an die Umweltbehörde weiterleitet.

Sicher ist, daß die Datenübertragung den Lärm nicht mindern wird; das ist uns auch klar. Aber ich denke, daß die

(Helga Christel Röder CDU)

- A Datenübertragung online von der Meßstelle auf den Bildschirm des Bürgers für mehr Transparenz und Bürgerfreundlichkeit sorgt. Das wäre schon eine große Verbesserung für den Bürger.

Ich komme jetzt zu dem Antrag, den unsere Initiative scheinbar bei den Regierungsfractionen hervorgerufen hat. Wir finden es ausgesprochen gut, daß Sie entdeckt haben, daß man zum Thema Flughafen auch ein bißchen machen muß. Grundsätzlich haben Sie versucht, in einem großen Rundumschlag hineinzuschreiben, was man alles tun könnte, und das ist lobenswert.

Wenn Sie einmal ins Internet geschaut hätten und nicht nur auf den Schreibtisch, hätten Sie gesehen, daß eine Kurzfassung des Lärmschutzberichtes sehr wohl im Internet zu finden ist, und zwar auf den Seiten der Umweltbehörde. Das ist sicherlich erweiterbar, und grundsätzlich halten wir Ihren Zusatzantrag für nicht schädlich, und deshalb würden wir ihm zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Röder, wir sind uns ja grundsätzlich darin einig, daß die Bürgerinnen und Bürger Wichtiges über den Fluglärmschutz erfahren, und das möglichst schnell über das Internet. Es ist aber auch wichtig, daß über aktuelle Lärmereignisse informiert wird.

Allerdings funktioniert das, was Sie vorschlagen, über den direkten Zugriff auf die von den 13 Meßstellen erhobenen Daten, nicht. Denn bei den Meßstellen – das wissen Sie auch – erfaßt man nicht nur den gemessenen Fluglärm, sondern auch alle anderen Lärmereignisse, die dort akustisch aufgezeichnet und dann ausgewertet werden, wie Straßenverkehr, Kindergeschrei, Hundegebell und so weiter; mehr muß ich nicht aufzählen. Die Rohdaten müssen bearbeitet werden. Sie müssen vor allem mit den Radardaten der Flugsicherung abgeglichen werden, und das dauert in der Regel etwas länger; meistens einen Tag.

Wenn man diese bereinigten Daten dann ins Internet stellen würde, denke ich, würde der Server des Flughafens zusammenbrechen, wenn alle Leute darauf zugreifen könnten. Wir haben hier dieselbe Situation, wir haben „Bürger-schaftOnline“, und der Zugriff ist nur für uns 120 Abgeordnete möglich, denn mehr Zugriffe würde der Server hier auch nicht aushalten.

Darum denken wir, daß es richtig ist

(Helga Christel Röder CDU: Reden wir über Lärm oder über technische Probleme?)

– wir reden über technische Probleme, wie man sozusagen die Informationen voranbringen kann –, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Wir meinen, daß es richtig ist, eine erweiterte Seite ins Internet zu stellen, in der nicht nur die jährlichen Daten des Fluglärmschutzberichtes enthalten sind, sondern daß man dort durchaus auch aktuellere Informationen aufnehmen kann. Das kann man vielleicht monatlich oder auch vierteljährlich machen. Das müssen letztlich die entscheiden, die damit umgehen müssen. Die Daten liegen im Flughafen vor, und es spricht meines Erachtens nichts dagegen, diese ins Netz zu stellen.

Gleichzeitig ist es auch sinnvoll, über eine derartige Seite eine E-Mail-Adresse des Fluglärmschutzbeauftragten ein-

zurichten, damit die Bürgerinnen und Bürger auch mit ihm direkt kommunizieren können. Das ist in der Regel für alle Beteiligten einfacher, geht schneller und führt zu besseren Ergebnissen.

Wenn wir diese Seite jetzt schon hätten, könnte man auch darin lesen, daß der rotgrüne Senat sehr viel für die Flughafen-anlieger tut. Wir haben jetzt gerade die neueste Auswertung des Lärmdeckels für das Jahr 2000 zur Kenntnis bekommen und konnten feststellen – worüber wir sehr erfreut sind –, daß der Flughafen wiederum leiser geworden ist. Die Lärmfläche, die von 62 Dezibel überstrichen wird, ist um ein Drittel, also um mehr als sechs Kilometer, gegenüber 1997 zurückgegangen. Ich finde, daß das ein Fortschritt ist. Wir führen ihn auf das fast völlige Verschwinden der sehr lauten Flieger zurück. Das ist für die Anwohner sehr gut. Es sind immer weniger Menschen von dem sehr belastenden Lärm betroffen.

Außerdem wissen wir schon, daß die Lärmschutzhalle fertig ist. Ich hoffe, sie geht bald in Betrieb, dann wird mit Sicherheit auch die Wirtschaftsbehörde keine Ständläufe im Freien mehr genehmigen. Das ist ein Fortschritt beim Lärmschutz, mit dem Hamburg Spitze ist.

(Helga Christel Röder CDU: Spitze im Lärm!)

Mit laufenden Informationen über das Lärmgeschehen im Netz ist Hamburg nochmals Spitze. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Bühler.

Axel Bühler GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Koalition hat in dieser Legislaturperiode in Sachen Lärmschutz beim Flughafen einiges erreicht. Insofern halten wir die Darstellung der Ergebnisse im Internet für eine logische Fortsetzung dieser Politik und bedanken uns für die Anregung durch den CDU-Antrag, der uns dazu bewogen hat, einen vernünftigen Antrag in dieser Sache vorzulegen.

(Helga Christel Röder CDU: Schön, daß Sie das so formulieren! – Antje Blumenthal CDU: Ihre Arroganz schreit zum Himmel!)

Frau Dr. Schaal hat erläutert, daß das Ansinnen, die Daten direkt zu übertragen – das wurde mir genau so wie Frau Dr. Schaal geschildert –, einen sehr hohen technischen Aufwand bedeutet. Es ist sicher interessant, am Bildschirm zu sitzen und lärmmäßig zu sehen, wie ein Flugzeug landet. Ob das aber tatsächlich eine sachdienliche Idee ist, die das politische Geschehen um den Flughafen und die Lärmsituation für interessierte Bürger verbessert, wenn dieser am Bildschirm sehen kann, wie irgendwelche Meßstellen überflogen werden, möchte ich erst einmal bezweifeln.

(Antje Blumenthal CDU: Setzen Sie sich doch mal mit dem Problem auseinander!)

Wenn Sie einmal im Monat eine Aufstellung darüber sehen können, wann welches Flugzeug gelandet ist, denke ich, reicht es für eine Bewertung dessen, was am Flughafen passiert, völlig aus.

(Antje Blumenthal CDU: Die Weisheit steht auf Ihrer Seite!)

– Das sind ja konstruktive Beiträge von da rechts vorn.

(Axel Bühler GAL)

- A Gut, lassen wir das Argument einfach mal stehen; es hat ja sowieso keinen Sinn. Wir halten es aus technischer Sicht für Unsinn, was Sie fordern. Wir glauben, daß es nicht den gewünschten Erkenntniseffekt bringt, den Sie damit erreichen wollen. Wir halten das, was wir vorschlagen, nämlich vernünftig dargestellte, aufbereitete Meßergebnisse

(Antje Blumenthal CDU: Einmal im Vierteljahr!)

– nein, nicht nach einem Vierteljahr –, für den richtigen Weg, um auch Bürgerinnen und Bürgern die Daten vom Flughafen zugänglich zu machen. Darum werden wir Ihren Antrag ablehnen und unserem Zusatzantrag zustimmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 16/6191. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wer möchte nunmehr den CDU-Antrag aus der Drucksache 16/6033 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen sicheren Heimweg, einen schönen Restabend und eine ruhige Nacht. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 21.26 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Joachim Brinkmann, Sybill Buitrón Lübcke, Sonja Deuter, Wolfgang Drews, Mahmut Erdem, Michael Fuchs, Andreas Kühn, Erhard Pumm, Hans Schefe, Carmen Walther.

B

D